

Beschränkt f. d. Austausch

Kirchliche Bindung und Wahlverhalten

Eine Analyse der Parteipräferenzen
in Nordrhein-Westfalen von 1961 bis 1966

Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Philosophie
vorgelegt der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel

von

ERHARD BLANKENBURG

aus Duisburg (Deutschland)

1966

Walter-Verlag Olten und Freiburg

1967



Digitized by the Internet Archive
in 2026



Kirchliche Bindung und Wahlverhalten

Eine Analyse der Parteipräferenzen
in Nordrhein-Westfalen von 1961 bis 1966

Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Philosophie
vorgelegt der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel

von

ERHARD BLANKENBURG

aus Duisburg (Deutschland)

Walter-Verlag Olten und Freiburg

1967

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel auf Antrag der Herren Prof. Dr. H. Popitz und Prof. Dr. J. Stohler.

Basel, den 25. Februar 1966

Prof. Dr. HEINZ RUPP
Dekan

Diese Arbeit erscheint gleichzeitig als Buchausgabe in der Reihe «Studien des Instituts für Soziologie der Universität Freiburg».

Meine Arbeit verdankt ihr Zustandekommen der Großzügigkeit von Herrn Dr. Gerhard Baumert (†) und Herrn Prof. Dr. Rudolf Wildenmann, die mir das Material der Wahlstudien von 1961/62 zur Auswertung überließen. Ebenso wie ihnen bin ich Herrn Dr. Eberlein vom EMNID-Institut und Frau Dr. Leverkus vom Zentralarchiv für empirische Sozialforschung für die Überlassung von Hollerithkarten zu Dank verpflichtet.

Herr Prof. Dr. Rudolf Wildenmann förderte die Arbeit weiterhin durch die Bereitstellung der Wahlstudie von 1966, Herrn Diplom-Soziologen Uwe Schleth und dem Deutschen Rechenzentrum in Darmstadt verdanke ich die Berechnungen aus dieser Umfrage. Meinem verehrten Lehrer, Herrn Prof. Dr. Heinrich Popitz, bin ich für viele Anregungen und Kritik dankbar. Meinen Eltern ist die Arbeit gewidmet als Dank für die Anteilnahme und Geduld, mit der sie ihr Zustandekommen begleitet haben.

Inhalt

Verzeichnis der Tabellen und Schaubilder	9
<i>Einleitung</i>	
1. Fragestellung und Methode der Untersuchung	13
2. Kirchenbesuch als Maßstab für den Einfluß der kirchlichen Bindung auf das Wahlverhalten	18
3. Die Literatur zum Thema	23
I. DIE SOZIALE BASIS ZUM WAHLVERHALTEN	
1. Wahlverhalten und Beruf	31
2. Wahlverhalten und konfessionell-kirchliche Bindung	46
3. Die Korrelation des Wahlverhaltens mit Beruf und konfessionell-kirch- licher Bindung	55
II. DER ERKLÄRUNGSWERT DES KONFESSIONELL-KIRCHLICHEN FAKTORS	
1. Arbeiter, die CDU wählen	69
a) Erklärungsversuche durch schichtmäßige Differenzierung innerhalb der Arbeiterschaft	72
b) Erklärung durch Differenzierung nach Stadt und Land	78
2. Angestellte und Beamte, die SPD wählen	86
3. Die Unterschiede zwischen Stadt und Land	94
4. Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen	101
5. Die Unterschiede nach Altersgruppen und Familienstand	118
6. Der Wahltrend von 1961 bis 1965	129
III. DIE KONFESSIONELLE STRUKTUR DER WÄHLERSCHAFT — IHRE BEDEUTUNG IM HISTORISCHEN UND INTERNATIONALEN VER- GLEICH	
1. Kontinuität und Veränderungen der Wählergruppen im Vergleich zur Weimarer Republik	139
2. Vergleich der Wählerstruktur in Frankreich, Holland und England ..	154
a) Frankreich in der Vierten Republik	154
b) Die Niederlande	157
c) England	159
3. Die Parteien und ihre Wähler in der Bundesrepublik	164

ANHANG

Die Demonstration von statistischen Zusammenhängen durch Korrelationen	173
Die Vergleichbarkeit des Wählerverhaltens in Nordrhein-Westfalen mit dem ganzen Bundesgebiet	174
Literaturverzeichnis	176

Verzeichnis der Tabellen und Schaubilder

Tabellen

0.3.1	Übersicht über die Korrelation des Wahlverhaltens mit Beruf, Konfession und kirchlicher Bindung in vier Befragungen	28
1.1.1	Was würden Sie sagen, was sind das für Leute, die SPD wählen? . .	33
1.1.2	Was würden Sie sagen, was sind das für Leute, die CDU wählen? . .	34
1.1.3	Was würden Sie sagen, was sind das für Leute, die FDP wählen? . .	35
1.1.4	Anhängerschaft der Parteien unter den Männern, nach Beruf	38
1.1.5	Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen 1961 und 1965, Männer nach Beruf	39
1.1.6	Anhängerschaft der Parteien unter den Frauen nach Beruf des Haushaltungsvorstandes	43
	Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen 1961 und 1965, Frauen nach Beruf des Haushaltungsvorstandes	43
1.2.1	Konfession und Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen 1961 und 1965	47
1.2.2	Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen 1961 und 1965 nach Konfession und Kirchenbesuch	48
1.2.3	Wähler der Parteien nach kirchlicher Bindung und Konfession . . .	51
1.3.1	Verteilung der drei Berufsgruppen unter männlichen Erwerbstätigen nach Konfession	55
1.3.2	Prozentsatz der SPD-Wähler (CDU-Wähler) bei den Bundestagswahlen 1961 und 1965 unter <i>katholischen</i> männlichen Erwerbstätigen, nach Beruf und Kirchenbesuch	57
1.3.3	Prozentsatz der SPD-Wähler (CDU-Wähler) bei den Bundestagswahlen 1961 und 1965 unter <i>evangelischen</i> männlichen Erwerbstätigen, nach Beruf und Kirchenbesuch	61
2.1.1	Parteianhängerschaft unter männlichen Arbeitern	70
2.1.2	Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1961. Männliche Arbeiter (ohne Landarbeiter) nach Qualifizierungsgrad und Einkommen . .	74
2.1.3	Wahlverhalten der männlichen Arbeiter nach Qualifizierungsgrad und Ortsgröße	79
2.1.4	Wahlverhalten der männlichen Arbeiter nach Konfession, Kirchengang und Ortsgröße	80
2.1.5	Art des Wohnhauses der männlichen Arbeiter nach Konfession und Parteipräferenz	81

2.1.6	Wahlergebnis in Dortmund und Arnsberg-Soest bei den Bundestagswahlen 1961	82
2.1.7	Vergleich der männlichen Arbeiter in Dortmund und Arnsberg-Soest Wahlintention bei kommender Bundestagswahl	83
2.2.1	Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1961. Männliche Angestellte und Beamte nach Konfession und Kirchgang	88
2.2.2	Kirchgänger unter männlichen Angestellten und Beamten (im Ver- gleich zu Arbeitern) nach Konfession, Schulbildung und Wohnort- größe	89
2.2.3	Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1961. Angestellte und Be- amte nach Konfession, Kirchgang und Schulbildung	91
2.3.1	Berufszugehörigkeit der männlichen Erwerbstätigen nach Größe des Wohnorts und der Konfession	94
2.3.2	Verteilung der Konfessionen auf Wohnorte verschiedener Größen, Kirchenbesuch nach Konfession und Größe des Wohnorts	95
2.3.3	Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1961 nach Größe des Wohn- orts	97
2.3.4	Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1961 nach Konfession, Kirchgang und Ortsgröße	97
2.4.1	Das Verhältnis der Frauenstimmen zu Männerstimmen bei den größeren Parteien, Reichstagswahlen 1924 bis 1930	102
2.4.2	Das Verhältnis der Frauenstimmen zu Männerstimmen bei der Bundestagswahl 1953 (2. Stimme), 1961 und 1965	104
2.4.3	Index des Verhältnisses von Frauenstimmen zu Männerstimmen bei der Bundestagswahl 1953 nach Altersgruppen	108
2.4.4	Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1961. Verheiratete Frauen nach Konfession und Berufstätigkeit im Vergleich zu berufstätigen Männern	111
2.4.5	Kirchgänger unter verheirateten Frauen nach Konfession und Be- rufstätigkeit	112
2.4.6	Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1961. Verheiratete Frauen nach Konfession, Kirchenbesuch und Berufstätigkeit	112
2.4.7	Kirchenbesuch nach Konfession und Geschlecht	114
2.4.8	Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1961. Kirchgänger nach Konfession und Geschlecht	115
2.4.9	Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1961. Nichtkirchgänger nach Konfession und Geschlecht	116
2.5.1	Kirchgänger nach Konfession und Alter	118
2.5.2	Kirchenbesuch nach Konfession, Geschlecht und Alter. Vergleich der Ergebnisse der Bundesstudie von 1953 und der NRW-Umfrage 1962	120
2.5.3	Kirchgänger unter Ledigen und Verheirateten bei den Unter-30jäh- rigen nach Konfession und Geschlecht	121

2.5.4	SPD-Wähler (CDU-Wähler) nach Konfession, Alter und Geschlecht	122
2.5.5	Kirchenbesuch der verheirateten Arbeiter (verheiratete Angestellte und Beamte) im Vergleich zu Ehefrauen von Arbeitern (von Angestellten und Beamten), nach Konfession	126
2.5.6	Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1961. Verheiratete Arbeiter und Ehefrauen von Arbeitern (verheiratete Angestellte und Ehefrauen von Angestellten), nach Konfession	127
2.5.7	Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1961. Kirchgänger unter verheirateten Arbeitern im Vergleich zu Ehefrauen von Arbeitern, nach Konfession	128
2.6.1	Wahlverhalten katholischer männlicher Arbeiter bei den Bundestagswahlen 1961 und 1965 nach Qualifizierungsgrad	130
2.6.2	Wahlverhalten katholischer männlicher Angestellter und Beamter bei den Bundestagswahlen 1961 und 1965 nach Kirchgang	131
3.1.1	Die Wahlergebnisse für das Reich von 1919 bis 1933 (in Prozent der gültigen Stimmen)	142
3.1.2	Die Verteilung der erfaßten katholischen Stimmen und aller abgegebenen Stimmen auf einen sozialistischen, liberalen und konservativen Block im Reich bei der Reichstagswahl vom Dezember 1924	147
3.2.1	Kirchenbesuch der katholischen Bevölkerung nach Berufsgruppen in einigen französischen Städten	155
3.2.2	Parteiwahl und kirchliche Bindung in Frankreich (1952)	156
3.2.3	Konfession und Kirchenbesuch in den Niederlanden	158
3.2.4	Konfession, Kirchenbesuch und Parteipräferenz in Holland (1954)	159
3.2.5	Prozentsatz der sozialistischen Stimmen unter Arbeitern in Droylsden 1951	161
3.2.6	Sozialistische Parteipräferenz nach Konfession und Schichtzugehörigkeit in England 1943, 1957 und 1962	163
3.3.1	Bevorzugter Schultyp nach Konfession und Parteipräferenz	168

Schaubilder

Der Wahlrend von 1961 bis 1966 nach Beruf	40 und 41
Der Wahlrend von 1961 bis 1966 nach Konfession und Kirchenbesuch . .	52

Einleitung

1. Fragestellung und Methode der Untersuchung

Das Ergebnis der Landtagswahl 1966 in Nordrhein-Westfalen war für viele Beobachter des politischen Geschehens eine Überraschung, für manche ein Schock. Zwar haben wir uns in der Bundesrepublik an ein langsames Verschieben der Parteistärken gewöhnt – der «Genosse Trend» versetzte die Anhänger der SPD sogar zeitweise in einen Taumel der Vorfreude auf eine Mehrheit im Bundestag. Aber bei der Bundestagswahl 1965 zeigte sich, daß die Wandlungen in den politischen Mehrheitsverhältnissen doch sehr langsam vor sich gehen und daß dadurch die Rollen der Regierungs- und Oppositionsparteien auf lange Zeit festgelegt sind. Die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen wirkte als ein Schock, weil sie diese feste Rollenzuteilung gefährdete.

Die Reaktion der Öffentlichkeit in Nordrhein-Westfalen war deshalb so stark, weil hier ein Wahlergebnis bis an die Schwelle eines Regierungswechsels geführt hatte – eine an und für sich normale Funktion demokratischer Wahlen, für die Bundesrepublik aber ungewohnt. Tatsächlich hat sich bei dieser Wahl jedoch gar nicht so sehr viel geändert: Ein Verlust der CDU um 3,6%, eine Zunahme der SPD um 6,2% der Stimmen genügte, um die Oppositionspartei zur stärksten im Landtag zu machen. Die Veränderungen der Mehrheitsverhältnisse in der Wählerschaft brauchen gar nicht so groß zu sein: Die überwiegende Mehrheit der Wähler blieb ja ihrer Partei durchaus treu, aber der Parteiwechsel eines kleinen Anteils genügt schon, um in einem Parteiensystem mit annähernd gleich großen Parteien umwälzende politische Folgen nach sich zu ziehen.

Der Spielraum, um den sich bei Wahlen in der Bundesrepublik die Mehrheitsverhältnisse zwischen den Parteien ändern, beträgt nicht mehr als $\pm 6\%$. Die Anhängerschaft der Partei insgesamt ist also

von ziemlicher Dauerhaftigkeit. Die Entscheidung des Wählers für die eine oder andere Partei ist viel weniger von den tagespolitischen Ereignissen abhängig, als es die Diskussion in der öffentlichen Meinung erscheinen läßt. Die Gunst der Wähler ist konstanter als die der öffentlichen Meinung, ihr Umschlagen allerdings wahrscheinlich auch langfristiger. Es kommt also darauf an, die konstanten Faktoren, nach denen sich in der Wählerschaft politische Fronten bilden, kennenzulernen und die Wandlungen in den Wahlergebnissen als langfristige Änderung dieser Faktoren zu begreifen.

Während die öffentliche Meinung von politischen Argumenten, dem Erfolg einzelner Politiker – auf jeden Fall von aktuellen Ereignissen und Stimmungen – abhängig ist, läßt sich das Wahlverhalten nur durch grundlegende Bindungen und soziale Zugehörigkeit erklären. Die Wählergruppen lassen sich etwa nach dem Kriterium der sozialen Schicht bestimmen (so bei dem geläufigen Modell der Zuordnung von Berufsgruppen zu bestimmten politischen Interessen und Parteien). Aber auch andere, verschiedenartige soziale Zugehörigkeiten (wie die Zugehörigkeit zur Kirche, zum Wohnort, zum Elternhaus, zu bestimmten Vereinen, oder auch die Zugehörigkeit als Frau oder Mann zum eigenen Geschlecht) wirken auf die Parteipräferenzen ein. Alle diese Zugehörigkeiten können Kombinationen eingehen, wobei sich oft eine Häufung von politischen Interessen in einer Richtung, oft aber auch Widersprüche ergeben. Das Schwierige und auch Interessante an einer solchen Analyse in der Bundesrepublik ist, daß sich hier verschiedene politische Loyalitäten überschneiden.

Wir wollen in dieser Arbeit feststellen, welche Faktoren die Wahlentscheidung besonders stark bestimmen, welche so schwach sind, daß sie von anderen übertönt werden. *Unsere Arbeit geht von der Hypothese aus, daß das Wahlverhalten in der Bundesrepublik sich hauptsächlich nach zwei Arten von sozialer Zugehörigkeit differenziert:*

erstens der Zugehörigkeit zur Berufsgruppe;

zweitens der Konfessionszugehörigkeit und der Bindung an die Kirche.

Wenn man von einem Bundesbürger weiß, welchen Beruf er hat, welche Konfession und wie oft er zur Kirche geht, kann man demnach (mit einer bestimmten, meist sehr hohen Wahrscheinlichkeit)

auch angeben, welche Partei er wählt. Allerdings, in dem Maß, in dem sich das Wahlverhalten in der Bevölkerung ändert, ändern sich auch die Wahrscheinlichkeiten, mit denen solche Vorhersagen gemacht werden können. Bei aller Konstanz sind doch ständig kleinere Veränderungen in der Wählerschaft zu beobachten, die sich langfristig zu neuen politischen Fronten akkumulieren können. Wenn wir die Trends der Wahlergebnisse der vergangenen Jahre beobachten – werden sich dann auch die grundlegenden sozialen Faktoren des Wahlverhaltens verschieben?

In einem Vergleich von zwei Umfragen des DIVO-Instituts jeweils vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen sollen diese beiden Fragen beantwortet werden:

Welches sind die grundlegenden sozialen Faktoren, die das Wahlverhalten bestimmen?

Welche sozialen Faktoren liegen dem Wahlrend zugrunde?

Die Umfragen, die in dieser Arbeit ausgewertet wurden, sind im Anschluß an die Kölner «Wahlstudie 1961» unternommen worden¹. In erster Linie haben wir dabei eine Umfrage verwendet, die das DIVO-Institut zwischen dem 18. Juni 1962 und dem 6. Juli 1962 in Nordrhein-Westfalen durchgeführt hat². Hier wurde ein repräsentativer Querschnitt von 1890 Personen interviewt. Diese Umfrage war die letzte im Rahmen der Kölner «Wahlstudie 1961», die im Auftrag des Instituts für Politische Wissenschaften und des Instituts für Soziologie an der Universität Köln vor und nach der Bundestagswahl von 1961 durchgeführt wurde. Ihr Zeitpunkt war bestimmt durch die bevorstehenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen von 1962.

Dies macht sie sehr gut vergleichbar mit der zweiten hier ausgewerteten Umfrage vom März 1966, die in einer ähnlichen Situation stattfand: Es konnte einmal nach der Wahlentscheidung bei der letzten Bundestagswahl, die in beiden Fällen weniger als ein Jahr zu-

¹ Der erste Bericht über die Ergebnisse dieser Studie liegt vor im Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Nr. 9 (1965): Erwin K. Scheuch, Rudolf Wildenmann (Hrg.), Zur Soziologie der Wahl.

² Im folgenden als «NRW-Umfrage 1962» bezeichnet.

rücklag, gefragt werden, zum anderen aber auch über die Wahlintentionen für die unmittelbar bevorstehende Landtagswahl. Diese zweite Umfrage wurde mit einem größtenteils gleichlautenden Fragebogen wiederum vom DIVO-Institut bei 1201 Personen repräsentativ für Nordrhein-Westfalen durchgeführt³.

Diese beiden Umfragen in Nordrhein-Westfalen ermöglichen uns, die Veränderungen im Wahlverhalten von 1961 bis 1966 zu interpretieren.

In einem Fall beziehen wir uns auf eine andere Umfrage aus dem Projekt der «Wahlstudie 1961»: die «Panel-Umfrage», die in vier Wahlbezirken in je drei Wellen durchgeführt wurde. Wir verwenden hier lediglich einige Korrelationen aus der ersten Befragungswelle vom Juni 1961, also vor der Bundestagswahl, da sie uns einen Vergleich einer nordrhein-westfälischen Großstadt mit einem ländlichen Wahlbezirk ermöglicht.

Die vorliegende Arbeit ist zunächst als eine Auswertung der NRW-Umfrage 1962 begonnen worden. Bei den verschiedenen Versuchen, das Ausmaß und die Wirkungsweise des kirchlichen Faktors zu bestimmen, hat sich die Analyse der Korrelation des Wahlverhaltens von der Bundestagswahl 1961 als die fruchtbarste erwiesen. Die Umfrage enthielt zwar auch Angaben darüber, welche Parteien den Befragten besonders sympathisch sind, wie sie an vorhergehenden Wahlen – auch Gemeinde- und Landtagswahlen – gestimmt und welche anderen Formen der politischen Aktivität sie entwickelt haben. Die Korrelation mit den Gruppen verschiedener kirchlicher Bindung ergab jedoch bei diesen Fragen keine andersartigen Einsichten. Daher beschränkten wir uns weitgehend auf die Analyse des Abstimmungsverhaltens bei der Bundestagswahl 1961.

Nachdem diese Auswertung abgeschlossen war, wurde in Vorbereitung auf die Landtagswahl 1966 in Nordrhein-Westfalen die NRW-Umfrage 1966 durchgeführt. Der Fragebogen beider Umfragen ist weitgehend gleichlautend, ebenso haben wir die einmal erprobten Korrelationen der früheren Umfrage bei der NRW-Umfrage 1966 wieder in der gleichen Weise vorgenommen. Dadurch ergibt sich die

³ Im folgenden als «NRW-Umfrage 1966» bezeichnet.

Möglichkeit, die Konstanz der einmal festgestellten Faktoren zu prüfen und die Änderungen des Wahlverhaltens in diesen vier Jahren zu interpretieren. Bei dieser Trend-Analyse müssen wir allerdings Vorsicht walten lassen, da in vielen Fällen nicht zu entscheiden ist, wieweit eventuelle (geringfügige) prozentuale Abweichungen auf Unterschiede zwischen der Zufallsauswahl bei der ersten und bei der zweiten Umfrage zurückzuführen sind, oder wieweit sie einen tatsächlichen Trend des Wählerverhaltens spiegeln. Wir verlassen uns daher bei der Interpretation lediglich auf größere prozentuale Abweichungen und auf solche, die sich sowohl bei Bundestags- als auch Landtagswahlen durchgehend erweisen⁴.

Von den Umfragen im Rahmen der «Wahlstudie 1961» enthielt die NRW-Umfrage 1962 als einzige eine Frage zur Häufigkeit des Kirchenbesuches. Eine derartige Information war die wichtigste Vorbedingung, um unsere Fragestellung untersuchen zu können.

Daß wir uns damit auf einen kleinen Teil des umfangreichen Materials der gesamten «Wahlstudie 1961» beschränkt haben, ist Folge des Dilemmas, vor dem eine jede Sekundäranalyse von Meinungsumfragen steht. Bei der Ausarbeitung des Fragebogens sind die Hypothesen, die unserer Arbeit zugrunde liegen, nicht ausdrücklich berücksichtigt worden. Nur diejenigen Fragestellungen, für die sich im Fragebogen eine Möglichkeit der Quantifizierung ergab, konnten daher hier untersucht werden. In einigen Fällen mußten Indikatoren gewählt werden, um den gewünschten Faktor zumindest indirekt zu messen: So haben wir eine Einteilung in drei Berufsgruppen als Maßstab dafür genommen, welche soziale Stellung der Befragte einnimmt; oder die Art des Wohnhauses als Maßstab dafür, ob ein Arbeiter eine mehr ländliche oder mehr städtische Lebensweise pflegt. Immer wieder stieß die Analyse vor Grenzen, an denen eine versuchsweise angenommene Erklärungshypothese nicht weiter verfolgt werden konnte, weil der Fragebogen die nötige Information nicht enthielt. So ließ sich zum Beispiel nicht prüfen, wieweit sich säkularisierende Einflüsse auch auf das Wahlverhalten auswirken: etwa wieweit sich kirchliche Bindung und ihr politischer Einfluß bei

⁴ Zur Berechnung von Signifikanzen siehe den ersten Abschnitt des Anhangs.

Mischehen abschwächen oder wie sich die Landfluchtbewegungen auswirken.

Die Enttäuschung, wenn sich im Laufe der Auswertung gebildete Erklärungshypothesen in einer einmal abgeschlossenen Frage nicht mehr prüfen lassen, ist in der Meinungsforschung eine allgemeine Erfahrung. Die Sekundärauswertung wird jedoch von dieser bekannten Schwierigkeit besonders hart getroffen. Es spricht für die Sorgfalt des Fragebogenentwurfs, daß sich in den NRW-Umfragen die Frage nach dem Einfluß der kirchlichen Bindung auf das Wahlverhalten in viele Richtungen verfolgen ließ, obwohl die Befragungen auf die Analyse anderer Fragestellungen hin angelegt waren.

In unserer Darstellung gehen wir zunächst von getrennten Korrelationen des Wahlverhaltens mit Beruf, Konfession und kirchlicher Bindung aus. Daraufhin werden diese Korrelationen kombiniert und auf ihren Zusammenhang mit anderen Faktoren wie Größe des Wohnorts, Geschlecht und Alter untersucht. Bei allen diesen Variablen können wir die Angaben der Befragten direkt übernehmen. Derartige Angaben zur Person können in der Umfrage direkt erfragt werden und werden in der Regel wohl auch wahrheitsgemäß beantwortet. Schwieriger jedoch ist die Quantifizierung des Faktors, der uns hier in erster Linie interessiert: der kirchlichen Bindung. Daher soll unser Vorgehen in der Folge ausführlicher begründet werden.

2. *Kirchenbesuch als Maßstab für den Einfluß der kirchlichen Bindung auf das Wahlverhalten*

Wir verwenden im folgenden als Maßstab für den Grad der kirchlichen Bindung die Aussagen der Befragten darüber, wie oft sie zum Gottesdienst gehen. Dies kann nur ein grober Hinweis auf die religiöse Haltung der Befragten sein. Die Tatsache des Kirchenbesuchs ist sicher kein Beweis für Religiosität, und umgekehrt muß sich ein religiöser Mensch nicht unbedingt an die Institution der Kirche gebunden fühlen. Der Verzicht auf einen Index für Religiosität ist jedoch bewußt. Gegenstand der Untersuchung ist nicht die Wirkung von *Religion* auf politische Verhaltensweisen, sondern ausdrücklich:

die Korrelation zwischen *kirchlicher* Bindung und politischen Verhaltensweisen. Dabei behandeln wir die Bindung an die Institution der Kirche nicht anders, als wir die Bindung an irgendwelche anderen sozialen Institutionen ermitteln würden.

Unsere Fragestellung ist also nicht religions-soziologisch, sondern politisch-soziologisch. Damit trifft der Vorwurf von Luckmann⁵ uns nicht, der der neueren Religionssoziologie vorwirft, daß sie Religion und Kirche gleichsetze. «Die jüngste Religionssoziologie arbeitet überwiegend mit der stillschweigenden Annahme, daß Religion und Kirche identisch sei, oder jedenfalls mit dem methodischen Grundsatz, daß Religion, insofern wissenschaftlich überhaupt erfassbar, nur durch ihre Verwirklichung in kirchlichen Institutionen zugänglich sei.» Und weiter: «Die Gleichung Religion = Kirche hat auch ihr individuelles Gegenstück. Religiosität wird mit den sozialpsychologischen Dimensionen der institutionell spezialisierten Religion identifiziert. Man mag zwar bescheiden ansetzen und von Kirchlichkeit oder von kirchengebundener Religiosität sprechen. Man mag auch deren besonderen geschichtlichen Charakter erkennen und die wichtigsten Modalitäten der Kirchlichkeit als subjektive Aneignungen und Verinnerlichungen der sozialgeschichtlich gegebenen Doktrin und des Ritus bestimmen. Zumeist werden aber in der neueren Religionssoziologie Kirchlichkeit und Religion ebenso unmittelbar gleichgesetzt wie Kirche und Religion.» Diese Kritik von Luckmann geht davon aus, daß eine ganz bestimmte Fragestellung für die Religionssoziologie zentral sei: «Bedeutsamer ist die Feststellung, daß das wichtigste Problem der Religionssoziologie, das zugleich zentral für die gesamte Gesellschaftstheorie ist, nämlich das Problem der Bedingungen, unter denen übergeordnete und transzendente Sinnzusammenhänge gesellschaftlich verfestigt werden, von der neueren Religionssoziologie und verwandten Gebieten nicht einmal angefaßt wurde. Eine kirchliche Soziographie, mit ihrem engen Blickfeld, hat die Anliegen der klassischen Religionssoziologie verdrängt.»

Die Kritik Luckmanns ist damit eine Kritik nicht so sehr an den Methoden, sondern an den Fragestellungen der Religionssoziologie.

⁵ Thomas Luckmann, Das Problem der Religion in der modernen Gesellschaft, Freiburg 1963; siehe besonders S. 14–20.

EINLEITUNG

Sie ist berechtigt gegenüber einer Pastoralsoziologie, wenn sie aus Kirchenbesuchsziffern Schlüsse über die Religiosität der Menschen in unserer Gesellschaft ziehen will. Hier wird tatsächlich weitgehend Religiosität und Kirchlichkeit gleichgesetzt. In unserer Arbeit jedoch wird keine Aussage über die Religiosität der untersuchten Personengruppen gemacht, sondern wir beschränken uns darauf, die Wechselwirkungen zwischen der Bindung an die Institution der Kirche und dem politischen Verhalten zu untersuchen. Für diesen Entschluß sind zunächst technische Gründe entscheidend:

Nur kirchliches Verhalten ist eindeutig meßbar und graduell zu erfassen. Mit Recht merkt Luckmann an, daß wir mit Fragen zu religiösen Dogmen, die in manchen Befragungen gestellt werden, nur «Meinungen» feststellen können, nicht aber religiöse Überzeugungen. Die wirkliche Religiosität – und darüber hinaus noch deren Intensitätsgrad – bleibt den Meinungsbefragern immer verborgen. Die Frage nach dem Kirchenbesuch dagegen richtet sich auf ein Verhalten, ist also grundsätzlich beobachtbar und kann quantifiziert werden.

Fest steht also bisher, daß wir die kirchliche Bindung an Verhaltensweisen ablesen wollen. Warum aber ist hierfür gerade der Kirchenbesuch das geeignete Kriterium? Ließen sich die besonders Kirchentreuen nicht auch auf Grund anderer Verhaltensformen erkennen? Man könnte etwa alle diejenigen herausnehmen, die sich in der Gemeindearbeit aktiv betätigen, oder (gerade für politische Analysen) diejenigen, die Kirchenzeitungen lesen. Würde man mit einer Differenzierung gemäß solcher Verhalten den Einfluß des kirchlichen Faktors möglicherweise besser erkennen als mit einem so allgemeinen Kriterium wie dem des Kirchenbesuchs?

Hierzu konnte Reigrotzki⁶ feststellen, daß sich andere kirchliche Verhaltensweisen (wie der Besuch kirchlicher Veranstaltungen oder das Lesen von Kirchenzeitungen oder -zeitschriften, auch der Besuch des Abendmahls oder der Kommunion) in der Regel mit einem hohen Kirchenbesuch verbinden. Während jedoch die Tätigkeit in kirchlichen Vereinen oder der Bezug einer Kirchenzeitung auf eine enge

⁶ Erich Reigrotzki, Soziale Verflechtungen in der Bundesrepublik, Tübingen 1956, S. 14–57.

kirchliche Bindung schließen lassen, zeigt uns das Fehlen dieser Verhaltensweisen noch nicht an, daß keine kirchliche Bindung vorhanden ist. Diese verschiedenen Formen kirchlichen Verhaltens sind *substituierbar*, Kirchenbesuch aber ist die allgemeinste Form kirchlicher Teilnahme und kann durch keine der speziellen Formen ersetzt werden. Zudem können wir nach der Häufigkeit des Kirchenbesuchs am ehesten auch Befragte einstufen, die eine weniger enge Bindung an die Kirche aufweisen.

Wenn wir nach anderen Kriterien der kirchlichen Mitarbeit messen würden, ergäbe sich das Bild eines engen Kreises von «Kirchentreuen», die der großen Menge von Gleichgültigen oder Unkirchlichen gegenüberstehen. Dieses Bild würde aber nicht dem Einfluß auch einer weniger engen kirchlichen Bindung auf soziale Verhaltensformen entsprechen, wie wir ihn im Laufe dieser Arbeit darlegen wollen.

Ein großer Vorteil der Frage nach dem Kirchenbesuch ist, daß sie die ganze Breite möglicher Grade der kirchlichen Bindung messen kann. Wir erhalten alle Zwischenformen von den 38% der wöchentlichen Kirchgänger in der Bundesrepublik bis zu den 11% derer, die überhaupt nicht zur Kirche gehen. Aus welchen Einstellungen und Motiven dieser Kirchenbesuch erfolgt, soll uns dabei nicht weiter beschäftigen. Wichtig ist hier nur, daß die Häufigkeit des Kirchenbesuchs deutlich mit einer Reihe von anderen Verhaltensweisen korreliert. Wie Reigrotzki⁷ zeigen konnte, unterscheiden sich Kirchgänger von Nichtkirchgängern in ihrer Einstellung zum Beruf, zur Freizeit, in ihrer geselligen Aktivität und besonders in ihrem politischen Verhalten. Die Tatsache dieser Korrelation selbst rechtfertigt die Einführung der Häufigkeit des Kirchenbesuchs als differenzierendem Merkmal in Wahlanalysen.

Reigrotzki verwendet daher in seiner Studie durchweg den Kirchenbesuch als Index, um ihn mit anderen Bereichen des Verhaltens in Beziehung zu setzen: mit politischen Verhaltensweisen, Mitgliedschaft in Organisationen und mit dem Freizeitverhalten. Gerade bei vergleichenden Studien zwischen Stadt und Land, verschiedenen Regionen oder verschiedenen Ländern wird die Allgemeinheit und die

⁷ E. Reigrotzki, a. a. O.

EINLEITUNG

leichte Meßbarkeit dieses Index zum Vorteil. Auf die Frage: «Wie oft gehen Sie im allgemeinen zur Kirche?», antworten in Nordrhein-Westfalen:

	Katholisch		Evangelisch	
	n = (972)	n = (626)	n = (832)	n = (523)
	1962	1966	1962	1966
	%	%	%	%
Mehr als 1mal in der Woche	10	7	2	1
Mindestens 1mal in der Woche	57	51	8	6
Mindestens 1mal im Monat	9	13	21	16
Mehrmals im Jahr	8	12	31	32
1mal im Jahr	2	4	10	13
Seltener oder nie	13	13	28	32
keine Angaben	unter 1	unter 1	unter 1	unter 1

Der Unterschied in der Häufigkeit des Kirchenbesuchs bei den beiden Konfessionen erschwert unsere Analyse im folgenden: Die Gruppe der Evangelischen, die mindestens einmal in der Woche in die Kirche gehen, ist zu klein, um eine sinnvolle Analyse zuzulassen. Es kommt hier der Verdacht auf, daß die Bedeutung des Kirchenbesuchs für die Angehörigen der beiden Konfessionen sehr unterschiedlich ist. Es ist ja schon zu erwarten, daß Katholiken häufiger zur Kirche gehen als Evangelische, da die katholische Kirche mindestens den wöchentlichen Kirchenbesuch zur ausdrücklichen Verhaltenserwartung macht; demgegenüber kann sich ein Evangelischer noch als kirchentreu fühlen, wenn er ein über das andere Mal oder nur einmal im Monat zum Sonntagsgottesdienst geht.

Die unterschiedliche Bedeutung des Kirchenbesuchs bei den Konfessionen müssen wir daher immer im Gedächtnis behalten, wenn wir unterschiedliche Korrelationen zwischen Evangelischen und Katholiken erhalten. Wir verwenden eine Grundeinteilung, in denen die Antworten der Befragten in drei Kategorien zusammengefaßt sind: *Kirchenbesuch «regelmäßig»*: mehr als einmal in der Woche, mindestens einmal in der Woche.

Kirchenbesuch «unregelmäßig»: mindestens einmal im Monat, mehrmals im Jahr.

Kirchenbesuch «selten oder nie»: einmal im Jahr, seltener oder nie.

In einigen Fällen jedoch, in denen wir wegen der geringen Anzahl von Befragten eine Dichotomie Kirchenbesucher-Nichtkirchenbesucher bilden müssen, haben wir der unterschiedlichen Bedeutung des Kirchgangs bei den Konfessionen Rechnung getragen. Dabei haben wir als «*Kirchgänger*» unter den Evangelischen diejenigen bezeichnet, die mindestens einmal im Monat den Gottesdienst besuchen, unter den Katholiken alle, die mindestens wöchentlich zur Kirche gehen. Eine derartige Festsetzung hat sich durch experimentelle Korrelationen als die zweckmäßigste erwiesen, da sich gerade bei diesen Häufigkeiten die entscheidenden Verhaltensmerkmale, mit denen korreliert wurde, verändern.

3. Die Literatur zum Thema

Der Einfluß der Konfession auf die politischen Entscheidungen der Wähler bildet nicht selten das Thema der Tagespresse, und er wird auch in der wissenschaftlichen Wahlliteratur als sehr bedeutend hervorgehoben. Sogar die amtlichen Wahlergebnisse des Statistischen Bundesamtes werden getrennt, je nach dem Anteil der Konfessionen in Ortschaften verschiedener Größen, veröffentlicht. Derartige ökologische Korrelationen werden in einer Reihe von wissenschaftlichen Analysen übernommen. Eine solche Korrelation entsteht, wenn man vorwiegend evangelische mit vorwiegend katholischen Wahlbezirken (wobei nach Möglichkeit alle anderen sozialen Faktoren konstant gehalten werden sollten) vergleicht⁸. Diese Korrelationen lassen sich bildhaft einleuchtend auf geographischen Tafeln aufzeigen, in denen auf der einen Seite die Religionszugehörigkeit, auf der anderen der Wahlerfolg der verschiedenen Parteien verzeichnet ist. Solche Tafeln von der Bundesrepublik demonstrieren, daß die vorwiegend katho-

⁸ Siehe Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 100, 2, S. 70 f.; Statistisches Bundesamt, Die Wahl zum 4. Deutschen Bundestag am 17. September 1961, Fachserie A (Bevölkerung und Kultur), Reihe 8, Heft 4, Wiesbaden 1964; Günther Franz, Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867 bis 1949, Bremen 1957; Erwin Faul (Hrsg.), Wahlen und Wähler in Westdeutschland, Villingen 1960, S. 202 f.

lischen Gebiete auch die des größten CDU/CSU-Erfolges sind. Allerdings können diese Korrelationen immer nur allgemeine Hinweise geben: Aus dem Steigen der CDU-Stimmen mit dem katholischen Bevölkerungsanteil, der SPD- oder FDP-Stimmen mit dem evangelischen können wir nicht folgern, daß es «die Katholiken» seien, die CDU wählen, oder «die Evangelischen», die SPD und FDP wählen. Sicher wählen auch Evangelische CDU – aber wie viele? Sicher wählen auch Katholiken andere Parteien – aber wie viele?

Um diese Fragen beantworten zu können und um sie durch Korrelationen mit weiteren Sozialfaktoren zu beleuchten, sind wir auf Meinungsumfragen zum Wahlgeschehen angewiesen. Nur Untersuchungen, die sich dieser Methode bedienen, können die hier gestellte Frage beantworten. Es sind in erster Linie die drei größten und ältesten Meinungsforschungsinstitute, die sich um solche Untersuchungen verdient gemacht haben. Das Institut für Demoskopie, das EMNID- und das DIVO-Institut haben in immer wiederholten Erhebungen die Zusammensetzung der Wählerschaft der verschiedenen Parteien zu ergründen gesucht. Diese Umfragen bestätigen, was sich aus den ökologischen Korrelationen bisher nur als begründete Vermutung formulieren ließ: Katholische Wähler wählen schon seit der Bundestagswahl 1949 sehr viel häufiger CDU als evangelische. Der große Anstieg der CDU-Stimmen bei den Wahlen der fünfziger Jahre ist auch wieder verstärkt den katholischen Stimmen zu verdanken. FDP- und SPD-Stimmen dagegen stammen häufiger von Evangelischen, und auch ihr Anstieg wird vorwiegend von diesen getragen. Die Kurve der Wählergunst schlägt bei den Konfessionen also jeweils in der für sie charakteristischen Richtung aus. Grob gesehen jedoch verlaufen die Wählerbewegungen parallel: Die Zahl der katholischen SPD-Wähler bleibt dabei immer unter der der evangelischen, die Zahl der evangelischen CDU-Wähler erheblich unter der der katholischen⁹.

⁹ Für eine Darstellung der Ergebnisse des Instituts für Demoskopie siehe: Friedrich Tennstädt, *Der Wähler*, Allensbacher Schriften 4, Allensbach am Bodensee 1954. Die Ergebnisse der EMNID-Umfragen sind zusammengetragen in: Wolfgang Hirsch-Weber, Klaus Schütz, *Wähler und Gewählte*, Berlin und Frankfurt 1957, S. 223–231, 250–253.

Diese Erhebungen sollen hier nur summarisch zusammengefaßt werden, da in ihnen lediglich der Einfluß der Konfessionszugehörigkeit auf das Wahlverhalten, nicht aber der der kirchlichen Bindung beleuchtet wird. Gerade in Deutschland, wo 95 % der Bevölkerung einer der beiden großen Kirchen angehört, ist diese Zugehörigkeit in vielen Fällen nicht verhaltensrelevant. Es gibt eine große Zahl von bloß nominalen Kirchenmitgliedern, die zwar aus Konvention oder durch Furcht vor gesellschaftlichen Sanktionen ihre Mitgliedschaft beibehalten, für die sich aus dieser Mitgliedschaft aber keine Folgerungen für andere soziale Verhaltensweisen ergeben. Aus diesem Grund ist die Vorbedingung für unsere Untersuchung, daß unsere Daten neben der Konfessionszugehörigkeit auch einen Maßstab für den Grad der kirchlichen Bindung enthalten. Meinungsumfragen, die dieses Kriterium erfüllen, sind bisher nur selten durchgeführt worden. Der Umfang der bisherigen Literatur zu unserem Thema ist daher nicht sehr groß.

Die erste Umfrage, die derartige Korrelationen zuläßt, war die «Bundesstudie», eine 1953 vom Unesco-Institut für Sozialwissenschaften durchgeführte Repräsentativbefragung. Aus ihr gingen die beiden wichtigsten Beiträge zu unserem Thema, die Studien von Reigrotzki und Linz, hervor¹⁰. Reigrotzkis Arbeit untersucht die Formen und Korrelate der sozialen Teilnahme in Kirche, Politik, Gewerkschaften und anderen freiwilligen Organisationen. Er untersucht verschiedene Formen der politischen Teilnahme getrennt nach Konfessionen und kirchlicher Bindung. Reigrotzki kann zeigen, daß Kirchentreu beider Konfessionen nur selten unter den Nichtwählern zu finden sind und daß sie sich in der Politik besser informiert und aktiver zeigen¹¹. In der Parteipräferenz unterscheiden sich Kirchgänger von Nichtkirchgängern noch deutlicher: Keine Partei weist unter ihren Wählern so viele (evangelische und katholische) Kirchgänger auf wie die CDU, keine Partei so wenige wie die SPD. Allerdings besteht hier ein Unterschied auch zwischen den Konfessionen:

¹⁰ E. Reigrotzki, a. a. O.; Juan Linz, *The Social Bases of German Politics*, unveröffentlichte Dissertation (Columbia University), New York 1958.

¹¹ E. Reigrotzki, a. a. O., S. 65-71.

EINLEITUNG

Keine Partei weist so viele Katholiken unter ihren Wählern auf wie die CDU, keine Partei so wenige wie die FDP¹².

Die Fragestellung der Untersuchung von Reigrotzki unterscheidet sich jedoch von der unsrigen in einem wesentlichen Punkt: Seine Untersuchung ist auf der einen Seite weiter gespannt, indem er die Teilnahme verschiedener Bevölkerungsgruppen in den verschiedensten Bereichen des öffentlichen Lebens analysiert. Auf der anderen Seite schränkt er jedoch den Umfang seiner Fragestellung ein, indem er die Differenzierung der Bevölkerung in verschiedene Berufsgruppen aus der Analyse durchgehend ausklammert. Die Faktoren, nach denen er differenziert, gehen quer durch das soziale Schichtgefüge der Gesellschaft hindurch. Er untersucht die Unterschiede zwischen Evangelischen und Katholiken, zwischen Kirchgängern und Nichtkirchgängern, zwischen Männern und Frauen, zwischen Kriegsteilnehmern und Nichtkriegsteilnehmern – er unterscheidet aber in keinem Fall zwischen Arbeitern, Angestellten und Selbständigen. Seine Arbeit bot daher die entscheidende Anregung für unsere Fragestellung, die die Hypothese untersucht, daß Berufszugehörigkeit und Zugehörigkeit zur Kirche die entscheidenden Kriterien für die Bildung politischer Fronten in der Bundesrepublik seien.

Juan Linz unternimmt eine Sekundärauswertung der Daten der Bundesstudie mit der Absicht, die politischen Fronten in der Bundesrepublik nach ihren sozialen Merkmalen zu charakterisieren. Er betont dabei, daß Klassengegensätze und religiöse Gegensätze die entscheidenden Faktoren bei der Bildung dieser Fronten sind. Ebenso wie unsere Arbeit kommt er zu dem Schluß, daß Konfession und die «kirchliche Identifikation» quer durch die sozialen Schichten das politische Verhalten bestimmen. Wie wir bestimmt er den Grad der «kirchlichen Identifikation» nach der Häufigkeit des Kirchenbesuchs, die soziale Schichtzugehörigkeit nach dem Beruf. Die Überkreuzung der beiden Faktoren zeigt Linz auf, wenn er feststellt, daß Kirchgänger unter den katholischen Arbeitern vorwiegend CDU wählen, daß Anhänger der Mittelklasse, die nicht zur Kirche gehen, zum großen Teil SPD-Anhänger sind. Das Resultat dieser Überkreuzung ist eine Reduktion der politischen Spannungen und Gegensätze zwi-

¹² E. Reigrotzki, a. a. O., S. 130–134.

schen den Parteien. Keine der großen Parteien kann sich auf die Interessenvertretungen nur einer sozialen Schicht oder nur einer religiösen Gruppe beschränken, sondern bei allen zeigen sich die Gegensätze zwischen den politischen Fronten in der Bundesrepublik schon innerhalb der eigenen Anhängerschaft.

Die Arbeit von Juan Linz kommt damit weitgehend zu denselben Schlüssen wie die hier vorgelegte Untersuchung. Unsere Darstellung der entscheidenden politischen Fronten in der Bundesrepublik in Kapitel I ist daher lediglich eine Bestätigung der schon von Linz gefundenen Situation. Sie ist aber insofern von eigenem Wert, als sie unabhängig in eigenen Befragungen neun bzw. dreizehn Jahre später erfolgt. Unsere Arbeit ist in diesem Teil eine Bestätigung der Konstanz der politischen Fronten in der Bundesrepublik. Sie geht im weiteren Teil über eine solche Bestätigung hinaus, wenn wir in Kapitel II den Erklärungswert des Faktors kirchlicher Bindung für das Wahlverhalten untersuchen. Wir zeigen in diesem Teil, daß auch nach Kontrolle von Alters-, Geschlechts- und Stadt-Land-Unterschieden der Einfluß des kirchlichen Faktors auf das Wahlverhalten deutlich bestehen bleibt. Dadurch haben wir den Erklärungswert dieses Faktors gegen mögliche Einwände abgesichert.

Eine weitere Bestätigung für die Bedeutung der Schichtzugehörigkeit und des Kirchgangs für das Wahlverhalten ergibt sich aus einer Korrelation, die das DIVO-Institut in einer Umfrage nach der Bundestagswahl 1957 erstellte¹³. Hier werden Gewerkschaftsmitglieder und Kirchgänger, getrennt nach ihrer Zugehörigkeit zur «bürgerlichen Mittelschicht» und Arbeiterschaft, nach Berufstätigkeit und Konfession, in ihrem Wahlverhalten verglichen. Das ergibt das bereits bekannte Bild: Unter den Kirchgängern der katholischen Arbeiterschaft ist die CDU-Anhängerschaft fast ebenso groß wie unter den Kirchgängern der katholischen bürgerlichen Mittelschicht. Bei beiden Konfessionen steigt der CDU-Anteil und sinkt der SPD-Anteil unter den Kirchgängern. Die SPD erreicht besonders hohe Stimmenzahlen lediglich unter den Arbeitern, die gleichzeitig Gewerkschaftsmitglieder sind.

¹³ DIVO, Untersuchung der Wählerschaft und Wahlentscheidung 1957, Frankfurt a. M. 1957, Tabelle 129, S. 243.

EINLEITUNG

Wenn die Zusammenhänge in der DIVO-Studie auch über diese entscheidende und grundlegende Tabelle hinaus nicht verfolgt werden, so bestätigt die Umfrage doch zu einem dritten Zeitpunkt die grundlegende Tatsachenfeststellung, die in der hier vorgelegten Arbeit untersucht wird. Mit unserer Untersuchung liegen nun aus den Jahren 1953, 1957, 1962 und 1966 in unabhängigen Befragungen überraschend ähnliche Ergebnisse vor.

Tabelle 0.3.1 – Übersicht über die Korrelationen des Wahlverhaltens mit Beruf, Konfession und kirchlicher Bindung in vier Befragungen

	Bundesstudie 1 1953			DIVO 2 1957			NRW-Umfrage 3 1962			1966		
	SPD Zentr. CDU			SPD CDU			SPD CDU			SPD CDU		
	%	%	n	%	%	n	%	%	n	%	%	n
<i>Katholisch</i>												
Arbeiter:												
Kirchgänger	26	41	(122)	9	69	(40)	23	60	(105)	33	55	(66)
Nichtkirchgänger	56	19	(52)				63	19	(59)	69	13	(39)
Gewerkschaftler				70	15	(69)						
Mittelschicht:												
Kirchgänger	11	66	(125)	5	73	(127)	11	60	(72)	18	70	(44)
Nichtkirchgänger	35	41	(79)				.	.	(11)	69	13	(16)
<i>Evangelisch</i>												
Arbeiter:												
Kirchgänger	38	19	(32)	.	.	(14)	.	.	(7)	.	.	(4)
Nichtkirchgänger	69	9	(67)				71	13	(86)	70	23	(84)
Gewerkschaftler				69	15	(93)						
Mittelschicht:												
Kirchgänger	23	37	(94)	5	52	(40)	13	50	(16)	44	44	(25)
Nichtkirchgänger	37	25	(92)				43	22	(49)	47	25	(32)

¹ Quelle: J. Linz, a. a. O., Kapitel VII und XII. Nur Männer sind erfaßt. «Mittelschicht» bezeichnet hier städtische Angestellte, Beamte und kleine Selbständige; die Prozentangaben sind bei der Mittelschicht unter Ausschluß derjenigen berechnet, die keine Parteipräferenz angeben. —

² Quelle: DIVO, a. a. O. Nur Berufstätige sind erfaßt. «Bürgerliche Mittelschicht» sind hier Männer und Frauen, soweit sie als Angestellte, Beamte oder Selbständige berufstätig sind. — ³ Eigene Korrelationen. Nur Männer sind erfaßt. Als «Mittelschicht» sind hier nur Angestellte und Beamte bezeichnet. Die Zahlen beziehen sich auf das Wahlverhalten bei der jeweils vorangegangenen Bundestagswahl. «Kirchgänger» sind hier alle, die angeben, mindestens einmal in der Woche zur Kirche zu gehen. «Nichtkirchgänger» alle, die sagen, sie gingen «selten» oder «nie». Die Mittelgruppe fehlt also bei beiden Konfessionen.

I. DIE SOZIALE BASIS DES WAHLVERHALTENS

1. Wahlverhalten und Beruf

Die berufsmäßige Schichtung ist in allen demokratischen Ländern das Kriterium, nach dem sich politische Interessen am deutlichsten polarisieren. Selbst in den Vereinigten Staaten, in denen die Parteien ihre Programme nie so sehr auf Grund von Klassenideologien formuliert haben wie in Europa, kristallisieren sich die Parteien entweder vornehmlich in den oberen oder in den unteren Berufs- und Einkommenschichten. Lipset betont daher in seinen Analysen des «Political Man» immer wieder die Schichtgegensätze bei den amerikanischen Parteien. «In jeder modernen Demokratie findet der Konflikt zwischen verschiedenen Gruppen seinen Ausdruck in politischen Parteien, die ihrem Wesen nach eine «demokratische Version des Klassenkampfes» darstellen. Obwohl viele Parteien dem Prinzip des Klassenkampfes oder der Klassenloyalität abschwören, zeigt die Analyse ihrer Programme und ihrer Anhängerschaft, daß sie eben doch die Interessen verschiedener Klassen vertreten. Global gesehen, kann man als wichtigste Verallgemeinerung den Satz aufstellen, daß die Parteien entweder auf den unteren Schichten oder auf dem Mittelstand und den oberen Schichten basieren. Diese Verallgemeinerung trifft sogar für die amerikanischen Parteien zu, von denen man zu sagen pflegt, daß sie von der europäischen, an Klassenunterschiede gebundenen Schablone abweichen.»¹

Lipset weist darauf hin, daß dieser Zusammenhang in Amerika lange ideologisch überdeckt worden ist. Die Überzeugung von der Gleichheit der Chancen in der amerikanischen Gesellschaft wurde im Bewußtsein vieler Amerikaner auf die Gleichheit der politischen Interessen aller Schichten übertragen. Erst die Analysen der Sozial-

¹ Seymour M. Lipset, *Soziologie der Demokratie*, Neuwied 1962, S. 242. Die Bezeichnung «class conflict», die Lipset gebraucht, sollte hier besser mit «Schichtgegensätze» übersetzt werden, da dies eher der Bedeutung des Wortes «class» in der amerikanischen Literatur entspricht.

wissenschaftler haben hier aufklärend gewirkt und den Nachweis erbracht, daß sich europäische und amerikanische Industrieländer nicht so grundsätzlich unterscheiden»

Allerdings: Wenn auch die Wähler objektiv hier wie dort entsprechend der Schichtzugehörigkeit charakterisiert sind, so können sie auf eine Befragung hin selbst doch ganz andere Gründe für ihre Entscheidung angeben. Sie brauchen sich des schichtspezifischen Charakters ihrer Gründe gar nicht bewußt zu sein. Daher sind die Antworten wenig aufschlußreich, wenn man die Wähler direkt befragt, aus welchem Grund sie eine bestimmte Partei vorziehen. Durch eine solche Frage wird eine Begründung für ihre Entscheidung verlangt, die sie sich in der tatsächlichen Wahlsituation vielleicht gar nicht vergegenwärtigt haben. Je mehr die Parteipräferenz gewohnheitsmäßig oder aus unbewußten Erwägungen heraus gefällt wird, desto eher wird die Beantwortung der Frage nach den Gründen der Wahlentscheidung den Befragten in eine Verlegenheit bringen. Er versucht nun vielleicht, seine Entscheidung mit nachträglich reflektierten Kriterien zu begründen – und entfernt sich damit sehr wahrscheinlich von den Erwägungen, die für ihn tatsächlich maßgebend waren.

Indirekte Fragen geben daher einen besseren Aufschluß über die Kriterien, nach denen sich die Wähler im Parteigeschehen orientieren. In unserer Umfrage wurde nach dem Bild gefragt, welches sich die Befragten von der Wählerschaft der Parteien machen: «Was würden Sie sagen, was sind das für Leute, die SPD wählen?» Die Antworten, die hierauf spontan gegeben werden, lassen sehr gut erkennen, welche Kriterien im Vordergrund der politischen Orientierung stehen. Allerdings sind diese Kriterien nicht unbedingt identisch mit denjenigen, nach denen die eigene Wahlentscheidung gefällt wird, aber in der Regel werden beide doch stark korrelieren. Das eigene Verhalten richtet sich ja unter anderem auch danach aus, mit welchen sozialen Gruppen man diese oder jene Partei identifiziert und wieweit man sich selbst zu dieser zurechnet oder mit ihr sympathisiert. Wieweit jedoch diese Bezugsgruppen für die Wahlentscheidung ausschlaggebend sind, können wir nicht entscheiden. Deshalb sollen die Angaben nicht über ihren Wortsinn hinaus interpretiert werden. Welches Bild haben die Befragten von den Parteien?

Tabelle 1.1.1 – Was würden Sie sagen, was sind das für Leute, die SPD wählen?

NRW-Umfrage 1962	%	
<i>Gesellschaftsgruppen:</i>		
1. Angehörige der oberen Schichten – Industrielle – Akademiker – Intellektuelle	1	
2. Mittelstand – Angehörige des Mittelstands – Angestellte – Beamte	19	
3. Speziell selbständiger Mittelstand – Geschäftsleute – Einzelhändler – Handwerker	4	
4. Arbeiter – Arbeiterkreise – Arbeitnehmer – das schaffende Volk	68	
5. Speziell: Gewerkschafter	1	
6. Speziell: Proleten	0,4	
7. Der kleine Mann – die kleinen Leute – der einfache Mann – die niedrigen Schichten	3	
<i>Allgemeine Angaben zur wirtschaftlichen Lage:</i>		
Menschen in bescheidenen Verhältnissen – Leute mit wenig Geld – mit wenig Verdienst – Rentner	5	
<i>Religion:</i>		
1. Menschen, die nichts auf Religion geben – Leute, denen der Glaube nichts oder wenig bedeutet – Glaubenslose – wenig Christen	2	
2. Speziell: Evangelische – Nichtkatholische	0,5	
Alle Kreise, alle	11	
Sonstige Angaben	18	
Insgesamt	133	n = (1725)
Keine Angaben	9	n = (1890)

Zunächst ist schon aufschlußreich, bei welchen Parteien zur Charakterisierung mehrere Angaben gemacht werden. Bei der CDU geben sich die wenigsten mit nur einer Angabe zufrieden: Hier entfallen auf 100 Befragte 168 Angaben, zur Charakterisierung der SPD sind es 133 und bei der FDP 137. Der CDU werden also mehr Kennzeichen zugeschrieben als den anderen Parteien. Dies deshalb, weil die Befragten, die die CDU-Wählerschaft mit «christlich» oder «Katholiken» beschreiben, sich mit einer solchen Angabe meist nicht begnügen. In den meisten Fällen fügen sie noch hinzu, welche gesellschaftliche Stellung die CDU-Wähler kennzeichnet: sei es als «obere

Tabelle 1.1.2 – Was würden Sie sagen, was sind das für Leute, die CDU wählen?

NRW-Umfrage 1962

%

Gesellschaftsgruppen:

1. Die oberen Zehntausend – die obere Schicht – die herrschende Klasse – Unternehmer – Arbeitgeber – Industrie – Industrielle – Kapitalisten – das Kapital

17

2. Die bessere Gesellschaft – bessere Kreise – die gehobenen Bevölkerungsschichten

2

3. Akademiker – hohe Beamte – freie Berufe: Rechtsanwälte, Ärzte, Künstler

2

4. Mittelstand – Angestellte – einfache und mittlere Beamte – Mittelschicht – Kleinbürger

23

5. Speziell: selbständiger Mittelstand – Geschäftsleute – Einzelhändler – Handwerker – Kaufleute

18

6. Bauern – Landbevölkerung

10

7. Arbeiter

9

Allgemeine Angaben zur wirtschaftlichen Lage:

1. Leute mit Geld – Reiche – Besitzende – Geldbarone – gutgestellte Leute

5

2. Leute, denen es gut geht, die gut verdienen – zufriedene Leute – Leute, die es gut haben wollen – Leute, die bisher gut gefahren sind

4

3. Menschen in bescheidenen Verhältnissen – Rentner – Leute mit wenig Geld – die wenig besitzen

2

Religion:

1. Kirchlich verbundene Menschen, religiöse Menschen – Christen – christliche Leute – Katholiken und Protestanten – kirchliche Kreise – der Klerus

30

2. Speziell: Katholiken

14

Alle, Leute wie wir

14

Sonstige Angaben

18

Insgesamt

168 (n = 1725)

Keine Angaben

9 (n = 1890)

Zehntausend», «Mittelstand» oder «Landbevölkerung». Wenn 58 % der Befragten zur Kennzeichnung der CDU die Konfession oder kirchliche Bindung anführen, sollte man annehmen, daß die anderen Parteien ebenso durch entsprechende Merkmale gekennzeichnet werden – nur mit umgekehrten Vorzeichen. Aber nur ein verschwindend

Tabelle 1.1.3 – Was würden Sie sagen, was sind das für Leute, die FDP wählen?

NRW-Umfrage 1962	%	
<i>Gesellschaftsgruppen:</i>		
1. Die oberen Zehntausend – Hautevolee – die Kapitalisten – die Unternehmer – Industrielle – Arbeitgeber – Fabrikanten	32	
2. Die besseren Schichten – das gehobene Bürgertum – Leute in gehobener Stellung	5	
3. Akademiker – hohe Beamte – freie Berufe: Ärzte, Rechtsanwälte, usw.	5	
4. Mittelstand – Mittelschichten – Angestellte – kleine und mittlere Beamte	18	
5. Speziell: selbständiger Mittelstand – Geschäftsleute – Kaufleute – Einzelhändler – Handwerker	25	
6. Bauern – Landbevölkerung	2	
7. Arbeiter	3	
8. Militärs – Soldaten – ehemalige Soldaten – Militäristen	1	
<i>Allgemeine Angaben zur wirtschaftlichen Lage:</i>		
Leute mit Geld – die reichen Leute – Geldsäcke – Fabrikbesitzer – die Besitzenden	13	
<i>Religion:</i>		
Die sich konfessionell ungebunden fühlenden Menschen – Menschen, die konfessionell nicht gebunden sind	1	
Alle Schichten	4	
Sonstige Angaben	28	
Insgesamt	137	(n = 1474)
Keine Angaben	22	(n = 1890)

kleiner Teil – 2,5 bzw. 1 % – bezeichnen die SPD- und FDP-Wähler als «konfessionell ungebunden» oder als «Leute, denen der Glaube wenig gilt». Für diese Parteien genügt offensichtlich in den meisten Fällen die Angabe zur sozioökonomischen Stellung der Wähler. Ökonomische und soziale Interessengegensätze werden eher als Fronten angesehen, die sich antagonistisch gegenüberstehen. Die konfessionell-kirchlichen Kräfte in der Politik dagegen haben mehr Ähnlichkeit mit einem Sonderinteresse, dem keine (antiklerikale) Gruppe mit genau entgegengesetzten Zielen entspricht. Hierauf soll

schon an dieser Stelle verwiesen werden, obwohl sich eine solche Interpretation nicht zwingend aus den Antworten dieser projektiven Frage ergibt. Anzeichen für einen derartigen Schluß werden sich aber in der Folge öfter ergeben. Zusammengenommen werden sie eine solche Interpretation belegen können.

Die SPD geht aus der Charakterisierung der Befragten meist als eine Arbeiterpartei hervor: Allein 68 % sehen darin das Kennzeichen der SPD-Wählerschaft. 96 % insgesamt sind Angaben zur berufsschichtmäßigen Einordnung, nur 2,5 % (meist negativ kennzeichnende) Angaben zur Konfession oder kirchlichen Bindung. Eine Auszählung dieser Angaben nach der kirchlichen Bindung und gesellschaftlichen Stellung der Befragten zeigt dabei interessante Unterschiede. Insbesondere ist hier auch wichtig zu unterscheiden, ob die jeweilige Angabe von einem Wähler dieser Partei stammt oder ob die Befragten sich vielleicht damit von dieser Partei abheben wollen, sie also eine Fremdbezeichnung gebrauchen. Die negative Angabe «wenig Christen» oder «Menschen, die nichts auf Religion geben» stammt (bis auf zwei Ausnahmen) von regelmäßigen Kirchgängern, allerdings ebenso evangelischen wie katholischen. Sie bezeichnet also eine Fremdgruppe, eine Charakterisierung, mit der man sich selbst als SPD-Wähler ausschließt. Die Angabe «Arbeiter» dagegen wird zu 56 % von Arbeitern selbst gemacht – sie wird damit anteilmäßig gleich oft als Bezeichnung der eigenen Berufsgruppe wie einer fremden Gruppe benutzt.

Die Angaben zur CDU verteilen sich über mehrere Berufsgruppen. Am häufigsten werden «Mittelschicht», oder spezieller «selbständige Mittelschicht», genannt. Nur 9 % sagen, daß die CDU-Wähler sich auch aus der Arbeiterschaft rekrutieren – und zwar sind dies zu zwei Dritteln Arbeiter, meistens solche, die selbst CDU wählen. Diese geben auch besonders oft an, daß es «christliche Leute» seien, die CDU wählen. Dagegen setzen sich die evangelischen SPD-Wähler unter den Arbeitern häufig von den Wählern der CDU ab, indem sie diese als eine Partei «der Katholiken» kennzeichnen. Diese Bezeichnung wird häufiger als eine Fremdbezeichnung vorgebracht, von Evangelischen oder von Katholiken, die selten zur Kirche gehen. Die Charakterisierung der CDU-Wähler als «christliche» oder «kirch-

lich verbunden» dagegen verteilt sich gleichmäßig über alle Berufsgruppen und Konfessionen: Sie ist ebensooft Bezeichnung der eigenen wie einer fremden Gruppe.

Zur FDP wissen weniger Befragte Angaben zu machen. 22 % wissen überhaupt nicht, wie sie die FDP-Wähler charakterisieren sollen. In erster Linie sind es Frauen, unter ihnen hauptsächlich kirchentreue Katholikinnen, die über die FDP-Wähler nichts zu sagen wissen. Unter diesen sind auch besonders wenige FDP-Wähler. Die FDP gilt hier offensichtlich sehr viel seltener als eine mögliche Wahlalternative. Daher ist die Information über diese Partei entsprechend gering – manche Befragte kennen eine Partei mit diesem Namen überhaupt nicht. Diejenigen, die Angaben zur FDP machen, sehen sie überwiegend als eine Partei der Oberschicht und der Selbständigen an.

Das Bild, das die Befragten von den Parteien entwerfen, ist also in erster Linie von beruflichen Kriterien bestimmt. Nur bei der CDU nehmen die Angaben zur Konfession oder kirchlichen Bindung einen größeren Raum ein. Aber auch hier werden sie meist in Verbindung mit anderen sozialen Kennzeichen genannt. Eine solche Frage enthüllt ja nur, wieweit den Befragten bestimmte politische Interessengegensätze bewußt werden. Das tatsächliche Wahlverhalten kann sich unabhängig von solchem Wissen auch nach anderen Kriterien differenzieren. Die nächste Frage ist also, wieweit diese Vorstellungen dem tatsächlichen Verhalten entsprechen. Die Zuordnung von Parteien zu Sozialschichten ist nur dann der Wirklichkeit angemessen, wenn damit nicht impliziert wird, daß irgendeine Partei ausschließlich Wähler aus einer Berufsgruppe hat oder irgendeine Berufsgruppe geschlossen für eine Partei stimmt. Die Wählerschaft aller Parteien ist immer nur mehr oder weniger einseitig gewichtet, das heißt, das Zahlenverhältnis der Berufsgruppen weicht von demjenigen in der Gesamtbevölkerung ab. Dieses «Mehr-oder-Weniger» soll hier genauer bestimmt werden: Wenn die Zahlen für jede Partei jeweils auf die Gesamtbevölkerung bezogen werden, so wie sie sich in den Erhebungen ergeben, zeigt sich, in welchem Maß die SPD, die CDU und die FDP jeweils bestimmte Berufsgruppen repräsentieren.

Tabelle 1.1.4 – Anhängerschaft der Parteien unter den Männern nach Beruf¹

	Arbeiter	Angestellte Beamte	Selbständige	
	%	%	%	n
NRW-Umfrage 1962				
SPD	76	19	5	(303)
CDU	55	25	20	(393)
FDP	23	48	29	(60)
Alle Parteien	54	30	16	(805)
NRW-Umfrage 1966				
SPD	73	23	4	(252)
CDU	48	31	21	(204)
FDP	33	33	33	(21)
Alle Parteien	59	28	13	(547)

¹ Die Unterschiede von 1962 auf 1966 bei den Anteilen der Berufsgruppen in der Gesamtheit der berufstätigen Männer ist auf Sample-Unterschiede zurückzuführen.

Die CDU spiegelt am ehesten die Verteilung der Berufsgruppen in der Gesamtbevölkerung wider. Zwar sind 1966 unter ihrer Wählerschaft die Arbeiter seltener, die Wähler mit bürgerlichem Beruf häufiger vertreten als in der Bevölkerung, aber die Unterschiede bleiben gering. Die SPD ist bereits einseitiger durch die Berufe ihrer Wähler gekennzeichnet: Über 70 % ihrer Stimmen kommen von Arbeitern. Bei der FDP überwiegen die Angestellten, Beamten und Selbständigen. 1966 haben alle drei Berufsgruppen gleiche Anteile unter ihren Wählern. Damit sind im Vergleich zur Bevölkerung die Arbeiter in der FDP deutlich unter-, die Selbständigen deutlich überrepräsentiert.

Relativ zu den anderen Parteien ist also die Bezeichnung «Arbeiterpartei» für die SPD auch auf Grund einer objektiven Analyse berechtigt. Die Berufe der CDU-Wähler ähneln am ehesten denen der ganzen Bevölkerung. Die FDP dagegen ist eine Partei aller «bürgerlichen Wähler».

Keine Partei ist jedoch eindeutig auf bestimmte Berufsgruppen festgelegt, wie es einige kleinere Parteien in der Weimarer Republik vielleicht gewesen sind. Alle Parteien können behaupten, daß sie

Wähler in allen Schichten des Volkes finden. Wieweit sie aber dennoch davon entfernt sind, sich als Vertreter ganzer Berufsgruppen ausgeben zu können, zeigt erst eine Berechnung der Parteistärke in den jeweiligen Berufsgruppen.

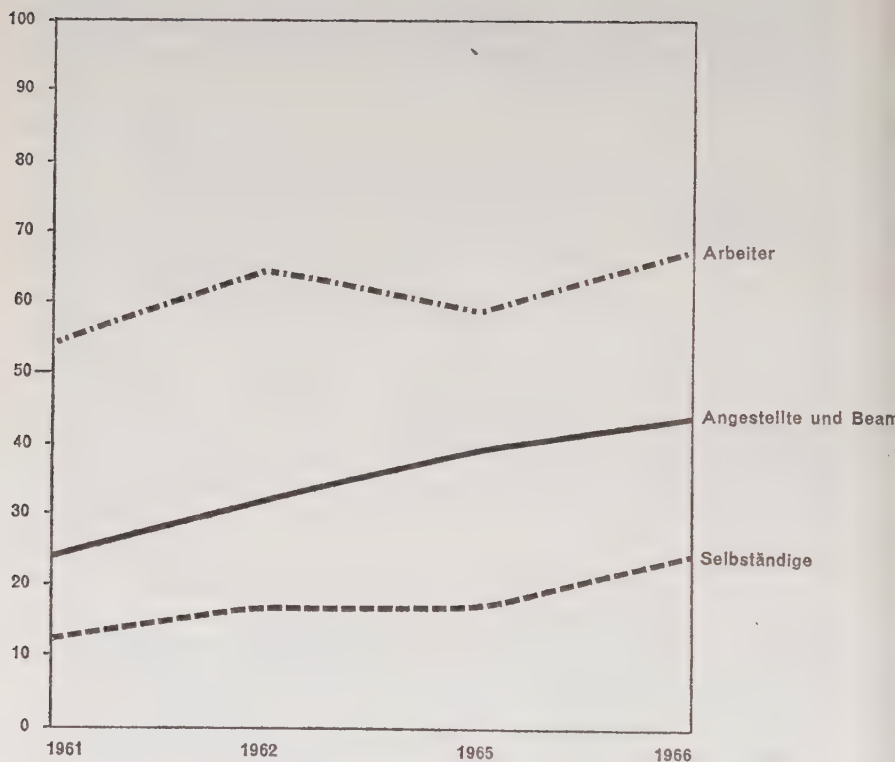
Tabelle 1.1.5 – Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen 1961 und 1965, Männer nach Beruf

	SPD	CDU	FDP	Andere Parteien	Keine Angaben	n
	%	%	%	%	%	
NRW-Umfrage 1962						
Arbeiter	54	32	4	1	9	(423)
Angestellte, Beamte	24	48	14	1	13	(188)
Selbständige	12	61	13	1	13	(127)
NRW-Umfrage 1966						
Arbeiter	57	30	3	—	10	(323)
Angestellte, Beamte	38	43	5	1	13	(151)
Selbständige	16	62	10	—	12	(69)

Es zeigt sich, daß der größte Teil der Arbeiter SPD, der der Angestellten, Beamten und Selbständigen CDU wählt. Aber ein guter Teil der Stimmen verteilt sich doch jeweils auf die anderen Parteien. Immerhin stimmen 36 bzw. 33 % der Arbeiter für «bürgerliche Parteien», 24 bzw. 38 % der Angestellten und Beamten für die «Arbeiterpartei». Am eindeutigsten festgelegt erscheinen die Selbständigen: Nur 12 bzw. 16 % stimmen hier für die SPD, 74 bzw. 72 % für die CDU oder FDP. Am stärksten streuen dagegen die Arbeiterstimmen: 54 bzw. 57 % wählen SPD, aber auch 32 bzw. 30 % die CDU. So sehr die SPD in Tabelle 1.1.4 auf ihre Arbeiterwählerschaft festgelegt erscheint, so wenig läßt sich dies umkehren: Die Arbeiter beschränken sich bei der Stimmabgabe keineswegs auf die SPD.

Die Anhängerschaft der Parteien bei den verschiedenen Berufsgruppen hat sich von 1961 bis 1966 relativ wenig geändert: Lediglich bei Angestellten und Beamten hat die SPD ihren Stimmenanteil wesentlich erhöhen können (von 24 auf 38 %), lediglich bei diesen hat die CDU Einbußen erlitten (von 48 auf 43 %). Bedeutend ist jedoch

SPD-Stimmen in Prozent

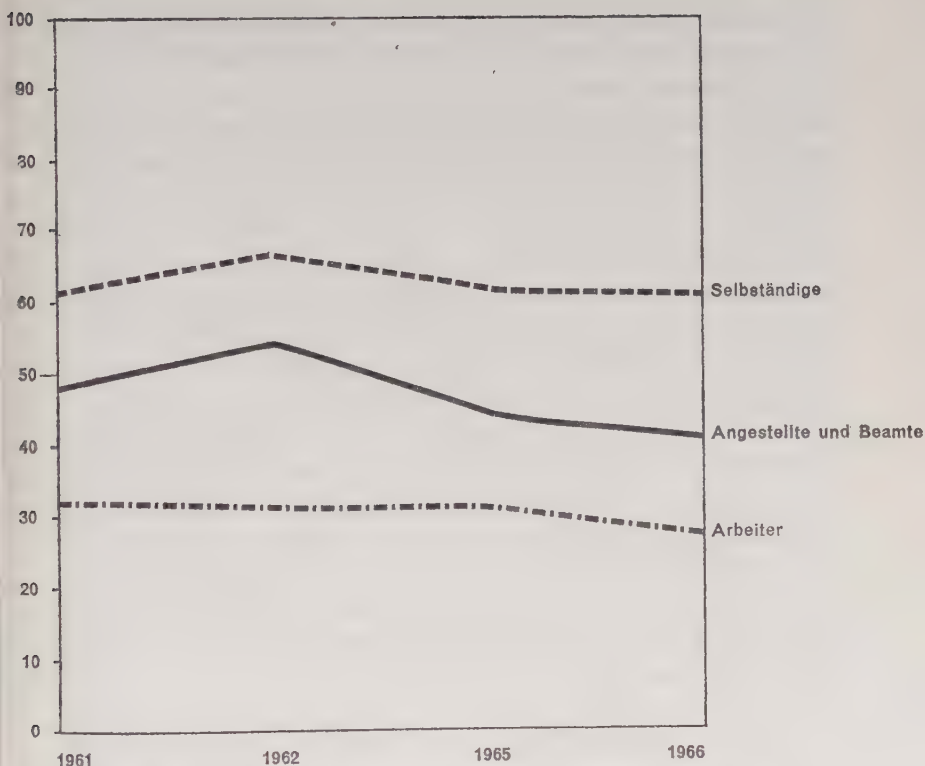


1961: Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1961 (NRW-Umfrage 1962)

1962: Intention für die Landtagswahl 1962 (NRW-Umfrage 1964)

die Abnahme der FDP (von 14 auf 5 %). Der Trend, der hier bei Angestellten und Beamten sehr deutlich ist, zeigt sich in der gleichen Richtung – wenn auch sehr viel weniger bedeutend – bei Arbeitern und Selbständigen. Die SPD ist sichtlich der Gewinner bei der Stimmenentwicklung unter berufstätigen Männern, die FDP der Verlierer. Es scheint jedoch so, daß bei denjenigen, die in der gesellschaftlichen Rangordnung oben stehen: den Selbständigen, ebenso wie bei denjenigen, die unten stehen: den Arbeitern, die Parteipräferenzen ziemlich konstant geblieben sind. So wie die Angestellten und Beamten in einer gesellschaftlichen Rangordnung in der Mitte angesiedelt

CDU-Stimmen in Prozent



1965: Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1965 (NRW-Umfrage 1966)
 1966: Intention für die Landtagswahl 1966 (NRW-Umfrage 1966)

sind, so sind sie auch zwischen den Parteien nach beiden Seiten beweglich. Bei ihnen allein ist in größerem Maße ein Wechsel zu beobachten.

Trotz ihres relativ einheitlichen politischen Verhaltens ist in der gewählten Einteilung der Berufe – von der tatsächlichen sozialen Position der Berufe geurteilt – die Gruppe der Selbständigen die heterogenste. «Selbständige» sind sowohl Bauern als auch Fabrikanten, die Besitzer eines kleinen Lebensmittelladens, frei praktizierende Ärzte ebenso wie Versicherungsagenten. Wir können über diese Gruppe leider keine detaillierten Angaben machen: Die

Zahl der Befragten ist zu gering, als daß wir sie weiter unterteilen könnten. Bei der wichtigsten Angabe für eine solche Differenzierung, dem Einkommen, sind zudem gerade die Angaben der Selbständigen besonders unzuverlässig.

Sicher können auch die Arbeiter und Angestellten je nach der sozialen Stellung, der Art des Betriebes und der Art der Arbeit, die verrichtet wird, differenziert und dabei wichtige Unterschiede aufgezeigt werden. Wenn aber hier die gleichzeitige Wirkung von anderen Faktoren neben den beruflichen untersucht werden soll, so muß auf eine feinere Unterteilung der Berufsgruppen verzichtet werden. Einige Versuche in diese Richtung zeigen zudem, daß die Wirkung von interferierenden Faktoren einen sehr viel stärkeren Ausschlag gibt als eine weitere Differenzierung der Berufsgruppen². Die Aufteilung von Beamten und Angestellten zum Beispiel macht keinen Unterschied im Wahlverhalten sichtbar, diejenige nach Arbeitern und Facharbeitern bleibt ohne weitere Korrelationen unerklärlich. Die späteren Kapitel werden zeigen, daß eine Aufgliederung der Berufsgruppen über das hier gegebene grobe Schema hinaus gleichzeitig eine Reihe anderer Faktoren (Konfession, Ortsgröße) mit berücksichtigen muß, um für die Analyse fruchtbar zu werden.

Die grobe Aufgliederung in drei Berufsgruppen ist also nicht nur aus praktischen Gründen geboten. Tatsächlich bleiben die Unterschiede, die sich innerhalb dieser Gruppen bilden lassen, in ihrer Größenordnung in der Regel hinter denen zwischen den Gruppen zurück. Darüber hinaus nimmt ein Großteil der Befragten diese Einteilung selbst vor, wenn sie nach ihrer Meinung über die Merkmale verschiedener Parteien befragt werden. Dieses Schema bildet eine in den politischen Entscheidungen tatsächlich wirksame und die in den Korrelationen deutlichste Einteilung in allgemeine Berufsgruppen.

Wir haben bisher lediglich die männlichen Wähler in unserem Vergleich berücksichtigt. Die Berufsangaben der Frauen sagen wenig über ihre soziale Stellung aus: 74 % unter ihnen sind Hausfrauen.

² Siehe hierzu Kapitel II, 1. und 2.

Bei den berufstätigen Frauen ist die Angabe oft irreführend, da ihre soziale Stellung sich vornehmlich nach der des Ehemannes oder des Vaters richtet. Deshalb sollen die Frauen in unserer Umfrage nach der Berufsgruppe, in die der jeweilige Haushaltsvorstand gehört, verglichen werden. (Dabei ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß die Befragte selbst Haushaltsvorstand ist.)

Tabelle 1.1.6 – Anhängerschaft der Parteien unter den Frauen nach Beruf des Haushaltsvorstandes

	Arbeiter	Angestellte Beamte	Selbständige	
	%	%	%	n
NRW-Umfrage 1962				
SPD	67	25	8	(298)
CDU	49	32	19	(538)
FDP	32	42	26	(98)
Alle Parteien	54	31	15	(909)
NRW-Umfrage 1966				
SPD	65	31	4	(196)
CDU	44	35	21	(208)
FDP	18	47	35	(17)
Alle Parteien	51	34	15	(515)

*Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen 1961 und 1965,
Frauen nach Beruf des Haushaltsvorstandes*

	SPD	CDU	FDP	Andere Parteien	Keine Angaben	
	%	%	%	%	%	n
NRW-Umfrage 1962						
Arbeiter	38	43	4	2	13	(484)
Angestellte/Beamte	20	52	11	1	16	(277)
Selbständige	11	65	13	—	11	(131)
NRW-Umfrage 1966						
Arbeiter	49	35	1	—	15	(263)
Angestellte/Beamte	35	41	5	1	18	(177)
Selbständige	11	57	8	—	24	(75)

Bei der weiblichen Anhängerschaft der Parteien verwischt sich die Zuordnung der sozialen Gruppen zu bestimmten Parteien stärker als bei den Männern. Immer noch sind die Arbeiter bei der SPD überrepräsentiert, bei der CDU und FDP unterrepräsentiert. Diese Verteilung der Berufsgruppen unter der SPD-Anhängerschaft insgesamt kommt aber näher an die Verteilung der Berufsgruppen in der ganzen Bevölkerung als dies bei den Männern der Fall war. Bei der CDU verteilen sich die Wählerinnen fast ebenso wie in der Gesamtbevölkerung, bei den FDP-Wählerinnen dagegen sind – ebenso wie bei den Männern – die bürgerlichen Berufe sehr viel stärker vertreten.

Die Stimmabgabe unter den Wählerinnen differenziert sich also weniger als die der Wähler nach berufsspezifischen Kriterien. Das kommt dadurch zustande, daß hier der Anteil von CDU-Stimmen insgesamt höher ist. In allen drei Berufsgruppen erhält die SPD weniger Stimmen als bei den Männern. Dabei ist die Differenzierung bei den Arbeitern am stärksten. Auch Frauen aus Angestellten-, Beamten- und Selbständigen-Haushalten wählen nicht so oft SPD wie die Männer. Aber bei Angestelltenfrauen ist der Unterschied zu den Männern nur 4 bzw. 3 0/0, bei den Arbeiterfrauen 16 bzw. 8 0/0.

Damit ist – gemessen an den Frauenstimmen – die SPD weniger als Arbeiterpartei festgelegt. Die CDU hat unter den Frauen noch mehr den Charakter einer Partei aller Schichten. Die Frauenstimmen verschieben also das Wahlergebnis insgesamt zugunsten der CDU. Sie mildern gleichzeitig die berufsmäßigen Unterschiede zwischen der Wählerschaft der Parteien.

Dieser Trend des Wahlergebnisses von der Bundestagswahl 1961 bis 1965 verläuft ganz ähnlich wie derjenige bei den Männern: Insgesamt verliert die FDP bedeutend an Stimmen, die SPD gewinnt (ausgenommen sind hier die Selbständigen).

Die Gewinne der SPD und der Verlust der CDU zeigen sich am deutlichsten bei den Frauen von Angestellten und Beamten (15 0/0 Zunahme an SPD-Stimmen). Auch bei Arbeiterfrauen hat die SPD beträchtlich gewonnen (11 0/0), ein Gewinn, der größer ist als der bei den Männern. Damit hat sich das Wahlverhalten von Männern und Frauen 1965 einander angeglichen, insbesondere bei Arbeitern, bei

denen 1961 das Wahlverhalten der Geschlechter besonders unterschiedlich war. Immer noch aber wählen 35 % der Arbeiterfrauen CDU, aber nur 30 % der Arbeiter; 49 % der Arbeiterfrauen SPD, dagegen 57 % der Arbeiter.

2. Wahlverhalten und konfessionell-kirchliche Bindung

Die Unterschiede, die sich im Wahlverhalten von Männern und Frauen zeigen, passen nicht in die Vorstellung, daß das Wahlverhalten auf Grund der Berufsstellung des Wählers bestimmt sei. Die Wählerinnen sind in ihrer Wahlentscheidung verstärkt von anderen Faktoren als dem Beruf des Haushaltungsvorstandes beeinflußt. Ebenso wenig können einige Abweichungen von dem berufsmäßigen Schema bei den erwerbstätigen Männern erklärt werden: Zwar wählen mehr als die Hälfte der Arbeiter SPD und ebenso erwartungsgemäß mehr als die Hälfte der Angestellten und Beamten und der überwiegende Teil der Selbständigen CDU.

Aber wie erklärt sich das Wahlverhalten der anderen: der 31 bzw. 32 % unter den Arbeitern, die CDU wählen, der 24 bzw. 39 % unter den Angestellten und der 12 bzw. 16 % der Selbständigen, die SPD wählen?

Ein zweiter Faktor, nach dem sich das Wahlverhalten bestimmt, ist bei der Kennzeichnung der Parteianhänger durch die Befragten selbst schon genannt worden: die Konfession und die Bindung an die Kirche. Allein schon wenn wir das Wahlverhalten von Evangelischen und Katholiken vergleichen, sehen wir, daß zwischen ihnen ebenso große Unterschiede bestehen wie zwischen den Angehörigen der verschiedenen Berufsgruppen.

Wie erwartet, wählt der überwiegende Teil der Katholiken CDU gegenüber nur einem Drittel unter den Evangelischen. Bei katholischen Wählern erhält die SPD nur halb so viele Stimmen wie die CDU, unter evangelischen Wählern ist sie mit Abstand die stärkste Partei.

Ist hier also ein konfessioneller Gegensatz für das Wählerverhalten bestimmend? Ist es tatsächlich die Gleichsetzung der CDU mit einer »katholischen Partei«, die die Mehrheit der Katholiken für sie, die Mehrheit der Evangelischen gegen sie einnimmt? (Der große Teil der Katholiken, die trotz alledem die SPD wählen, der große Teil der

Tabelle 1.2.1 – Konfession und Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen 1961 und 1965

	SPD	CDU	FDP	Andere Parteien	Keine Angaben	n
	%	%	%	%	%	
NRW-Umfrage 1962						
Katholisch	24	57	6	—	13	(946)
Evangelisch	42	33	10	1	14	(815)
NRW-Umfrage 1966						
Katholisch	32	57	2	—	9	(608)
Evangelisch	49	32	6	1	12	(515)

Evangelischen, die dennoch für die CDU stimmen, sollte uns vor einer solchen Schlußfolgerung warnen.) Oder ist der CDU-Anteil unter Katholiken so viel höher, weil so viel mehr Katholiken treu zu ihrer Kirche stehen, der geringe CDU-Anteil unter den Evangelischen ein Spiegelbild der insgesamt geringeren kirchlichen Bindung unter ihnen?

Wir können zwischen diesen Vermutungen nicht entscheiden, solange wir nur mit dem Merkmal der bloßen Konfessionszugehörigkeit korreliert haben. Es ist ja bekannt, daß in Deutschland die Zugehörigkeit zu einer Kirche noch nichts über eine verhaltensrelevante kirchliche Bindung aussagt. Die Zugehörigkeit zu einer Kirche kann rein äußere Gründe haben. Sie kann auf bloßer Gewohnheit beruhen oder von der Furcht zeugen, daß auf eine öffentliche Austrittserklärung eine soziale Diskriminierung folgen könnte.

Die Korrelation mit der Konfessionszugehörigkeit bleibt deshalb so lange unbefriedigend, wie nicht entschieden werden kann, ob dieser Zugehörigkeit auch eine Bindung an die Kirche entspricht. Mit der Aussage der Befragten über die Häufigkeit ihres Kirchenbesuchs läßt sich prüfen, ob ein vergleichbarer Grad der kirchlichen Bindung die konfessionellen Verhaltensunterschiede bei der Wahl aufhebt. Wäre dies der Fall, müßten die evangelischen Kirchgänger also ebensooft CDU wählen wie die katholischen. Wir könnten uns dann in der Folge auf den Gegensatz kirchlich gebundener und nicht kirchlich gebundener Wähler beschränken, da somit alle konfessionellen Unterschiede hierauf zurückgeführt wären.

Tabelle 1.2.2 – Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen 1961 und 1965 nach Konfession und Kirchenbesuch

	SPD	CDU	FDP	Andere Parteien	Keine Angaben	n
	%	%	%	%	%	
NRW-Umfrage 1962						
<i>Katholisch:</i>						
Regelmäßig	15	67	5	—	13	(634)
Unregelmäßig	35	44	6	1	14	(165)
Selten/Nie	50	28	7	1	14	(144)
<i>Evangelisch:</i>						
Regelmäßig	29	44	10	2	15	(77)
Unregelmäßig	39	38	10	1	12	(425)
Selten/Nie	50	24	9	2	15	(313)
NRW-Umfrage 1966						
<i>Katholisch:</i>						
Regelmäßig	17	74	3	1	5	(351)
Unregelmäßig	45	45	1	—	9	(155)
Selten/Nie	64	17	3	—	16	(99)
<i>Evangelisch:</i>						
Regelmäßig	23	54	3	—	20	(35)
Unregelmäßig	43	35	6	1	15	(248)
Selten/Nie	59	25	6	1	9	(230)

Tatsächlich sind die Unterschiede zwischen Evangelischen und Katholiken geringer, wenn wir jeweils Kirchgänger und Nichtkirchgänger miteinander vergleichen. Bei beiden Konfessionen wählen die Kirchgänger überwiegend CDU, die Nichtkirchgänger SPD. Bei beiden Konfessionen hatte der CDU-Anteil unter den Kirchgängern noch 1965 – entgegen dem allgemeinen Wahlrend – sogar zugenommen. Bei beiden Konfessionen hatte die SPD in erster Linie bei den Nichtkirchgängern an Stimmen gewonnen.

Aber auch 1961 schon waren die Unterschiede zwischen Kirchgängern (gleich welcher Konfession) größer als diejenigen zwischen Katholiken und Evangelischen. Besonders bei den Katholiken polarisieren sich die politischen Fronten: 1965 wählten drei Viertel aller kirchentreuen Katholiken CDU, aber nur 17% SPD. Katholiken ohne kirchliche Bindung dagegen wählten lediglich zu 17% CDU, dafür

aber zu zwei Dritteln SPD. Damit kehren sich die Parteipräferenzen von den Kirchgängern zu den Nichtkirchgängern geradewegs um. Unter den Evangelischen ist die Abhängigkeit des Verhaltens von der kirchlichen Bindung nicht so stark ausgeprägt. Zwar unterscheiden sich auch hier deutlich Kirchgänger von Nichtkirchgängern, doch liegen die Extreme nicht so weit auseinander. Während sich bei den Katholiken mit abnehmender kirchlicher Bindung der SPD-Anteil mehr als verdreifacht, ist er bei den Evangelischen nur etwa doppelt so groß. Weder ist der CDU-Anteil bei kirchentreuen Evangelischen so hoch wie bei kirchentreuen Katholiken, noch ist er bei evangelischen Nichtkirchgängern so niedrig.

Konfessionelle Unterschiede sind in erster Linie bei den Kirchgängern: 67 bzw. 74 % der kirchentreuen Katholiken wählen CDU, aber nur 44 bzw. 54 % der Evangelischen. Dieses Zurückbleiben der kirchentreuen Evangelischen wiegt um so schwerer, als es sich ja hier bei denjenigen, die einmal in der Woche zur Kirche gehen, um eine viel strengere Auswahl handelt als bei den Katholiken. Nur 9 bzw. 7 % aller Evangelischen gehen einmal wöchentlich zur Kirche, unter den Katholiken dagegen 67 bzw. 58 %. Selbst dieser engste Kreis von evangelischen Kirchentreuen wählt häufiger SPD und seltener CDU als die große Zahl von katholischen Kirchgängern. Hierin liegt also auch ein bedeutender konfessioneller Unterschied: Bei Katholiken ist es für die Parteipräferenz sehr wichtig, ob sie kirchlich gebunden sind oder nicht, für Evangelische dagegen impliziert offensichtlich die kirchliche Bindung weniger eine bestimmte politische Entscheidung. Diese Feststellung ist jedoch nur relativ, angesichts der starken Abhängigkeit der katholischen Wähler von der kirchlichen Bindung. Auch bei den Evangelischen besteht ein Zusammenhang zwischen Kirchengang und Parteiwahl. Allerdings bevorzugten noch 1961 viele kirchentreue Evangelische die FDP vor der CDU. Bei keiner der Gruppen erhielt die FDP damals einen so großen Stimmenanteil wie bei den evangelischen Kirchgängern. 1965 scheinen aber viele der kirchentreuen evangelischen Wähler zur CDU übergegangen zu sein oder sich der Stimme enthalten zu haben. Die Verluste der FDP sind hier aber jedenfalls nicht der SPD zugute gekommen, so wie es bei den Nichtkirchgängern durchweg zu sein scheint.

Wenn man vom Wahlverhalten «der Katholiken» oder «der Evangelischen» spricht, so meint man in der Regel die Kirchentreuen. Zwischen den Nichtkirchgängern der beiden Konfessionen besteht nämlich nur noch ein sehr geringer Unterschied: Bei Katholiken wie Evangelischen war die SPD schon 1961 die stärkste Partei. Sie konnte diesen Vorsprung 1965 noch ausbauen, bei den Katholiken sogar etwas mehr als bei den Evangelischen.

Der allgemeine Wahlrend zeigt sich also nicht bei allen Gruppen kirchlicher Bindung in gleicher Weise. Bei den regelmäßigen Kirchgängern hat die CDU sogar noch gewonnen, und nur unter den Nichtkirchgängern beider Konfessionen hat die SPD einen bedeutenden Stimmenzuwachs erhalten. Allerdings drückt sich im gesamten Wahlergebnis auch noch eine weitere, möglicherweise sehr bedeutende Entwicklung aus: Gegenüber der Umfrage von 1962 geben 1966 sehr viel weniger Befragte an, daß sie wöchentlich zur Kirche gehen. Der Anteil der Kirchgänger unter den Katholiken ist von 67 auf 58 0/0 gesunken, unter den Evangelischen von 9 auf 7 0/0.

Damit liegen dem Wahlrend zugunsten der SPD zwei gesellschaftliche Entwicklungen zugrunde: Einmal das Schwächerwerden der kirchlichen Bindungen in der Bevölkerung insgesamt, zum zweiten der verstärkte Zulauf der nicht kirchlich Gebundenen zur SPD. Da der Anteil der CDU-Wähler unter den Kirchentreuen beider Konfessionen sogar noch gestiegen ist, haben sich bei der Bundestagswahl 1965 die Gegensätze zwischen kirchlich Gebundenen und nicht Gebundenen sogar noch akzentuiert. Der kirchliche Faktor ist damit für das Wählerverhalten noch bedeutender geworden.

Wenn wir jetzt wieder die Bezugsgröße der Prozentberechnung umkehren, ergibt sich, wie deutlich die Parteien durch Konfessionen und kirchliche Bindung ihrer Anhänger charakterisiert werden.

Die SPD ist bei Konfessionslosen, den evangelischen und katholischen Nichtkirchgängern, überrepräsentiert. Bei den katholischen Kirchgängern als einziger Gruppe hat die SPD weniger Wähler als deren Bevölkerungsanteil entspricht. Hier allerdings fällt ihr Anteil ganz stark ab. Da die katholischen Kirchgänger etwa ein Drittel der gesamten Wählerschaft ausmachen, schlägt ihr Wahlverhalten im Gesamtergebnis zu Buch. An Hand der Tabelle 1.2.3 wird deutlich,

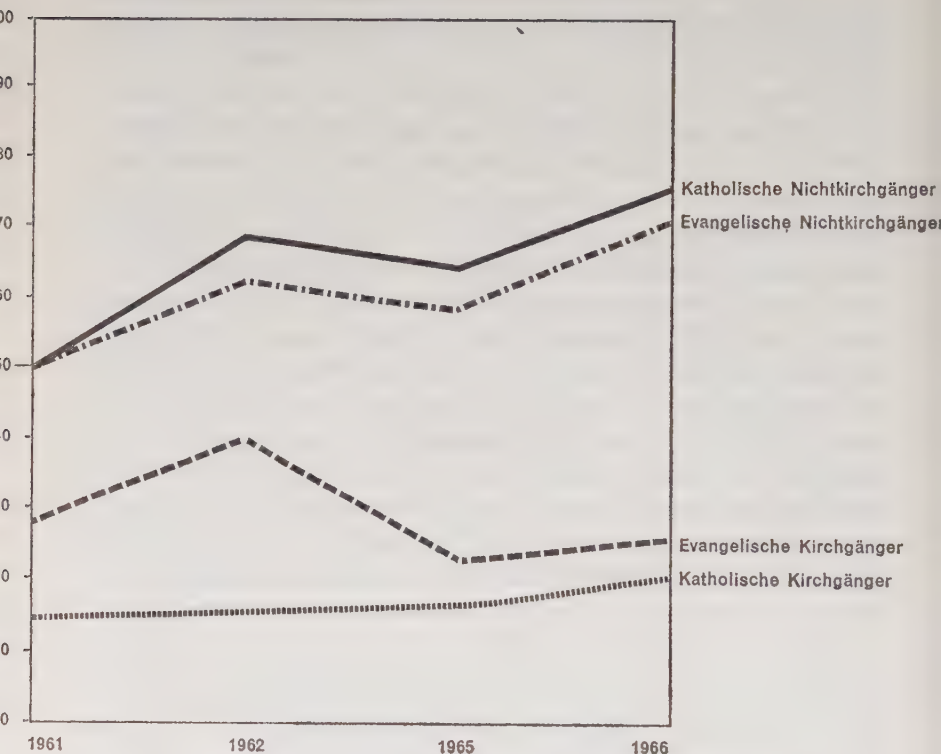
wie wichtig es der SPD sein muß, die Zurückhaltung der kirchentreuen Katholiken gegenüber der Sozialdemokratischen Partei zu durchbrechen.

Die Schwäche der SPD erweist sich als die Stärke der CDU: Mehr als die Hälfte ihrer Wähler gehören zu dem sicheren Stamm kirchentreuer Katholiken. Bei der Bundestagswahl 1965 hat sich der CDU-Anteil unter den Kirchentreuen sogar noch erhöht (siehe Tabelle 1.2.2), aber durch die Verringerung der Zahl der Kirchenbesucher insgesamt ist ihr Anteil unter den CDU-Wählern etwas zurückgegangen. Dennoch bleiben die kirchentreuen Katholiken das größte und sicherste Reservoir an CDU-Stimmen. Gleichzeitig erhält aber die CDU auch von unregelmäßigen Kirchgängern und von vielen Evangelischen Stimmen, so daß sie in allen Gruppen genügend vertreten bleibt. Ihre Basis ist damit bei beiden Konfessionen und in allen Gruppen verschiedener kirchlicher Bindung ähnlich breit, wie sie es unter den Berufsgruppen ist: Unter den Bürgerlichen und unter den Katholiken erhält die CDU eine deutliche Mehrheit der Stimmen, aber ihr Anhang ist nicht einseitig auf diese Wählergruppen festgelegt.

Tabelle 1.2.3 – Wähler der Parteien nach kirchlicher Bindung und Konfession

	Katholisch			Evangelisch				
	Regel- mäßig	Un- regel- mäßig	Selten/ Nie	Regel- mäßig	Un- regel- mäßig	Selten/ Nie	An- dere	n
	%	%	%	%	%	%	%	
NRW-Umfrage 1962								
SPD	15	10	12	4	27	26	6	(609)
CDU	52	9	5	4	19	9	2	(828)
FDP	25	7	7	6	33	20	2	(134)
Alle Wahlberechtigten:	34	9	8	4	23	17	5	(1840)
NRW-Umfrage 1966								
SPD	13	15	13	2	23	28	6	(473)
CDU	51	13	3	4	17	11	1	(516)
FDP	22	2	7	2	30	30	7	(46)
Alle Wahlberechtigten:	30	13	9	3	21	20	4	(1173)

SPD-Stimmen in Prozent



1961: Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1961 (NRW-Umfrage 1962)

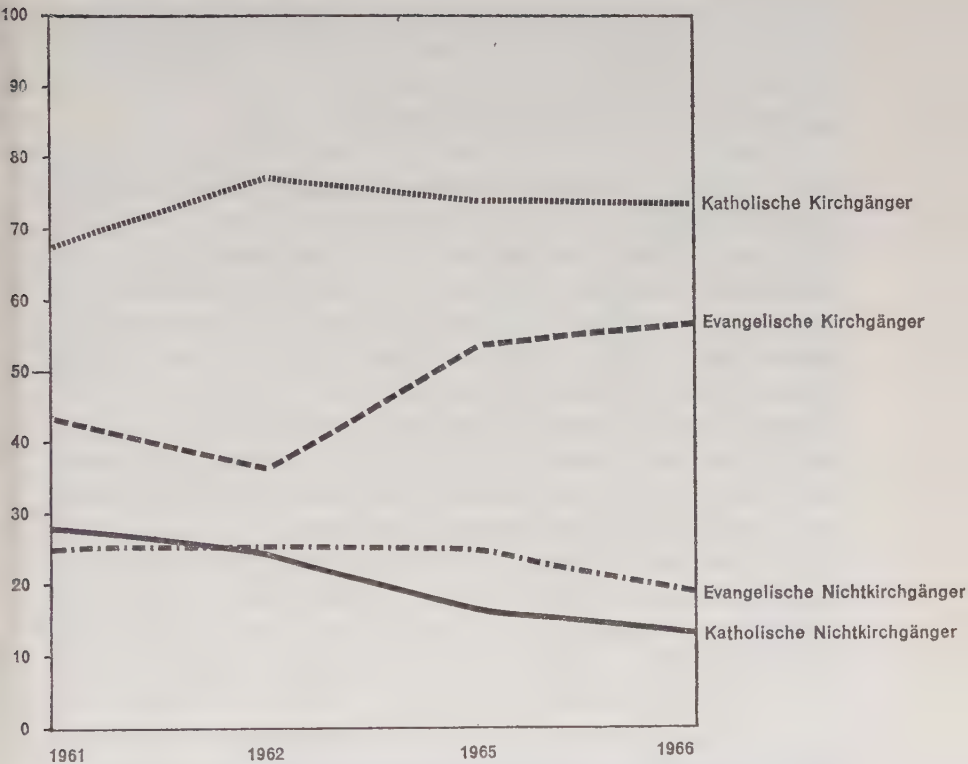
1962: Intention für die Landtagswahl 1962 (NRW-Umfrage 1962)

1965: Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1965 (NRW-Umfrage 1966)

1966: Intention für die Landtagswahl 1966 (NRW-Umfrage 1966)

Das stärkste Übergewicht von evangelischen Wählern zeigt sich bei der FDP, 1965 sogar noch deutlicher als 1961. Sie stützt sich nicht nur einseitig auf die Stimmen der Angestellten, Beamten und Selbstständigen, auch ihre konfessionelle Basis ist sehr schmal, denn selbst in den Gruppen, in denen die FDP den größten Teil ihrer Wähler findet, den weniger kirchentreuen Evangelischen, erreichten sie noch 1961 höchstens 10, 1965 höchstens 6 % (siehe Tabelle 1.2.2). In keiner Wählergruppe ist der Anteil der FDP groß genug, daß sie durch

CDU-Stimmen in Prozent



«Kirchgänger» sind hier bei beiden Konfessionen diejenigen, die angeben, mindestens einmal in der Woche zur Kirche zu gehen. «Nichtkirchgänger» diejenigen, die sagen, sie gingen «selten» oder «nie». Die Mittelgruppe der unregelmäßigen Kirchgänger ist aus der Zeichnung fortgelassen.

deren Unterstützung allein überleben könnte. Damit ist sie immer auf die Unterstützung von Wählergruppen angewiesen, die ihr als Gruppe insgesamt ferner stehen: Etwa ein Viertel ihrer Wähler sind kirchentreue Katholiken (ebenso wie ein Viertel ihrer Wähler Arbeiter sind).

Fassen wir nun die Abhängigkeit der Wahlentscheidung von der Berufszugehörigkeit und der konfessionell-kirchlichen Bindung zusammen, so ergibt sich ein Porträt der Parteien. Dies zeigt, wieweit

die Vorstellungen der Befragten, von denen wir ausgingen, der Realität angemessen sind. Die Kriterien, die hierbei als entscheidend angesehen wurden, haben sich in der Analyse als fruchtbar erwiesen. Gegenüber der bloßen Vermutung von seiten der Befragten haben wir aber in zweierlei Hinsicht eine Präzision erreicht:

1. Die Analyse ergibt, daß die Kriterien Beruf, Konfession und kirchliche Bindung tatsächlich für die Beschreibung der Parteianhänger entscheidend sind.

2. Es zeigt sich zudem, in welchem Maß sie dies sind. Wir können jetzt nicht nur allgemein angeben: Es sind «die Katholiken» oder «die kirchlich eingestellten Kreise», die CDU wählen, sondern wir können genau angeben, daß 57% der Katholiken CDU und daß 54 bzw. 58% der Arbeiter SPD wählen.

Nicht nur die CDU – wie die Befragten selbst angeben –, sondern auch die anderen Parteien sind auf bestimmte konfessionell-kirchliche Gruppen festgelegt. Aber ebenso wie die Korrelation des Wahlverhaltens nach Berufsgruppen große Abweichungen von einer einfachen Zuordnung aufweist, gibt es auch unter den Kirchgängern noch immer 15 bzw. 17% (Katholiken) und 29 bzw. 23% (Evangelische), die SPD wählen, und unter den Nichtkirchgängern 28 bzw. 17% (Katholiken), 24 bzw. 25% (Evangelische), die für die CDU stimmen (siehe Tabelle 1.2.2).

Lassen sich diese Abweichungen von der Regel aus den beruflichen Bindungen erklären? Und lassen sich die Abweichungen von der beruflichen Zuordnung auf kirchliche Bindung zurückführen? Wie verhalten sich die Wähler, bei denen die beiden Kriterien der Parteiwahl entgegengesetzt wirken: die kirchentreuen Arbeiter oder die Angestellten, die selten zur Kirche gehen?

Das Ungenügen der bisherigen einfachen Korrelation läßt eine weitere Folgerung vermuten, die wir prüfen müssen:

3. Erst die Kombination beider Wahlkriterien kann ein genaues Bild der politischen Fronten in den Bundesrepublik ergeben.

3. Die Korrelation des Wahlverhaltens mit Beruf und konfessionell-kirchlicher Bindung

Nach beiden Kriterien der bisherigen Korrelationen ergeben sich bedeutende Unterschiede im Wahlverhalten: Die verschiedenen Berufsgruppen unterscheiden sich ebenso voneinander wie die Konfessionen und die Kirchgänger von den Nichtkirchgängern. Nach beiden Kriterien geordnet bleiben aber noch große Gruppen übrig, die von einem einfachen Zuordnungsschema abweichen. Es ist bisher nur eine Vermutung, daß die Kombination beider Faktoren Wählergruppen ergeben wird, in denen ein deutliches Übergewicht für die eine oder andere Partei besteht. Es wäre ebenso denkbar, daß beide Kriterien weitgehend identisch sind, etwa wie in England, wo die Katholiken überwiegend die Labour Party wählen, aber eben auch überwiegend zur Arbeiterschaft gehören. Gibt es ähnliche soziale Unterschiede zwischen den Konfessionen in Deutschland, die die Unterschiede im Wahlverhalten zwischen Katholiken und Evangelischen erklären könnten? Oder, dieselbe Frage anders gestellt: Lassen sich die Unterschiede gemäß Konfession und kirchlicher Bindung auf soziale Unterschiede zurückführen?

Tabelle 1.3.1 – Verteilung der drei Berufsgruppen unter männlichen Erwerbstätigen nach Konfession

	Arbeiter %	Angestellte Beamte %	Selbständige %	n
NRW-Umfrage 1962				
Katholisch	55	25	20	(393)
Evangelisch	55	33	12	(361)
NRW-Umfrage 1966				
Katholisch	56	28	16	(276)
Evangelisch	60	30	10	(224)

In der NRW-Umfrage 1962 weisen beide Konfessionen (unter den männlichen Erwerbstätigen über 21 Jahren) gleiche Anteile von Ar-

beitern auf, sie unterscheiden sich lediglich in der Verteilung auf die Angestellten und Selbständigen. 1966 erscheint der Anteil von Arbeitern bei beiden Konfessionen geringer – ein Unterschied, der wahrscheinlich auf Abweichungen bei der Zufallsauswahl zurückzuführen ist³. In diesem Fall würde der geringere Teil von Arbeitern unter den Katholiken schon dafür sprechen, daß Katholiken insgesamt etwas öfter CDU wählen. Weiter kann, da bei den Katholiken der Anteil der Selbständigen größer ist, hier schon ein Teil der Erklärung für die konfessionelle Verschiedenheit des Wahlverhaltens liegen, denn die Selbständigen stimmen einhelliger für die CDU als die Angestellten und Beamten (siehe Tabelle 2.1.5). Die Unterschiede in der beruflichen Verteilung sind aber keineswegs groß genug, um einen Vorsprung der CDU von 25 % (siehe Tabelle 1.2.1)⁴ zu erklären. Die großen konfessionellen Unterschiede zwischen der Wählerschaft der Parteien lassen sich auch bei weiterer Differenzierung der Berufe nicht auf eine ungleiche soziale Zusammensetzung der Konfessionen reduzieren. Eher im Gegenteil: Bei einer solchen Aufteilung nehmen die Katholiken im Durchschnitt eine niedrigere soziale Stellung ein⁵.

³ Die Ergebnisse der Volks- und Berufszählung von 1950 in Nordrhein-Westfalen scheinen in der Mitte zwischen den Angaben in diesen beiden Umfragen zu liegen: Unter den Selbständigen (besonders unter den selbständigen Landwirten) sind die Katholiken, unter den Angestellten die Evangelischen überrepräsentiert. Nur sehr geringfügig überwiegt der Anteil der Evangelischen unter den Arbeitern denjenigen in der Gesamtbevölkerung. Siehe hierzu: Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Oktober 1953. Leider sind hierzu keine absoluten Zahlen veröffentlicht, die erst einen statistischen Vergleich zur Verlässlichkeit der Auswahl der Nordrhein-Westfalen-Umfragen ermöglichen würde. Die Größenverhältnisse der Berufsverteilung lassen sich zudem nicht auf die ganze Bundesrepublik übertragen. Übereinstimmend läßt sich jedoch auch hier verallgemeinern, daß sich unter den Katholiken mehr Selbständige und mehr landwirtschaftliche Bevölkerung befinden. Siehe hierzu: Franz Groner, Die Sozialstellung der Katholiken in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kölner/Aachener/Essener Pastoralblatt, 12 (1960), S. 179.

⁴ Selbständige wählen zu 13 % häufiger CDU als Angestellte. Durch das 80%ige Überwiegen der Selbständigen unter den Katholiken würden also rein rechnerisch lediglich 1 % des Überwiegens katholischer CDU-Stimmen begründet.

⁵ Siehe F. Groner, a. a. O.

Diese Unterschiede in der sozialen Stellung von Katholiken und Evangelischen müßten also darauf hinwirken, daß die Katholiken öfter SPD und seltener bürgerliche Parteien wählen.

Aus einer abweichenden Berufsgliederung der Konfessionen lassen sich die Unterschiede im Wahlverhalten der Konfessionen noch nicht erklären. Die Parteipräferenzen von Katholiken und Evangelischen müssen sich innerhalb derselben Berufsgruppen unterscheiden. Auch bei gleichartiger sozialer Stellung wählen Katholiken anders als Evangelische.

Aber diese Feststellung muß präzisiert werden. Wir müssen den soziologischen Ort der konfessionellen Gruppen, die sich in ihrem politischen Verhalten unterscheiden, genauer angeben: Sind es die katholischen Beamten, die so viel häufiger CDU wählen als die evangelischen Beamten? Sind es die Arbeiter? Sind es die Kirchgänger oder diejenigen, die den Kirchen ferner stehen? Um diese Fragen zu beantworten, müssen wir die beiden Korrelationen, die wir bisher untersucht haben, nun gemeinsam betrachten. Erst wenn wir sowohl über den Beruf als auch die kirchliche Bindung eines Wählers Informationen haben, können wir sein Wahlverhalten genau bestimmen.

Tabelle 1.3.2 – Prozentsatz der SPD-Wähler bei den Bundestagswahlen 1961 und 1965 unter katholischen männlichen Erwerbstätigen, nach Beruf und Kirchenbesuch

	Kirchenbesuch			
	1mal in der Woche		Seltener/Nie	
	%	n	%	n
NRW-Umfrage 1962				
Arbeiter	23	(105)	57	(112)
Angestellte und Beamte	11	(72)	23	(26)
Selbständige	5	(64)	.	(14)
NRW-Umfrage 1966				
Arbeiter	33	(66)	59	(90)
Angestellte und Beamte	17	(48)	61	(33)
Selbständige	11	(35)	.	(8)

SOZIALE BASIS

Prozentsatz der CDU-Wähler bei den Bundestagswahlen 1961 und 1965 unter katholischen männlichen Erwerbstätigen, nach Beruf und Kirchenbesuch¹

	Kirchenbesuch			
	1mal in der Woche		Seltener/Nie	
	%	n	%	n
NRW-Umfrage 1962				
Arbeiter	60	(105)	29	(112)
Angestellte und Beamte	60	(72)	46	(26)
Selbständige	78	(64)	.	(14)
NRW-Umfrage 1966				
Arbeiter	55	(66)	30	(90)
Angestellte und Beamte	65	(48)	24	(33)
Selbständige	77	(35)	.	(8)

¹ Die geringe Zahl in jeder Gruppe bei dieser Mehrfachkorrelation macht es nötig, die unregelmäßigen und seltenen Kirchgänger zusammenzufassen.

Die kirchliche Bindung zeigt sich hier als so entscheidend für das Wahlverhalten, daß im Extremfall sogar die berufsmäßigen Unterschiede dadurch aufgehoben werden: Katholische Arbeiter, die regelmäßig zur Kirche gehen, wählten 1961 ebensooft CDU wie die kirchentreuen katholischen Angestellten. Angestellte, die nicht zur Kirche gehen, wählten 1965 sogar häufiger SPD als die entsprechende Gruppe unter den Arbeitern.

In einem Konflikt zwischen der Parteipräferenz als Arbeiter und als Katholik haben sich kirchentreue Arbeiter nicht anders entschieden als die Angestellten: Sie wählen überwiegend die Partei, die ihrer kirchlichen Bindung entspricht. Für den Angestellten ist die Wahlentscheidung nicht so schwer: Sowohl die kirchliche als auch die berufliche Zugehörigkeit sprechen grundsätzlich für die CDU. Aber der Unterschied zwischen Kirchgängern und Nichtkirchgängern bei den Angestellten zeigt, daß auch hier die kirchliche Bindung für das Verhalten entscheidend bleibt: Unter den Nichtkirchgängern ist der SPD-Anteil 1961 mehr als doppelt so groß, 1965 sogar mehr als dreimal so groß. Am stärksten jedoch polarisiert sich die Parteipräferenz bei den Arbeitern gemäß der Bindung an die Kirche. Der Anteil der CDU-Wähler sinkt bei geringerem Kirchenbesuch um 31 bzw. 25 %, der SPD-Anteil steigt um 34 bzw. 26 %.

Die Entwicklung von 1961 bis 1965 hat an der Deutlichkeit, mit der berufliche und kirchliche Bindung das Wahlverhalten erklären können, nichts geändert. Der Trend zur SPD ist jedoch genau lokalisierbar: Den stärksten Einbruch konnte die SPD bei Angestellten erzielen, die selten zur Kirche gehen (von 23 auf 61 %), einen nicht ganz so starken Einbruch bei kirchentreuen Arbeitern (von 23 auf 33 %). Entsprechend hat die CDU bei diesen beiden Gruppen verloren: Unter den Angestellten ohne kirchliche Bindung ist ihr Anteil von 46 auf 24 % gesunken, unter den kirchentreuen Arbeitern von 60 auf 55 %. Bei den anderen Gruppen hat die CDU jedoch keine Einbußen erlitten, bei den kirchentreuen Angestellten und Beamten hat sie sogar an Stimmen gewonnen (wahrscheinlich ist ein Teil der früheren FDP-Wähler zur CDU übergegangen).

Bei katholischen Arbeitern ist der Kirchgang also 1961 wie 1965 das entscheidende Merkmal für die Parteienwahl. Bei den katholischen Angestellten und Beamten ist kirchliche Bindung erst in den letzten fünf Jahren zu einem ähnlich stark differenzierenden Merkmal geworden. Die Gewinne der SPD in den letzten Jahren können in erster Linie bei den Angestellten und Beamten lokalisiert werden, die selten zur Kirche gehen.

Aber noch in einem weiteren Merkmal haben sich die katholischen Angestellten an die katholischen Arbeiter angeglichen: Der Rückgang des Anteils von treuen Kirchenbesuchern ist bei den Angestellten besonders stark (in der NRW-Umfrage 1962 gingen 73 % der katholischen Angestellten und Beamten regelmäßig zur Kirche, 1966 nur noch 59 %, bei den Arbeitern sank der Anteil der Kirchenbesucher von 48 auf 42 %). *Beide Entwicklungen also: Der abnehmende Anteil der CDU unter nicht kirchlich Gebundenen und das Abnehmen der kirchlichen Bindung überhaupt, tragen zu dem allgemeinen Trend zugunsten der SPD bei.*

Bei den katholischen Arbeitern beträgt der Unterschied zwischen Kirchgängern und Nichtkirchgängern:

	1961		1965
unter den SPD-Wählern	34 %	bzw.	26 %
unter den CDU-Wählern	31 %	bzw.	25 %

SOZIALE BASIS

Die entsprechenden Unterschiede bei katholischen Angestellten und Beamten sind:

	1961		1965
unter den SPD-Wählern	12 0/0	bzw.	44 0/0
unter den CDU-Wählern	14 0/0	bzw.	41 0/0

Bei den katholischen Kirchgängern beträgt der Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten:

unter den SPD-Wählern	12 0/0	bzw.	16 0/0
unter den CDU-Wählern	0 0/0	bzw.	10 0/0

Die entsprechenden Unterschiede bei den Nichtkirchgängern sind:

unter den SPD-Wählern	34 0/0	bzw.	2 0/0
unter den CDU-Wählern	17 0/0	bzw.	6 0/0

Unter den katholischen Arbeitern ist also die kirchliche Bindung der am stärksten diskriminierende Faktor beim Wahlverhalten. Die Prozentunterschiede zeigen, daß der Kirchenbesuch das Wahlverhalten bedeutend stärker beeinflußt als der berufliche Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten – dies zeigt sich bei kirchentreuen Katholiken deutlicher als bei Nichtkirchgängern. Während bei Arbeitern die Unterschiede gemäß der kirchlichen Bindung von 1961 auf 1965 ein wenig zurückgegangen sind, sind sie bei Angestellten und Beamten dagegen sprunghaft gestiegen. Diese gegenläufige Bewegung hat also zu einer Angleichung der Einflußfaktoren im Wahlverhalten geführt, insofern als 1965 auch für die katholischen Angestellten kirchliche Bindung das wichtigste soziale Merkmal bei der Wahlentscheidung geworden ist.

Wie sieht es nun bei den evangelischen Wählern aus?

BERUF UND KIRCHLICHE BINDUNG

Tabelle 1.3.3. – Prozentsatz der SPD-Wähler bei den Bundestagswahlen 1961 und 1965 unter evangelischen männlichen Erwerbstätigen, nach Beruf und Kirchenbesuch¹

	Kirchenbesuch			
	1mal im Monat		Seltener/Nie	
	%	n	%	n
NRW-Umfrage 1962				
Arbeiter	43	(40)	70	(135)
Angestellte und Beamte	25	(36)	36	(66)
Selbständige	.	(7)	19	(31)
NRW-Umfrage 1966				
Arbeiter	40	(20)	68	(120)
Angestellte und Beamte	25	(20)	50	(46)
Selbständige	.	(7)	13	(16)

Prozentsatz der CDU-Wähler bei den Bundestagswahlen 1961 und 1965 unter evangelischen männlichen Erwerbstätigen, nach Beruf und Kirchenbesuch

	Kirchenbesuch			
	1mal im Monat		Seltener/Nie	
	%	n	%	n
NRW-Umfrage 1962				
Arbeiter	33	(40)	14	(135)
Angestellte und Beamte	50	(36)	33	(66)
Selbständige	.	(7)	42	(31)
NRW-Umfrage 1966				
Arbeiter	30	(20)	22	(120)
Angestellte und Beamte	40	(20)	35	(46)
Selbständige	.	(7)	31	(16)

¹ Anders als bei den Katholiken ist als Kriterium für «regelmäßigen Kirchenbesuch» hier 1mal im Monat genommen.

Bei den evangelischen Arbeitern beträgt der Unterschied zwischen Kirchgängern und Nichtkirchgängern:

	1961		1965
unter den SPD-Wählern	27 0/0	bzw.	28 0/0
unter den CDU-Wählern	19 0/0	bzw.	8 0/0

SOZIALE BASIS

Die entsprechenden Unterschiede bei evangelischen Angestellten und Beamten sind:

	1961		1965
unter den SPD-Wählern	11 0/0	bzw.	25 0/0
unter den CDU-Wählern	17 0/0	bzw.	5 0/0

Bei evangelischen Kirchgängern beträgt der Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten:

unter den SPD-Wählern	18 0/0	bzw.	15 0/0
unter den CDU-Wählern	17 0/0	bzw.	10 0/0

Die entsprechenden Unterschiede bei den Nichtkirchgängern sind:

unter den SPD-Wählern	34 0/0	bzw.	18 0/0
unter den CDU-Wählern	19 0/0	bzw.	13 0/0

Wie bei katholischen Arbeitern finden wir auch bei den evangelischen, daß der Grad der kirchlichen Bindung maßgebend für das Wahlverhalten ist. Dies ist bei SPD-Wählern deutlicher als bei CDU-Wählern (wahrscheinlich, weil ein Teil der kirchentreuen Evangelischen FDP wählt). Wie bei den Katholiken sind auch hier die Unterschiede zwischen Kirchgängern und Nichtkirchgängern bei Angestellten und Beamten 1965 stärker geworden. Im ganzen jedoch polarisiert sich das Wahlverhalten der Evangelischen sehr viel weniger – die Prozentunterschiede zwischen den Berufsgruppen sind ebenso groß wie die zwischen Kirchgängern und Nichtkirchgängern.

Nicht nur Kirchengang und Berufszugehörigkeit führen also zu Unterschieden im Wahlverhalten, es kommt auch wesentlich darauf an, welcher Konfession der Befragte angehört. Alle Evangelischen wählen öfter SPD, seltener CDU, ob wir uns die Angestellten oder die Arbeiter, ob wir die Kirchgänger oder die Nichtkirchgänger ansehen. Dabei verschwinden konfessionelle Unterschiede fast völlig bei den kirchentreuen Angestellten auf der einen Seite und bei den seltenen Kirchgängern unter den Arbeitern auf der anderen. Dies sind die beiden Extremgruppen mit dem höchsten Zuspruch für eine der beiden Parteien. Hier tendieren beide Faktoren – Berufszugehörigkeit und kirchliche Bindung – in eine Richtung. Gleich welcher Konfession, finden wir unter den Angestellten, die regelmäßig zur Kirche

gehen, nur noch wenige SPD-Wähler, ebenso wie bei den Arbeitern, die selten den Gottesdienst besuchen, nur wenige CDU-Wähler sind.

So grob dieser Vergleich von Prozentunterschieden bleibt, können wir doch drei wichtige Schlußfolgerungen für die Abhängigkeit des Wahlverhaltens von diesen Sozialfaktoren ablesen:

1. *Die Bedeutung des Faktors Kirchenbesuch steht der beruflichen Zugehörigkeit nicht nach. Hätten wir für eine Wählergruppe nur eine der Angaben, so wäre jede Voraussage ihres Wahlverhaltens mit einer großen Unsicherheit belastet.*

2. *Bei der CDU ist der Einfluß der kirchlichen Bindung folgenreicher als bei der SPD: Die Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten bei der CDU sind sehr gering, wenn wir sie einmal in Gruppen nach kirchlicher Bindung aufgeteilt haben. Offensichtlich spielt bei kirchentreuen Arbeitern (besonders unter den Katholiken) eine untergeordnete Rolle, daß die CDU ansonsten eine Partei der bürgerlichen Wähler ist. 1961 gab es keinen entsprechenden negativen Faktor bei nichtkirchlich gebundenen Angestellten, der diese vergessen ließ, daß die SPD eine Partei der Arbeiter ist. 1965 aber ist unter den Angestellten ein besonders großer Teil zur SPD übergegangen, der Faktor kirchliche Bindung ist also hier für das Wahlverhalten bedeutender geworden. Zumindest in diesem Punkt (der Bedeutsamkeit der kirchlichen Bindung für das Wahlverhalten) haben die Angestellten sich also dem Verhalten von Arbeitern angeglichen.*

3. *Während die kirchliche Bindung unter Katholiken berufsmäßige Unterschiede völlig aufheben kann, ist ihr Einfluß auf die evangelischen Wähler weniger deutlich. Sowohl unter den Kirchgängern als auch unter den Nichtkirchgängern aller Berufsgruppen wählen Katholiken häufiger CDU und seltener SPD als Evangelische.*

II. DER ERKLÄRUNGSWERT DES KONFESSIONELL-KIRCHLICHEN FAKTORS

Wir haben die Wählerschaft bisher nach zwei Gesichtspunkten untersucht: Wie weit ist es die Berufszugehörigkeit und wie weit ist es die konfessionell-kirchliche Bindung, die ihr Wahlverhalten bestimmt? Auf beide Fragen ergaben sich sehr deutliche Unterschiede zwischen den Parteipräferenzen. Wir haben weiter geprüft, ob die Faktoren miteinander identisch sind, so daß die Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe auch schon eine bestimmte kirchliche Bindung impliziert. Dabei zeigte sich, daß beide Zugehörigkeiten weitgehend unabhängig voneinander sind. Da beide Faktoren zusammen eine recht sichere Vorhersage des Wahlverhaltens ermöglichen, kamen wir zu dem Schluß, daß wir hiermit die entscheidenden Wählergruppen identifiziert haben.

Die Richtigkeit dieser Schlußfolgerung muß sich jedoch noch erweisen. Bisher haben wir alle anderen sozialen Merkmale außer acht gelassen, die für das Wahlverhalten mitbestimmend sein könnten. Zum Beispiel zeigte es sich schon, daß die weibliche Anhängerschaft der Parteien sich gleichmäßiger über alle Berufsgruppen verteilt als die der männlichen Wähler. Auch müssen wir die Gruppen genauer ins Auge fassen, die von dem beruflichen Schema abweichen: die Arbeiter, die CDU wählen, und die Angestellten, die SPD wählen. Ist hier wirklich der kirchliche Faktor entscheidend? Oder können auch andere soziale Merkmale die Abweichung erklären? Vor allem ist hier wichtig zu klären, unter welchen sozialen Bedingungen eine hohe kirchliche Bindung anzutreffen ist und unter welchen Bedingungen diese Bindung eine bestimmte Parteipräferenz nach sich zieht. Weiter geben uns die Ergebnisse der amtlichen Wahlstatistik Fragen auf: Sie verzeichnet bedeutende Unterschiede zwischen Altersgruppen und zwischen den Bewohnern von großen und kleinen Ortschaften. Es wäre sehr leicht möglich, daß diese Unterschiede auf die verschieden starke kirchliche Bindung von Alten und Jungen, von Großstädtern und Dorfbewohnern zurückzuführen ist.

Sollte es uns gelingen, durch getrennte Korrelationen je nach Konfession und kirchlicher Bindung derartige Unterschiede aufzuheben, dann hätten wir eine große Vereinfachung bei der Erklärung des Wahlverhaltens erreicht. Wir könnten verschiedene Erklärungen des Wahlverhaltens auf ein Modell mit lediglich zwei Faktoren reduzieren.

Dabei werden wir uns zunächst auf die Analyse der NRW-Umfrage 1962 beschränken, da bei dieser Umfrage eine größere Anzahl von Personen befragt wurde, wodurch es möglich wird, mehr Faktoren gleichzeitig zu korrelieren. In Abschnitt 6 diskutieren wir, wie weit wir die Relationen, die sich bei der Bundestagswahl 1961 nachweisen lassen, auch 1965 bestätigt finden. Da die 1965er Berechnungen nach Abschluß der Analyse der NRW-Umfrage 1962 vorgenommen wurde, haben wir damit unsere Hypothesen – vier Jahre später – einer unabhängigen Prüfung unterzogen.

1. Arbeiter, die CDU wählen

Die erstaunlichste Feststellung, die sich bei der Korrelation von Beruf und Parteipräferenz ergab, war der hohe Anteil von Arbeitern, die CDU wählen. Keine der anderen Berufsgruppen verteilt sich so gleichmäßig über alle Parteien, wie es Arbeiter tun. Dabei zeigt sich, daß die CDU-Wähler unter den Arbeitern überwiegend (zu 71 %) katholisch sind, unter diesen sind wieder 65 % treue Kirchgänger. Dagegen bilden Arbeiter beider Konfessionen, die nicht zur Kirche gehen, die Gruppe mit dem niedrigsten Anteil von CDU-Wählern. Damit ist bei keiner Berufsgruppe die kirchliche Bindung so eindeutig der ausschlaggebende Faktor wie bei Arbeitern. Katholische Angestellte wählen, auch wenn sie keine ersichtliche Bindung zur Kirche haben, immer noch zu 45 % CDU. Regelmäßiger Kirchenbesuch erhöht diesen Anteil bei den Katholiken auf 60 % – also sind auf diesen Faktor bestenfalls 14 % des Unterschieds zurückzuführen. Bei den Arbeitern ist der Kirchenbesuch jedoch fast allein ausschlaggebend: Kirchliche Bindung vermag bei den Katholiken den Anteil von 18 auf 60 % zu erhöhen. Bei den evangelischen Befragten finden sich dieselben Relationen, wenn auch die Anteile der Parteien sich hier insgesamt zuungunsten der CDU verschieben.

Das Wahlverhalten von Arbeitern läßt sich also nur mit Kenntnis der kirchlichen Bindung vorhersagen. Damit ist allerdings noch nichts darüber ausgesagt, ob diese kirchliche Bindung in irgendwelcher Weise eine Wahlentscheidung beeinflußt hat. Es wäre gut denkbar, daß sie lediglich ein Index ist für eine Reihe anderer Faktoren, die dann erst eine Wirkung auf die Wahlentscheidung haben. Aus der bloßen Korrelation folgt noch keine kausale Beziehung zwischen Kirchenbesuch und Parteiwahl. Es können vielmehr beiden gemeinsame Faktoren unterliegen. Deren Kenntnis ist notwendig, um aus einem größeren Zusammenhang die Korrelation zu interpretieren. Die Dauerhaftigkeit dieser Spaltung der Arbeiter in zwei politische

KIRCHLICHER FAKTOR

Gruppen darf dabei nicht unterschätzt werden. Man könnte vermuten, daß in einer Gruppe, die vor der Entscheidung zwischen zwei einander entgegengesetzten politischen Loyalitäten steht wie kirchentreue Arbeiter, die Bindung an keine der Parteien sehr intensiv sein könne. Wenn zwei entgegengesetzte Faktoren die Wahlentscheidung beeinflussen, sollte man annehmen, daß die Zahl der Wahlenthaltungen besonders groß ist, weiter auch, daß keine der Parteien mit starker Überzeugung unterstützt wird, sondern die Entscheidung nach den jeweiligen politischen Umständen neu gefällt wird. Diese beiden Gesetzmäßigkeiten beobachten wir bei ähnlichen Situationen von konfligierenden politischen Loyalitäten, die in der angelsächsischen Literatur als «Cross Pressure» bezeichnet werden.

Beide Gesetzmäßigkeiten treffen bei den untersuchten Arbeitern jedoch nicht zu. Der Anteil derjenigen, die Angaben zu ihrer Wahlentscheidung machen¹, ist bei katholischen Arbeitern besonders groß (92 % gegenüber 83 % bei den Angestellten), während evangelische Arbeiter fast so häufig angeben, gewählt zu haben, wie Angestellte (88 % bei Arbeitern, 89 % bei Angestellten). Auch die Antworten auf die Frage, ob sie diese Partei nur gewählt haben, weil sie sie «gegenwärtig für die beste halten», oder ob sie sich als «überzeugte

Tabelle 2.1.1 – Parteianhängerschaft unter männlichen Arbeitern

NRW-Umfrage 1962

	Katholisch	Evangelisch
	n = (215)	n = (191)
	%	%
Bei der Landtagswahl 1962 wollen wählen:		
SPD	40	57
CDU	33	15
Es sind «überzeugte Anhänger»:		
unter den Wählern der SPD	36 %	42 %
unter den Wählern der CDU	36 %	17 %

¹ Leider ist den Angaben der Befragten darüber, ob sie gewählt haben, nicht zu trauen. Wir müssen uns daher mit dem sehr groben Annäherungswert «des Anteils derjenigen, die nicht gewählt haben oder keine Angaben zu ihrer Wahlentscheidung machen», begnügen.

Anhänger» bezeichnen würden, ergibt, wie eindeutig die katholischen Arbeiter – beider Parteirichtungen – ihre Entscheidung getroffen haben.

SPD-Wähler unter katholischen Arbeitern und CDU-Wähler sind beide in gleichem Maße von ihrer Partei «überzeugt». Ihre Wahl ist nicht weniger entschieden als die von den Angehörigen bürgerlicher Berufe. Die Vermutung, daß sich bei Arbeitern unter Cross Pressure eine größere Unentschiedenheit zeigen würde, bestätigt sich also nicht. Es müssen mehrere oder sehr entscheidende Gründe sein, die einige Arbeiter zu festen CDU-Wählern machen.

Himmelstrand² bestätigt eine solche Festlegung der Meinungen in Cross-Pressure-Situationen für solche Fälle, in denen die Beeinflussung in entgegengesetzte Richtungen über lange Zeit hin dauert. Er stellt die Gesetzmäßigkeit mit allgemeinem Geltungsanspruch auf, daß Personen, die sich zwei divergierenden politischen Beeinflussungen ausgesetzt sehen, sich öfter dem Konflikt entziehen, indem sie nicht zur Wahl gehen, als andere. Bleibt aber die Situation entgegengesetzter Beeinflussungen über lange Zeit bestehen, dann drängt dieser unentschiedene Konflikt zu einer Lösung: Eine der beiden Alternativen wird ergriffen und – um weiteren Konfliktsituationen zu entgehen – auch zukünftig beibehalten. Die Wahrscheinlichkeit einer derartigen Lösung von Konfliktsituationen variiert nach persönlichen Merkmalen, sie wird aber auch allgemein erhöht, wenn eine moralische Barriere der Wahlenthaltung entgegenwirkt. In einem solchen Fall schlägt sich die Cross-Pressure-Situation weder in einer

² Siehe Ulf Himmelstrand, *Social Pressures, Attitudes and Democratic Processes*, Stockholm 1960, S. 244–251, 303–340. Himmelstrand kann auf Grund seiner Befragungen in Schweden zwischen verschiedenen Variablen in Konfliktsituationen differenzieren. Da unsere Überlegungen hier lediglich auf demographischen Daten und daraus abgeleiteten Vermutungen hinsichtlich der politischen Interessenlage und Beeinflussung beruhen, können wir seine Differenzierungen hier nicht nachvollziehen. Die Art von Konflikt, um die es sich nach Himmelstrands Typologie hier handelt, ist vermutlich diejenige von sich gegenseitig ausschließenden Alternativen, die, alleine gesehen, beide erstrebenswert wären: Es sprechen ebenso Gründe dafür, CDU wie SPD zu wählen, aber nur eines ist möglich (*double approach-avoidance type of conflict*).

erhöhten Zahl von Wahlenthaltungen noch in einem häufigen Wechsel der Parteifronten nieder.

Die Tatsache, daß sich die katholischen Arbeiter fest für die eine oder andere Partei entscheiden, erscheint nach dieser Erklärung plausibel. Es bleibt aber die Frage zu beantworten, welche Arbeiter sich für die CDU entscheiden und warum.

a) Erklärungsversuche durch schichtmäßige Differenzierung innerhalb der Arbeiterschaft

Auf der Suche nach Gründen müssen wir uns zunächst mit der Behauptung beschäftigen, «im Gegensatz zu früher» hätten die westdeutschen Arbeiter nicht mehr das Bewußtsein, einer bestimmten «Klasse» mit eigenen politischen Interessen zuzugehören. Sollte sich hier eine allgemeine Nivellierung der politischen Fronten zwischen Arbeitnehmern mit weißem und mit blauem Kragen zeigen? Viele Arbeiter sind ja in ihrem Einkommen manchen Angestellten gleichgestellt oder verdienen sogar besser. Sollten sich diese Arbeiter, nachdem sie zu «bürgerlichem Wohlstand» gekommen sind, nun auch in ihrer politischen Präferenz den bürgerlichen Wählern angepaßt haben?

Dies würde sich aus der These von Schelsky³ ableiten lassen, der meint, daß nach dem Kriege Prestige und Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft sich grundlegend geändert haben. Danach beruhten die

³ Schelsky meint, daß die Arbeiterschaft «in ein gesteigertes «mittelständisches» Sozialbewußtsein» hineinwache, weil «durch diese Prozesse die Teilhabe an den materiellen, politischen und geistigen Gütern der Gesellschaft ein allgemeines Gefühl des sozialen Aufstiegs erzeugt wird und so das klassenkämpferische Gefühl der Ausgestoßenheit aus dem Sozialgefüge sich nicht mehr realisieren läßt... Wir können diese Verlagerungen dahin zusammenfassen, daß heute die Arbeiterschaft in ihrer großen Majorität nicht mehr als Proletariat ihrem Lebensstil, ihrer sozialen und politischen Mentalität, ja noch nicht einmal ihren Arbeitsbedingungen nach zu begreifen ist.» Siehe Helmut Schelsky, Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart, Stuttgart⁴ 1960, K. 224–225. Zur Modifizierung seiner Thesen siehe: Helmut Schelsky, Die skeptische Generation, Düsseldorf und Köln 1957, S. 390–395 und 222 f.

traditionellen politischen Unterschiede zwischen Arbeitern und Angehörigen bürgerlicher Berufe auf dem unterschiedlichen Einkommensniveau und der geringen Mobilität zwischen den Berufen. Mit der Angleichung der Einkommen haben sich nun aber auch die politischen Interessengegensätze zwischen den Berufsgruppen verringert. Wenn diese These eine Erklärung für die hohe Zahl von CDU-wählenden Arbeitern bieten soll, dann müßte sich eine entsprechende Differenzierung aber auch schon innerhalb der Arbeiterschaft zeigen. Wähler der linken Parteien müßten demnach Arbeiter und Angestellte in den unteren Einkommensgruppen sein, Wähler der rechten Parteien die Bezieher der höheren Einkommen in beiden Gruppen.

Diese Vorhersage, die sich aus Schelskys These ableiten läßt, wird in vielen industriellen Ländern bestätigt. In den USA, in England, Australien, Frankreich und Italien wählen die Arbeiter mit geringerem Einkommen in stärkerem Maß die linken Parteien. Gerade die deutschen Arbeiter aber bilden hier eine Ausnahme: In Schweden und in der Bundesrepublik ist der Anteil von sozialistischen Wählern unter den Arbeitern mit höherem Einkommen größer. Linz⁴ und Lipset⁵ weisen mit Daten aus der Bundesstudie von 1953 nach, daß bei deutschen Arbeitern die Unterstützung linker Parteien (KPD und SPD) sowohl mit dem Ausbildungsgrad als auch mit dem Einkommen steigt: Facharbeiter unterstützen linke Parteien mehr als angelernte, diese wiederum mehr als ungelernte. Innerhalb jeder dieser Gruppen steigt ihr Anteil mit steigendem Einkommen. Ähnliche Ergebnisse hatten Umfragen des DIVO-Instituts⁶ aus den Jahren 1953 und 1957 und das Allensbacher Institut 1964⁷. Auch die Daten der NRW-Umfrage 1962 können diesen Tatbestand bestätigen, nicht jedoch die der NRW-Umfrage 1966. Wir können auf Grund dieser einen abweichenden Umfrage noch nicht sicher sein, ob sich diese Gesetzmäßigkeit im Wählerverhalten deutscher Arbeiter nun umkehrt. Bisher galt jedoch als Ergebnis aller Meinungsumfragen übereinstim-

4 Siehe J. Linz, a. a. O., S. 301-309, 326.

5 Siehe Seymour M. Lipset, *Political Man*, New York 1959, S. 240-243.

6 Siehe DIVO-Institut, Umfragen 1957, Frankfurt 1958, S. 53.

7 Siehe Gerhard Schmidtchen, *Die befragte Nation*, Frankfurt 3 1965, S. 140, Tabelle 37.

KIRCHLICHER FAKTOR

mend, daß in Deutschland Facharbeiter weiter links wählen als un-
gelernte oder angelernte Arbeiter.

Eine hinreichende Erklärung für diese Gesetzmäßigkeit ist bisher
nicht gegeben worden. Die Zahlen der allgemeinen Korrelation lassen
zunächst vermuten, daß der größere Anteil von Frauen unter den
unqualifizierten Arbeitern den CDU-Anteil in diesen Gruppen stei-
gen läßt. Linz und Lipset jedoch bieten Daten nur für männliche Ar-
beiter und zeigen, daß auch dann der gleiche Trend besteht. Ein gerin-
ger Teil des Trends mag aber hier auch noch auf die Landarbeiter zu-
rückzuführen sein. Frauen nämlich und Landarbeiter sind eher unter
den Ungelernten zu finden, zugleich ist bei ihnen die kirchliche Bin-
dung stärker, und ihre politische Präferenz neigt eher der CDU zu.
Eine getrennte Korrelation der männlichen Arbeiter ohne Land-
arbeiter aber zeigt in der NRW-Umfrage 1962 sehr deutlich, daß
Facharbeiter und besser verdienende Arbeiter öfter SPD wählen, an-
gelernte und ungelernete Arbeiter und solche mit geringem Verdienst
dagegen öfter CDU.

*Tabelle 2.1.2 – Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1961. Männliche Arbeiter
(ohne Landarbeiter) nach Qualifizierungsgrad und Einkommen*

	SPD	CDU	Andere Parteien	Keine Angaben	
	%	%	%	%	n
NRW-Umfrage 1962					
<i>Qualifizierungsgrad:</i>					
Facharbeiter	55	28	6	11	(237)
Andere Arbeiter	47	38	5	10	(131)
<i>Einkommen:</i>					
700 DM und mehr	56	25	6	13	(162)
500 DM bis unter 700 DM	54	34	5	7	(134)
Unter 500 DM	46	41	3	10	(59)

Auch unter männlichen Arbeitern allein, ohne Landarbeiter, kehrt
sich also in der Arbeiterschaft die allgemeine Regel um, daß mit
höherem Einkommen oder höherer Ausbildung die Zahl der CDU-
Wähler steige und die der SPD-Wähler sinke. Um diese Ausnahme-
stellung der deutschen (und der schwedischen) Arbeiter zu erklären,

greift Lipset die Begründung von Linz auf, nach der in diesen Ländern die Unterschiede im sozialen Prestige der Berufe noch besonders stark seien und daß gerade die qualifizierten Arbeiter auf eine Herabsetzung ihrer gesellschaftlichen Stellung besonders empfindlich reagieren. «Eine Betonung der Statusdifferenzierung aber berührt die besser ausgebildeten und besser bezahlten Arbeiter mehr als ihre weniger privilegierten Klassengenossen. Während es den Facharbeitern besser geht als anderen Arbeitern, läßt gerade ihr wirtschaftlicher Erfolg ihren Ausschluß aus dem Mittelstand deutlicher fühlbar werden.» Er vergleicht ihre Situation mit der erfolgreicher Juden oder Neger in den Vereinigten Staaten: «Die niedrige Gruppe von Arbeitern, Negern oder Juden fühlt sich weniger unterdrückt.»⁸

Damit zieht Lipset eine entgegengesetzte Folgerung wie Schelsky. Während bei Schelsky eine ökonomische Angleichung ohne weiteres die Aufhebung der politischen Gegensätze nach sich zieht, läßt gerade dies nach Lipset die Differenzierungen im sozialen Status besonders diskriminierend deutlich werden. Lipset selbst weist jedoch schon darauf hin, daß er mit dieser Erklärung nur eine Vermutung ausspricht, deren Prämisse noch nicht geprüft ist. Fühlen sich die westdeutschen Facharbeiter wirklich stärker diskriminiert als ihre französischen Kollegen? Sind die CDU-Wähler unter den Arbeitern weniger diskriminiert, oder werden sie sich dessen weniger bewußt?

Lipsets sozialpsychologische Erklärung kann uns hier nicht viel weiterführen. Der zu erklärende Tatbestand ist ja nicht das Wahlverhalten «der deutschen Facharbeiter», sondern es ist eine Relation: Im Vergleich zu dem SPD-Anteil unter weniger ausgebildeten und weniger verdienenden Arbeitern ist der SPD-Anteil unter Facharbeitern besonders hoch. Um eine derartige Relation zu erklären, müssen wir soziale Ortsbestimmungen geben können und dürfen uns nicht auf allgemeingültige sozialpsychologische Thesen stützen.

Unser Versuch, diesen sozialen Ort wieder bei einer besonders starken kirchlichen Bindung der unqualifizierten Arbeiter zu suchen, ist in seinem ersten Schritt erfolgreich: Wir können feststellen, daß eine ausgeprägte Linkstendenz nur unter katholischen Facharbeitern zu

⁸ S. M. Lipset, a. a. O., zitiert nach der deutschen Ausgabe: Soziologie der Demokratie, Neuwied 1962, S. 226.

finden ist, während evangelische Facharbeiter sogar seltener SPD wählen als weniger ausgebildete evangelische Arbeiter. Hiermit stimmen auch die Häufigkeiten des Kirchenbesuchs überein: Unter katholischen Arbeitern ohne besondere Ausbildung und mit geringem Einkommen finden sich deutlich mehr Kirchgänger als unter katholischen Facharbeitern und solchen mit hohem Einkommen. *Dieses Ergebnis führte uns also zu der Hypothese: Unter katholischen Hilfs- und angelernten Arbeitern sind besonders viele Kirchentreue. Da für deren Wahlverhalten die kirchliche Bindung ausschlaggebender ist als die Bindung an die Arbeiterschaft, kehren sich somit die üblichen ökonomischen Relationen um: Katholische Facharbeiter und besser Verdienende (da sie weniger oft kirchlich gebunden sind) wählen öfter SPD. Unter evangelischen Arbeitern also ist die kirchliche Bindung für die Parteipräferenz weniger bedeutend, auch sind evangelische Hilfs- und angelernte Arbeiter seltener kirchentreu als Facharbeiter. Also bleibt unter evangelischen Arbeitern die übliche Relation zwischen Einkommen/Ausbildung und Wahlverhalten bestehen: je schlechter der Verdienst und je weniger Ausbildung, desto häufiger SPD.*

Wenn wir aber als zweiten Schritt das Wahlverhalten der Kirchgänger und der Nichtkirchgänger unter diesen Arbeitern vergleichen, so ergibt sich jedoch daraus keine Erklärung: Auch wenn wir die katholischen Kirchgänger oder Nichtkirchgänger getrennt betrachten, bleiben die Unterschiede nach Einkommen und Ausbildungsgrad. Die geringere kirchliche Bindung ist also keine ausreichende Erklärung für die Linkstendenz der katholischen Facharbeiter. Die Parallelität der Trends von Häufigkeit des Kirchenbesuchs und Parteipräferenz hat getrogen.

Auch Linz⁹ hat versucht, die Tendenz der Linkswahl unter den Facharbeitern getrennt nach der Konfession zu ermitteln. Indem er nur die SPD-Wähler und nur Arbeiter, die keine Flüchtlinge sind, zur Grundlage seiner Korrelation nimmt, kommt er zu einem Ergebnis, das dem aus der NRW-Umfrage widerspricht. Bei ihm ist unter den evangelischen Facharbeitern der Anteil der SPD-Wähler größer, unter den katholischen geringer als bei den Hilfs-

⁹ Siehe J. Linz, a. a. O., S. 305–306.

arbeitern. Linz zieht hieraus den Schluß, daß die Linkstendenz der Facharbeiter nur für die evangelische Arbeiterschaft kennzeichnend sei: «In Norwegen, Schweden und dem protestantischen Deutschland sind die Sozialdemokraten stärker bei der Arbeiteraristokratie.»

Nun liegt der Zeitpunkt der beiden Umfragen neun Jahre auseinander, auch ist die erste Studie repräsentativ für das gesamte Bundesgebiet, die zweite nur für Nordrhein-Westfalen. Aber auch die Begrenzungen, die Linz für seine Korrelationen wählt, scheinen nicht zufällig: Der – allerdings geringe – Anteil von KPD-Wählern, den Linz nicht erfaßt, weist, wie sich für die Weimarer Republik zeigen ließ, besonders viele katholische Facharbeiter auf. Ebenso schließt Linz aus seiner Korrelation Flüchtlinge aus: Gerade diese sind aber zum größeren Teil evangelisch und finden sich meist bei oppositionellen Parteien. Es scheint also angezeigt, die Korrelation unter Einschuß dieser beiden Gruppen erneut zu überprüfen.

Eine solche Korrelation¹⁰ ergibt ein gleiches Ergebnis wie unsere NRW-Umfrage 1962, daß nur bei katholischen Arbeitern die Facharbeiter häufiger SPD wählen als die Angelernten und diese häufiger als Hilfsarbeiter. Die Korrelation nach den Einkommen jedoch zeigt sich hier für beide Konfessionen und dazu noch in jeder der Qualifizierungsstufen (Facharbeiter, angelernte Arbeiter, Hilfsarbeiter) gesondert: Diejenigen mit einem Einkommen von 250 DM oder mehr wählen in allen Gruppen häufiger SPD oder KPD als Arbeiter mit einem geringeren Einkommen.

Unter Arbeitern hat die Differenzierung nach Konfession und Kirchengang das Wahlverhalten in ganz besonderem Maße polarisiert. Diese Unterschiede haben jedoch nicht erklären können, warum die Zahl der SPD-Wähler mit steigendem Einkommen und höherer Ausbildung wächst. Wahrscheinlich werden die beiden Feststellungen: Der höhere Anteil von Kirchenbesuchern und von CDU-Wählern unter den schlechter verdienenden und unqualifizierten Arbeitern, unab-

¹⁰ Eigene Auszählung der Repräsentativerhebung des Unesco-Instituts in Köln von 1953.

hängig voneinander in einem größeren Zusammenhang interpretiert werden müssen.

Wir müssen also unseren Erklärungsversuch neu ansetzen. Dabei ist die bisherige Arbeit nicht vergeblich gewesen, denn nun wissen wir, daß unser plausibler Erklärungsversuch sich als nicht stichhaltig erweist.

b) Erklärung durch Differenzierung nach Stadt und Land

Wir haben bisher – entsprechend den Thesen von Schelsky, Lipset und Linz – die Arbeiterschaft nach ihrem Einkommen und ihrer Ausbildung differenziert. Wenn diese Aufteilung keine Erklärungen für das Wahlverhalten liefern können, müssen wir es in der Folge mit einer anderen Art der Differenzierung versuchen. Dabei können wir an die Ergebnisse von Gemeindestudien anknüpfen. Arensberg weist darauf hin, daß die Industrialisierung in Deutschland weite ländliche Gebiete einbezogen hat, ohne deren Bindungen an das Dorf zu lösen. Eine Gemeindestudie in einigen Dörfern und Weilern im Westerwald zeigt, wie sehr sich hier industrielle Arbeitsweise und traditionelle Gebundenheit mischen. Die Hälfte der Erwerbstätigen in diesen Dörfern sind Arbeiter, 43 % davon pendeln zu ihrer Arbeitsstätte in den umliegenden Kleinstädten, einige aber auch bis zu der 50 km entfernten Großstadt. Arensberg¹¹ betont in seiner Zusammenfassung: «In weltweiter Sicht ist die Tatsache besonders bemerkenswert und zugleich für Westdeutschland kennzeichnend, daß der Eigenbesitz der Landwirte sich erhalten hat. Auch die Industrialisierung hat dies Kennzeichen der Gemeinde kaum geändert. Hier ist der kleine Mann Arbeiter geworden, ohne seine Landwirtschaft aufzugeben; er ist in das Spannungsfeld städtischer Einflüsse und städtischer Arbeitsweise eingegliedert worden, ohne seinen ländlichen Wohnort zu verlassen. Da die meisten landwirtschaftlichen Betriebe außerdem verhältnismäßig klein sind, gibt es zwischen Landbesit-

¹¹ Conrad M. Arensberg, Ergebnisse der deutschen Gemeindestudie im internationalen Vergleich, in: Wurzbacher et al., Das Dorf im Spannungsfeld der industriellen Entwicklung, Stuttgart 21961, S. 294.

zenden und Landlosen keine große Kluft und keine Abschießungen der einen von den anderen. Damit ist der neue Typ des Fabrikarbeiters nicht wie so oft in einem einzigen Zug in die neue Welt der Fabriken und Maschinen hineingestoßen, von allem, was er vorher kannte, abgeschnitten und mit anderen entwurzelten Fremden zusammengedrängt worden.»

Wir wollen also im folgenden die Arbeiterschaft nach der Größe ihres Wohnortes differenzieren, um zu sehen, ob sich daraus Unterschiede des Wahlverhaltens erklären lassen. Dabei soll zunächst die Frage nach der Linkstendenz der Facharbeiter noch einmal gestellt werden, im weiteren aber müssen wir uns wegen der geringen Zahlen der Befragten auf die Arbeiterschaft insgesamt beziehen.

Tabelle 2.1.3 – Wahlverhalten der männlichen Arbeiter nach Qualifizierungsgrad und Ortsgröße

	SPD	CDU	Andere Parteien	Keine Angaben	
	%	%	%	%	n
NRW-Umfrage 1962					
<i>Katholiken:</i>					
Facharbeiter					
Wohnort unter 100 000 Einwohnern	35	48	9	8	(65)
Großstadt	66	21	2	11	(56)
Arbeiter					
Wohnort unter 100 000 Einwohnern	23	64	4	9	(53)
Großstadt	45	40	10	5	(22)
<i>Evangelische:</i>					
Facharbeiter					
Wohnort unter 100 000 Einwohnern	54	30	3	13	(61)
Großstadt	68	11	9	12	(55)
Arbeiter					
Wohnort unter 100 000 Einwohnern	59	15	6	20	(34)
Großstadt	91	9	—	—	(22)

Ein Unterschied von Facharbeitern und anderen Arbeitern zeigt sich sowohl in Großstädten als auch in kleineren Orten: katholische Facharbeiter wählen häufiger SPD, evangelische seltener als unqualifizierte Arbeiter. Aber die Prozentunterschiede bleiben bei diesem Vergleich gering: *Entscheidender ist der Unterschied zwischen Arbeitern*

KIRCHLICHER FAKTOR

in kleinen Orten und Arbeitern in Großstädten – ob sie nun Facharbeiter sind oder nicht.

Mit dieser Differenzierung zwischen Stadt und Land haben wir entscheidendere Unterschiede im Wahlverhalten getroffen, als es nach ökonomischen Kriterien möglich war. Wieder müssen wir jetzt fragen: Wie weit sind die Unterschiede zwischen Arbeitern in kleinen und in großen Ortschaften Reflexion der entsprechenden kirchlichen Bindung?

Tabelle 2.1.4 – Wahlverhalten der männlichen Arbeiter nach Konfession, Kirche und Ortsgröße

	SPD	CDU	Andere Parteien	Keine Angaben	n
	%	%	%	%	
NRW-Umfrage 1962					
<i>Katholisch:</i>					
Kirchgang 1mal in der Woche:					
Wohnort unter 100 000 Einwohnern	23	65	6	6	(79)
Großstadt	32	58	5	5	(19)
Kirchgang selten oder nie:					
Wohnort unter 100 000 Einwohnern	44	42	7	7	(43)
Großstadt	66	24	4	6	(67)
<i>Evangelisch:</i>					
Kirchgang 1mal im Monat:					
Wohnort unter 100 000 Einwohnern	47	30	10	13	(30)
Großstadt	46	31	—	23	(13)
Kirchgang selten oder nie:					
Wohnort unter 100 000 Einwohnern	64	20	1	15	(71)
Großstadt	78	8	5	9	(76)

Die Unterschiede zwischen Arbeitern in kleineren Orten und Großstädten sind bei den Kirchgängern nur noch sehr gering. Tatsächlich läßt sich ein bedeutender Teil des Stadt-Land-Unterschiedes im Wahlverhalten auf die damit verbundene unterschiedliche kirchliche Bindung zurückführen. Dies wird deutlich, wenn man beachtet, daß ja gerade in kleineren Ortschaften sehr viel mehr regelmäßige Kirchgänger zu finden sind als in größeren¹². Ortsgröße und Kirchgang

¹² Vgl. die absoluten Zahlen in der Spalte «n».

zusammen sind die wichtigsten Gesichtspunkte für eine Differenzierung der Arbeiterschaft. Mit dem Wohnort verbinden sich in der Regel eine Reihe von Merkmalen, die insgesamt eine anders geartete soziale Umgebung ausmachen. Eines dieser Merkmale ist die Häufigkeit des Kirchgangs.

Vergleichen wir die CDU-Wähler unter den Arbeitern mit den Wählern aller anderen Parteien, um dies zu verdeutlichen: CDU-Wähler sind unter Arbeitern eher zu finden, wenn wir in kleine Städte oder kleine Betriebe gehen: Unter den katholischen Arbeitern, die in den vergangenen Jahren CDU gewählt haben, arbeiten 28 % in einem Großbetrieb (mit über 1000 Beschäftigten), von denjenigen, die nicht CDU wählten, jedoch 35 %. Für die evangelischen Arbeiter lauten die entsprechenden Zahlen 28 % gegenüber 34 %. Von katholischen CDU-Wählern wohnen 31 % in Ortschaften unter 5000 Einwohnern (Evangelische 19 %), unter den anderen 11 % (Evangelische 13 %). Darüber hinaus wohnen CDU-Wähler häufiger in einem Einfamilienhaus oder Bauernhaus als andere.

Tabelle 2.1.5 – Art des Wohnhauses der männlichen Arbeiter nach Konfession und Parteipräferenz

	Einfamilienhaus %	Bauernhaus %
NRW-Umfrage 1962		
Katholische CDU-Wähler	31	15
Katholische Nicht-CDU-Wähler	19	—
Evangelische CDU-Wähler	19	3
Evangelische Nicht-CDU-Wähler	14	1

Alle diese Zahlen zusammen zeigen, wie stark die soziale Umgebung dieser beiden Gruppen von Arbeitern verschieden ist. Es sind die Arbeiter in kleineren Ortschaften, in Kleinbetrieben, die ein Haus für sich bewohnen, wahrscheinlich oft noch im Nebenerwerb landwirtschaftlicher Arbeit nachgehen, die sich treu zur Kirche halten und die ihre Wahlstimme für die CDU abgeben. Der hohe Anteil von Kirchgängern und CDU-Wählern unter den Arbeitern muß mit der Tatsache zusammen gesehen werden, daß in Deutschland der Übergang von landwirtschaftlicher zu industrieller Arbeit fließend geblieben

KIRCHLICHER FAKTOR

ist. Die Verteilung der industriellen Betriebe auf kleinere Städte, die Einbeziehung des Hinterlandes durch die Beschäftigung von Pendelwanderern hat selbst in Nordrhein-Westfalen eine große Zahl von Arbeitern erhalten, die sich in ihrem sozialen und in ihrem politischen Verhalten von den großstädtischen Industriearbeitern unterscheiden. Wie stark die Unterschiede zwischen großstädtischen Industriearbeitern und denjenigen einer kleinen Gemeinde sein können, soll ein Vergleich zwischen Arbeitern von Dortmund und von Arnsberg-Soest verdeutlichen. In diesen beiden Wahlkreisen wurde im Rahmen der Wahluntersuchung zur Bundestagswahl 1961 eine Panel-Untersuchung durchgeführt, aus deren erster Welle (im Juni 1961) unsere Daten stammen.

Ihre verschiedene Struktur macht diese beiden Wahlkreise für einen Vergleich sehr gut geeignet: Dortmund, eine Großstadt mit drei Wahlkreisen, zu 55 % evangelisch, mit überwiegend Industriearbeiter-Bevölkerung. Arnsberg-Soest dagegen ist ein ländlicher und kleinstädtischer Wahlkreis in Westfalen, zu 70 % katholisch. 20 % wohnen hier in Ortschaften mit weniger als 1000 Einwohnern, insgesamt 55 % in Orten mit weniger als 10000 Einwohnern und die restlichen 45 % in Orten mit weniger als 50000 Einwohnern. Ein beträchtlicher Anteil der Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft (13 % der Wohnbevölkerung), die Beschäftigten der Industrie sind hier zu zwei Dritteln in kleinen metallverarbeitenden Betrieben beschäftigt.

Dementsprechend ist Arnsberg von jeher ein sicherer Wahlkreis der CDU, in Dortmund dagegen stimmt etwa die Hälfte aller Wähler für die SPD. Das Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 1961 ergibt folgendes Bild:

Tabelle 2.1.6 – Wahlergebnis in Dortmund und Arnsberg-Soest bei den Bundestagswahlen 1961¹

	CDU	SPD	FDP	Andere Parteien	Nicht- wähler
	%	%	%	%	%
Dortmund I-III	31	42	8	3	16
Arnsberg-Soest	50	25	11	2	12

¹ Quelle: Statistisches Bundesamt, Die Wahl zum 4. Deutschen Bundestag am 17. September 1961, Fachserie A (Bevölkerung und Kultur), Reihe 8, Heft 1, Wiesbaden 1961.

Tabelle 2.1.7 – Vergleich der männlichen Arbeiter in Dortmund und Arnsberg-Soest

Panel-Studie

Kirchenbesuch:	imal in der Woche %	imal im Monat %	n
<i>Katholisch:</i>			
Dortmund	21	—	(29)
Arnsberg-Soest	70	—	(45)
<i>Evangelisch:</i>			
Dortmund		11	(44)
Arnsberg-Soest		25	(20)

Wahlintention bei kommender Bundestagswahl

	SPD %	CDU %	Andere Parteien %	Keine Angaben %	n
<i>Katholisch:</i>					
Dortmund	48	38	—	14	(29)
Arnsberg-Soest	36	54	3	7	(45)
<i>Evangelisch:</i>					
Dortmund	67	21	7	5	(44)
Arnsberg-Soest	60	25	5	10	(20)

In der Häufigkeit ihres Kirchenbesuchs unterscheiden sich die Dortmunder katholischen Arbeiter stärker von denjenigen in Arnsberg als von den evangelischen in ihrer eigenen Stadt. Mehr als der dreifache Anteil der katholischen Arbeiter in Arnsberg geht einmal in der Woche zur Messe, bei den evangelischen hat sich der Anteil der Kirchenbesucher (einmal im Monat) verdoppelt. Ebenso ist bei beiden Konfessionen in Arnsberg der Anteil der CDU-Wähler höher und derjenige für die SPD geringer. Aber wie die Korrelationen immer wieder zeigen, sind diese Unterschiede bei den Katholiken sehr viel deutlicher ausgeprägt als bei den Evangelischen. Schon zu Anfang dieses Abschnitts ergab sich, daß sich unter den katholischen Arbeitern ein größerer Anteil von «überzeugten» CDU-Anhängern befindet, weiter, daß bei katholischen Arbeitern die Einkommensunterschiede und die Abstufung nach dem Qualifikationsgrad durch die

Einwirkung der kirchlichen Bindung auf das politische Verhalten überdeckt werden. In dieses Bild fügen sich auch die Daten aus Dortmund und Arnsberg: Während der CDU-Anteil bei den Katholiken um 16 % steigt, wählen lediglich 4 % mehr evangelische Arbeiter in Arnsberg CDU. Eine Korrelation der Wahlentscheidungen bei der vergangenen Landtagswahl und Gemeindewahl bestätigt dieses Bild (mit dem einzigen Unterschied, daß der Anteil von Nichtwählern und Antwortverweigerern höher ist als hier).

Die Zahl der CDU-Stimmen unter den Arbeitern in Nordrhein-Westfalen ist insgesamt groß genug, daß wir von einer Spaltung der Arbeiterschaft in zwei politische Lager sprechen können. Kirchliche Bindung ist dabei ein entscheidendes Merkmal, nach dem sich die CDU-Wähler von anderen unterscheiden. Weitere Merkmale aber kommen hinzu, um sie als eine eigene Gruppe zu charakterisieren: CDU-Wähler arbeiten besonders häufig in kleinen Betrieben und wohnen eher in kleineren Ortschaften. Ein größerer Teil von ihnen bewohnt Einfamilienhäuser oder sogar Bauernhäuser. Vermutlich handelt es sich hier um diejenigen Arbeiter, die noch eng ländlichen Lebensformen verbunden geblieben sind, die im Nebenerwerb weiterhin Landwirte sind und daher auch keine volle Berufsausbildung als Handwerker oder Facharbeiter erworben haben. Einkommensunterschiede sagen bei diesen Arbeitern wenig aus, da ihre Einkünfte aus einem landwirtschaftlichen Betrieb nicht als Geldeinkommen erfaßt werden. Mit der zusätzlichen Information über die Größe des Wohnortes läßt sich also auch die Frage beantworten, wieso es gerade die unqualifizierten Arbeiter und diejenigen mit einem geringen Geldeinkommen sind, die besonders häufig CDU wählen.

Nicht zufällig beobachten wir diese – zunächst überraschende – Erscheinung auch am ehesten bei katholischen Arbeitern. Diese Übergangsformen von städtischer und ländlicher Lebensweise finden sich in allen Teilen der Bundesrepublik, aber sie sind besonders häufig in katholischen Gebieten. Selbst in einer konfessionell gemischten Gegend wie dem Hunsrück konnte Hahn¹³ zeigen, daß in evangelischen Dörfern die Bauernsöhne, die keinen Hof übernehmen kön-

¹³ Siehe Helmut Hahn, Der Einfluß der Konfessionen auf die Bevölkerungs- und Sozialgeographie des Hunsrücks, Bonn 1950.

nen, eher eine Berufsausbildung erwerben und auch eher bereit sind, in Ortschaften mit günstigeren Arbeitsmöglichkeiten umzuziehen als in katholischen Dörfern. Die ländliche (und gleichzeitig kirchliche) Verbundenheit ist also eher bei katholischen Arbeitern zu finden als bei evangelischen.

Die Nordrhein-Westfalen-Erhebung zeigt ebenso wie Vergleiche aus der Volkszählung in der ganzen Bundesrepublik, daß katholische Arbeiter mehr in kleinen Betrieben, in kleinen Städten oder in ländlichen Gebieten zu finden sind, evangelische Arbeiter häufiger in der großstädtischen Industrie. Hinzu kommt die stärkere kirchliche Bindung selbst der großstädtischen katholischen Arbeiter und die Tatsache, daß sich für einen katholischen Arbeiter eher politische Folgerungen aus seiner kirchlichen Bindung ergeben. Wenn also bei den Bundestagswahlen ein Drittel aller Arbeiter in Nordrhein-Westfalen für die CDU gestimmt haben, so wirken hier wohl soziale als auch rein kirchliche Faktoren zusammen. Von diesen CDU-Wählern sind 71 % Katholiken, 56 % sind Kirchgänger. Diese Katholiken und die Kirchgänger finden wir wiederum am ehesten in kleinen Städten und auf dem Land und öfter in kleinen Betrieben.

Es liegt nahe, die CDU-Wähler und SPD-Wähler unter den Arbeitern typenmäßig einander gegenüberzustellen: Der katholische einfache Arbeiter, der in seiner Landgemeinde regelmäßig zur Kirche geht, wird mit der größten Wahrscheinlichkeit für die CDU stimmen. Dagegen sind die evangelischen industriellen Facharbeiter in der Großstadt, die kaum jemals zur Kirche gehen, fast sämtlich SPD-Wähler. Jedoch sind nur wenige Arbeiter einem dieser Extreme zuzuordnen. Für die meisten ergibt sich eine Überschneidung der Einflußfaktoren. Die Parteien müssen sich die Stimmenzahl der Arbeiter teilen.

2. Angestellte und Beamte, die SPD wählen

Bei Arbeitern ist die Abweichung des Wahlverhaltens von dem Schema der Zuordnung: «bürgerliche» und «Arbeiterpartei» besonders groß, bei Selbständigen besonders gering. Angestellte und Beamte bleiben zwischen diesen beiden Gruppen in der Mitte: 83 % der Katholiken und 79 % der Evangelischen stimmten 1961 in Nordrhein-Westfalen für CDU und FDP. Lediglich 30 % geben an, bei den Wahlen seit Bestehen der Bundesrepublik je SPD gewählt zu haben.

Parteimäßig sind die Angestellten und Beamten damit sehr eindeutig festgelegt, eindeutiger, als es die meisten soziologischen Analysen der gesellschaftlichen Stellung der Angestellten vermuten lassen¹⁴. Schon für Marx bildeten die «kommerziellen Lohnarbeiter» eine gesonderte Gruppe, da sie auf der einen Seite an den Anforderungsbefugnissen der Kapitalisten teilnahmen, auf der anderen Seite aber ebenso wie die Arbeiter «nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft». Die Zwiespältigkeit ihrer Mittelstellung zwischen den beiden Polen des industriellen Konflikts zieht sich als ein roter Faden durch alle Ortsbestimmungen der Angestellten in der Gesellschaftsstruktur.

Subjektiv drückt sich dieser Zwiespalt als Unsicherheit aus. Bei einem Vergleich von Angestellten und Arbeitern in großen Industriebetrieben stellt Bahrtdt¹⁵ fest, daß «die Mehrzahl der Angestellten in ihrem

¹⁴ Wir verzichten auch in diesem Kapitel darauf, zwischen Angestellten und Beamten zu differenzieren. Ihr Verhalten ist tatsächlich sehr gleichartig. Dort, wo sich Unterschiede zeigen, bleiben sie isoliert und bilden keine interpretierbaren Trends. Diese Eingangsüberlegung bezieht sich jedoch auf die Angestelltenschaft allein.

¹⁵ Siehe Hans Paul Bahrtdt, Industriebürokratie, Stuttgart 1958; derselbe in: Marianne Feuersenger (Hrg.), Gibt es noch ein Proletariat?, Frankfurt 1962, S. 15-43.

politischen Bewußtsein im allgemeinen schwimmt»¹⁶, daß sie gleichsam zu spät gekommen seien, um sich in der industriellen Gesellschaft einen sozialen Ort zuschreiben zu können. «Die Angestellten sind ja erst spät zu einem Faktor in der industriellen Gesellschaft geworden. Sie fanden, als sie sich ihrer bewußt wurden, eine präformierte Gesellschaft vor. In ihr gab es zwar neue und neuartige Arbeitsplätze; aber in ideologischer Hinsicht waren gewissermaßen alle Plätze vergeben. Nicht immer bildet sich aus einer neuen Funktion innerhalb des Wirtschaftslebens ein neuartiges gesellschaftliches Bewußtsein heraus, das auch politisch formulierbar ist.»¹⁷

Bei dem Fehlen eines gemeinsamen Selbstverständnisses bleibt für die Angestellten jedoch eine negative Charakterisierung als feste Scheidelinie: daß sie nicht Arbeiter sind. Die Vorstellungen, die sich mit dieser «Abgrenzung nach unten» verbinden, sind kaum mit positiven Kennzeichen angefüllt. Die Unterschiede im Einkommen, Ausbildung und sozialer Sicherheit sind innerhalb der Angestellten- und Beamtschaft größer als im Vergleich zu bestimmten Außengruppen. Dennoch wählen die Angestellten überwiegend «bürgerliche» Parteien. Entgegen den Erkenntnissen, die sich aus der Analyse ihrer sozialen Stellung ergeben, und entgegen der Unsicherheit der gesellschaftlichen Selbsteinordnung wählen die Angestellten und Beamten einhelliger, als es Arbeiter tun. Worauf beruht diese politische Übereinstimmung? Warum differenziert sich ihre Parteipräferenz weniger als die der Arbeiter?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir prüfen, ob außerökonomische Faktoren die Angestelltenschaft im selben Maße trennen wie die Arbeiter. Das politische Verhalten der Arbeiter ändert sich nicht so sehr mit den Einkommensverhältnissen, sondern mit der jeweiligen sozialen Umgebung: ob sie in einem Groß- oder Kleinbetrieb arbeiten, in einer großen oder kleinen Stadt wohnen, welcher Konfession sie angehören und wie oft sie zur Kirche gehen. Wie wirken sich nun diese Faktoren bei den Angestellten und Beamten aus? Sind Konfession und kirchliche Bindung auch hier ausschlaggebend, um das Wahlverhalten zu bestimmen?

¹⁶ H. P. Bahrdt, *Industriebürokratie*, a. a. O., S. 133.

¹⁷ Derselbe, a. a. O., S. 132.

KIRCHLICHER FAKTOR

Tabelle 2.2.1 – Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1961.

Männliche Angestellte und Beamte nach Konfession und Kirchgang

	SPD	CDU	FDP	Andere Parteien	Keine Angaben	n
	%	%	%	%	%	
NRW-Umfrage 1962						
<i>Katholisch</i>						
Kirchgang						
imal in der Woche	11	60	11	3	15	(72)
seltener oder nie	23	46	12	—	19	(26)
<i>Evangelisch</i>						
Kirchgang						
imal im Monat	25	50	14	—	11	(36)
seltener oder nie	36	33	15	2	14	(66)

Wie sich zeigt, sind die Unterschiede im Wahlverhalten der Angestellten und Beamten je nach Konfession und Kirchgang deutlich ausgeprägt. 6 von 10 katholischen Kirchgängern und die Hälfte der evangelischen wählen CDU. Unter den katholischen Nichtkirchgängern dagegen sind es nur 46 %, unter den evangelischen ein Drittel. Die FDP- und SPD-Stärke bildet einen genau entgegengesetzten Trend: Von den katholischen Kirchgängern bis zu den evangelischen Nichtkirchgängern steigt ihr Anteil ständig. Bei den evangelischen Nichtkirchgängern sind die SPD-Wähler sogar zahlreicher als die CDU-Wähler.

Wir haben schon gesehen, daß eine Korrelation, bei der in dieser Weise die Häufigkeit des Kirchgangs berücksichtigt ist, die Unterschiede im Wahlverhalten zwischen Arbeitern und Angestellten teilweise aufhebt: Die Katholiken, die regelmäßig die Kirche besuchen, wählen gleich oft CDU, ob sie nun Arbeiter sind oder Angestellte. Die evangelischen Arbeiter, wenn sie häufig zur Kirche gehen, jedoch weniger oft CDU als die entsprechenden Angestellten, und auch der Anteil der SPD-Wähler ist in sämtlichen Angestelltengruppen niedriger¹⁸. Die Wähler, die durch ihre geringere kirchliche Gebundenheit der CDU verlorengelassen, teilen sich unter Angestellten und Be-

¹⁸ Siehe Tabellen 1.3.2 und 1.3.3.

amten zwischen SPD und FDP auf, während sie unter den Arbeitern überwiegend der SPD zugute kommen. Die Auswirkung, daß Nichtkirchgänger sich von der CDU abwenden, ist jedoch bei Angestellten und Beamten schon deshalb weniger bedeutend, weil durchgehend ein größerer Anteil unter ihnen zur Kirche geht als unter Arbeitern. Ein Vergleich der Häufigkeit des Kirchgangs bei beiden Berufsgruppen nach verschiedenen Sozialfaktoren soll dies verdeutlichen.

Tabelle 2.2.2 – Kirchgänger unter männlichen Angestellten und Beamten (im Vergleich zu Arbeitern) nach Konfession, Schulbildung und Wohnortgröße

	Angestellte, Beamte		Arbeiter	
	%	n	%	n
NRW-Umfrage 1962				
<i>Katholisch</i>				
Wohnort:				
Unter 100 000 Einwohnern	75	(45)	65	(122)
Großstadt	68	(47)	22	(86)
Schulbildung:				
Mehr als Volksschule	84	(58)	.	(7)
Volksschule	49	(33)	47	(201)
Einkommen:				
700 DM und mehr	74	(58)	36	(80)
Unter 700 DM	65	(26)	53	(114)
<i>Evangelisch</i>				
Wohnort:				
Unter 100 000 Einwohnern	31	(48)	30	(101)
Großstadt	34	(68)	15	(89)
Schulbildung:				
Mehr als Volksschule	28	(64)	.	(9)
Volksschule	39	(52)	22	(181)
Einkommen:				
700 DM und mehr	35	(75)	24	(75)
Unter 700 DM	29	(31)	20	(86)

Bei allen vergleichbaren Gruppen gehen Angestellte und Beamte häufiger zur Kirche als Arbeiter. Allerdings konzentriert sich dieser Unterschied auf bestimmte soziale Kategorien: So gehen Angestellte und Beamte in der Großstadt kaum seltener zur Kirche als diejenigen

in kleineren Ortschaften, während der Kirchenbesuch von Arbeitern in der Großstadt auf ein Drittel (Katholiken) bzw. die Hälfte (Evangelische) absinkt.

Betrachten wir in beiden Berufsgruppen nur diejenigen, die eine vergleichbare Schulbildung haben, wird der Unterschied in der Häufigkeit des Kirchenbesuchs sehr gering. Jedoch fallen wegen der geringen Zahl die Volksschulabsolventen unter Angestellten und Beamten im Durchschnitt weniger ins Gewicht. So gehen katholische Angestellte und Beamte mit mehr als Volksschulbildung zu 84%, diejenigen, die über die Volksschule hinaus keine Schulbildung haben, nur noch zu 49% regelmäßig zur Kirche (47% unter den Arbeitern). Diese Gruppe bildet unter Angestellten und Beamten allerdings nur eine Minderheit, während kaum ein Arbeiter über die Volksschule hinaus Schulen besucht hat. Der Unterschied der Kirchenbesuchsziffern bei den Katholiken ist also weitgehend auf das sekundäre Merkmal der Schulbildung zurückzuführen.

Bei den evangelischen Angestellten und Beamten verläuft der Trend allerdings in umgekehrter Richtung: Mit verlängerter Schulbildung sinkt der Anteil der Kirchenbesucher.

Wie verhält sich hierzu das Wahlverhalten? Werden auch die Unterschiede im Wahlverhalten geringer, wenn wir die Volksschulabsolventen unter Angestellten und Beamten gesondert korrelieren?

Durchweg bleibt hier die kirchliche Bindung das entscheidende Merkmal, nach dem das Wahlverhalten bestimmt werden kann. Aber innerhalb der Gruppen gleicher Kirchenfrequenz zeigen sich die Volksschulabsolventen SPD-freudiger als diejenigen mit höherer Schulbildung. Die SPD-Wähler unter Angestellten und Beamten befinden sich in erster Linie unter den Nichtkirchgängern mit geringer Schulbildung. Unter den Katholiken wählt mehr als ein Drittel SPD, unter den Evangelischen die Hälfte. Vergleichen wir das Wahlverhalten der Arbeiter mit dem der Volksschulabsolventen hier, um das sekundäre Berufsmerkmal der Schulbildung konstant zu halten: Der Unterschied ist geringer geworden als unter den Berufsgruppen insgesamt, aber in allen Gruppen bleibt ein höherer Anteil von SPD-Wählern unter den Arbeitern. Der Anteil der SPD-Wähler unter Volksschulabsolventen beträgt in der Reihenfolge: Katholische Kirch-

Tabelle 2.2.3 – Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1961. Angestellte und Beamte nach Konfession, Kirchgang und Schulbildung

	SPD	CDU	FDP	Andere Parteien	Keine Angaben	n
	%	%	%	%	%	
NRW-Umfrage 1962						
<i>Katholisch</i>						
Kirchgang 1mal in der Woche:						
Mehr als Volksschule	10	66	12	4	8	(49)
Volksschule	19	69	12	–	–	(16)
Kirchgang seltener oder nie:						
Mehr als Volksschule	.	.	.	.	.	(9)
Volksschule	35	47	6	–	12	(17)
<i>Evangelisch</i>						
Kirchgang 1mal im Monat:						
Mehr als Volksschule	17	61	17	–	5	(18)
Volksschule	30	55	15	–	–	(20)
Kirchgang seltener oder nie:						
Mehr als Volksschule	30	37	22	2	9	(46)
Volksschule	50	31	6	–	13	(32)

gänger – Katholische Nichtkirchgänger – Evangelische Kirchgänger
– Evangelische Nichtkirchgänger:

Angestellte und Beamte ¹⁹	19 – 35 – 30 – 50
Arbeiter ²⁰	23 – 57 – 43 – 70

Innerhalb der Angestellten- und Beamtenschaft unterscheidet sich das Wahlverhalten deutlich nach dem Grad der Schulbildung: die Volksschulabsolventen kommen dem Wahlverhalten der Arbeiter sehr viel näher als Angestellte und Beamte mit einer längeren Ausbildung. Mit der Schulbildung steht zugleich die Höhe des Einkommens in einem Zusammenhang: bei keiner Berufsgruppe hängt die Höhe des Einkommens so unmittelbar von der Qualifikation durch die Schulbildung ab. Jedoch ist die Länge der Ausbildung für das

¹⁹ Siehe Tabelle 2.2.3.

²⁰ Siehe Tabellen 1.3.2 und 1.3.3.

KIRCHLICHER FAKTOR

Verhalten relevanter: die Prozentunterschiede bei der Häufigkeit des Kirchenbesuchs (siehe Tabelle 2.2.2) und auch bei der Stärke der Parteien sind größer, wenn wir Volksschulabsolventen mit anderen als wenn wir Gruppen unterschiedlichen Einkommens vergleichen. Im gleichen Sinne wie diese beiden Faktoren wirkt aber auch noch die Häufigkeit des Kirchenbesuchs: Unter Angestellten und Beamten beider Konfessionen steigt die Zahl der Kirchenbesucher mit dem Einkommen (während sie bei katholischen Arbeitern mit dem Einkommen sinkt)²¹. Alle drei Faktoren: Kirchenbesuch, Schulbildung und Einkommen sind untereinander korreliert und verstärken sich gegenseitig in ihrer Wirkung auf das Wahlverhalten.

Es zeigt sich also wieder, daß die sekundären Merkmale der Berufsgruppen einen Teil des Unterschieds im Wahlverhalten erklären. Die Angestellten und Arbeiter mit einem Einkommen unter 700 DM kommen sich in ihrem Wahlverhalten sehr nahe. Jedoch ist nur eine Minderheit der Angestellten in dieser Einkommensgruppe, unter den Arbeitern dagegen stellt sie den überwiegenden Teil. In der höheren Einkommensgruppe verläuft der Trend bei beiden Berufsgruppen entgegengesetzt. Mit steigendem Einkommen nimmt der Anteil der CDU-Wähler unter Angestellten und Beamten zu, er sinkt unter den Arbeitern.

Damit erweisen sich für die Berufe mit weißem Kragen die sozioökonomischen Merkmale für eine Differenzierung als brauchbar. Allerdings müssen diese immer mit der Häufigkeit des Kirchgangs zusammen gesehen werden. Erst die Gruppen, in denen zwei Kriterien zusammenkommen: geringe Schulbildung und fehlende kirchliche Bindung, oder niedriges Einkommen und fehlende kirchliche Bindung, weisen deutlich weniger CDU-Wähler und deutlich mehr SPD-Wähler auf.

Bei der Analyse des Wahlverhaltens von Arbeitern dagegen zeigen sich nach diesen sozioökonomischen Kriterien nicht die entscheidenden Unterschiede im Wahlverhalten. Auf der anderen Seite sagt bei Angestellten und Beamten das wichtigste «sekundäre» Merkmal für das Wahlverhalten (und für die kirchliche Bindung) der Arbeiter,

²¹ Siehe Kapitel II, 1, a.

die Größe des Wohnortes, wenig aus. Bei den Arbeitern in Nordrhein-Westfalen differiert die Häufigkeit des Kirchenbesuchs in Großstädten und kleineren Orten ganz extrem: 65 % der katholischen Arbeiter in kleinen Ortschaften besuchen regelmäßig die Kirche, 22 % in den Großstädten (bei den Evangelischen 30 bzw. 15 %). Bei den Angestellten und Beamten jedoch bleibt die Häufigkeit des Kirchenbesuchs in den Großstädten gleich hoch. Bei den katholischen Großstädtern nimmt er um 7 % ab, bei den evangelischen um 3 % zu.

Genau parallel zu dieser Beobachtung verhält sich auch das Wahlverhalten der Angestellten. Die Großstädter, soweit sie regelmäßig zur Kirche gehen, wählen nur geringfügig seltener CDU und kaum öfter SPD als die Bewohner kleiner Ortschaften. Das Wahlverhalten der Angestellten und Beamten läßt sich nicht nach der Ortsgröße bestimmen. Die kirchliche Bindung bleibt hier unabhängig von anderen Merkmalen der entscheidende Faktor.

Die Einheitlichkeit der Parteipräferenz unter den Angestellten und Beamten, die uns eingangs als erstaunlich auffiel, ist eine Konsequenz des hohen Maßes an kirchlicher Bindung in dieser Berufsgruppe. SPD-Wähler sind hier vorwiegend unter den Nichtkirchgängern zu finden. 51 % ihrer Wähler sind Evangelische und 10 % Katholiken, die selten zur Kirche gehen. Lediglich 20 % der SPD-Wähler sind Kirchgänger, die etwa zur Hälfte evangelisch und katholisch sind. Es handelt sich besonders um diejenigen mit niedrigem Einkommen und geringer Schulbildung, die hier von der allgemeinen Tendenz der Angestellten und Beamten, bürgerlich zu wählen, abweichen. Andere soziale Merkmale verbinden sich mit geringer kirchlicher Bindung, um das Wahlverhalten dieser kleinen Gruppe von SPD-Wählern zu erklären.

3. Die Unterschiede zwischen Stadt und Land

Die Analyse der Arbeiterstimmen hat gezeigt, daß sich das Wahlverhalten in derselben Berufsgruppe sehr stark ändert, je nachdem, ob wir in einen ländlichen oder einen städtischen Wahlbezirk kommen. Eine Erklärung hierfür läßt sich allein schon aus der unterschiedlichen sozialen Struktur ableiten, denn die Verteilung der Berufe variiert sehr deutlich nach Wohnortgrößen. Aber ist dies schon eine ausreichende Erklärung für die unterschiedliche Parteipräferenz von Städtern und Landbevölkerung?

Tabelle 2.3.1 – Berufszugehörigkeit der männlichen Erwerbstätigen nach Größe des Wohnorts¹ und Konfession

	Arbeiter %	Ange- stellte %	davon Beamte %	Selb- ständige %	davon Bauern %	n
NRW-Umfrage 1962						
Bis 5000 Einwohner:						
Katholisch	55	10	1	35	21	(87)
Evangelisch	62	19	8	19	6	(52)
5000 bis 100 000 Einwohner:						
Katholisch	54	29	17	17	5	(139)
Evangelisch	55	31	10	14	2	(134)
100 000 Einwohner und mehr:						
Katholisch	56	31	11	13	—	(159)
Evangelisch	53	40	13	7	—	(175)

¹ Die Einteilung in drei Gemeindegrößen wurde entsprechend der Daten zum Kirchenbesuch in der NRW-Umfrage vorgenommen. Bei 5000 und 100 000 Einwohnern liegen die deutlichsten Schwellenwerte, an denen sich die Häufigkeit des Kirchenbesuchs ändert. Um dieser Deutlichkeit willen mußte hier von den Einteilungen der amtlichen Statistik abgewichen werden.

Während der Anteil der Arbeiter vom Dorf zur Kleinstadt und Großstadt nicht wesentlich differiert (mit Ausnahme der evangelischen Bewohner kleiner Gemeinden), steigt der Anteil der Ange-

stellten mit der Größe des Wohnorts, derjenige der Selbständigen sinkt dagegen. Besonders hoch ist die Zahl von Selbständigen unter katholischen Dorfbewohnern, wobei dies zum größeren Teil selbständige Landwirte sind. Berechnet man den Anteil der Selbständigen unter Ausschluß der Bauern, zeigt sich nur noch ein geringer Unterschied zwischen Konfessionen und Wohnortgrößen. In kleinen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen ist ein größerer Teil von Evangelischen in niedrigen Sozialpositionen – ein Ausdruck der Tatsache, daß in den meisten landwirtschaftlichen Gegenden die angestammte Bevölkerung katholisch ist. Eine getrennte Korrelation zeigt, daß die Evangelischen in kleinen Gemeinden sich überdurchschnittlich oft erst als Flüchtlinge nach dem Krieg hier angesiedelt haben.

Tabelle 2.3.2 – Verteilung der Konfessionen auf Wohnorte verschiedener Größen
NRW-Umfrage 1962

	Einwohner			n
	bis 5000 ‰	5000 bis 100 000 ‰	mehr als 100 000 ‰	
Katholisch	22	35	43	(971)
Evangelisch	15	36	49	(831)

Kirchenbesuch nach Konfession und Größe des Wohnorts

	Regel- mäßig ‰	Unregel- mäßig ‰	Selten/ Nie ‰	n
Katholisch:				
Bis 5000 Einwohner	85	8	7	(210)
5000 bis 100 000 Einwohner	73	15	12	(341)
100 000 Einwohner und mehr	54	24	22	(420)
Evangelisch:				
Bis 5000 Einwohner	16	77	7	(127)
5000 bis 100 000 Einwohner	9	50	41	(300)
100 000 Einwohner und mehr	8	46	46	(404)

Die Tabelle 2.3.1 zeigt gleichzeitig, daß unter den Evangelischen ein sehr viel kleinerer Teil auf dem Land wohnt als unter den Katholiken (siehe die absoluten Zahlen in Klammern). Einmal wohnen

KIRCHLICHER FAKTOR

mehr Evangelische in der Stadt, weiter ist auch bei diesen die typisch städtische Berufstätigkeit, die Bürotätigkeit, besonders häufig. Dieser Zusammenhang gewinnt noch an Bedeutung, wenn wir die Häufigkeit des Kirchenbesuchs von Städtern und Landbevölkerung vergleichen.

Bei beiden Konfessionen nimmt der Gottesdienstbesuch in größeren Ortschaften merklich ab. In den kleinen Gemeinden gehen sowohl von den Evangelischen als auch den Katholiken nur 7 % selten oder nie zur Kirche, in der Großstadt sind es fast die Hälfte der Evangelischen und 22 % der Katholiken.

Mit diesen drei Korrelationen ergeben sich schon sehr deutlich Vorhersagen, wie sich das Wahlverhalten mit der Größe des Ortes verändern wird. Der höhere Anteil von Katholiken, die größere Zahl der Kirchgänger und auch die berufliche Zusammensetzung in kleinen Gemeinden deuten sämtlich darauf hin, daß hier die CDU als stärkste Partei hervorgehen wird. Auf der anderen Seite ist zwar der Anteil der Arbeiter in der Großstadt nicht größer als in kleineren Orten, aber die größere Zahl von Evangelischen und die geringere Zahl von Kirchentreuen beider Konfessionen läßt erwarten, daß hier die SPD stärker vertreten sein wird. Gerade weil die Arbeiter in der Großstadt nicht zahlreicher sind, muß sich jetzt erweisen, wieweit die Stärke der SPD nicht allein von der zahlenmäßigen Größe der Arbeiterschaft abhängt, sondern wieweit auch andere Kriterien für die Anhängerschaft der SPD maßgebend sind. An diese allgemeine Korrelation muß sich aber wieder eine kontrollierte Tabellierung anschließen, um die Wirkung der einzelnen Faktoren zu beurteilen.

Die gleichzeitige Korrelation mit Konfession, Kirchenbesuch und Größe des Wohnortes zeigt, daß alle drei Faktoren unabhängig voneinander das Wahlverhalten beeinflussen. Selbst bei Kirchgängern nimmt der Anteil der SPD-Wähler vom Dorf zur Stadt zu, der der CDU-Wähler ab, und selbst bei Dorf- oder Großstadtbewohnern unterscheiden sich die Kirchgänger von den Nichtkirchgängern. Zudem differenziert die Konfessionszugehörigkeit die Wählerschaft in allen gleichartigen Gruppen: Der Anteil der CDU ist bei den Evangelischen jeweils geringer, der der SPD und FDP jeweils größer als

Tabelle 2.3.3 – Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1961 nach Größe des Wohnorts

	SPD	CDU	FDP	Andere Parteien	Keine Angaben	n
	%	%	%	%	%	
NRW-Umfrage 1962						
Einwohner:						
Bis 5000	19	56	7	1	17	(345)
5000 bis 100 000	30	46	9	1	14	(665)
100 000 und mehr	39	38	6	1	16	(881)

Tabelle 2.3.4 – Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1961 nach Konfession, Kirchengang und Ortsgröße

	SPD	CDU	FDP	Andere Parteien	Keine Angaben	n
	%	%	%	%	%	
NRW-Umfrage 1962						
<i>Katholisch</i>						
Kirchengang 1mal in der Woche:						
Bis 5000 Einwohner	8	69	4	1	18	(178)
5000 bis 100 000 Einwohner	15	66	6	—	13	(250)
100 000 und mehr Einwohner	18	62	5	—	15	(227)
Kirchengang seltener oder nie:						
Bis 5000 Einwohner	28	50	3	3	16	(32)
5000 bis 100 000 Einwohner	35	39	11	—	15	(91)
100 000 und mehr Einwohner	47	33	5	1	14	(193)
<i>Evangelisch</i>						
Kirchengang 1mal im Monat:						
Bis 5000 Einwohner	24	47	7	2	20	(70)
5000 bis 100 000 Einwohner	27	42	13	1	17	(86)
100 000 und mehr Einwohner	34	40	10	1	15	(97)
Kirchengang selten oder nie:						
Bis 5000 Einwohner	44	30	17	—	9	(57)
5000 bis 100 000 Einwohner	43	29	11	1	16	(214)
100 000 und mehr Einwohner	51	27	6	2	14	(307)

bei den Katholiken. Hinzu kommen die Korrelationen, die aus Tabelle 2.3.2 ersichtlich sind: Mehr Evangelische wohnen in der Großstadt, und weniger Großstadtbewohner (beider Konfessionen) gehen zur Kirche. Alle drei Faktoren sind also gleichsinnig unter-

KIRCHLICHER FAKTOR

einander korreliert. Sie bilden kontinuierliche Trends, die sich gegenseitig verstärken. So stehen am Anfang und Ende der Tabelle 2.3.4 deutlich zwei Extremgruppen: Katholische Kirchgänger auf dem Dorf sind die eifrigsten CDU-Wähler, evangelische Nichtkirchgänger in der Großstadt dagegen überwiegend SPD-Wähler.

Die Größe der prozentualen Unterschiede kann dabei wieder messen, wie stark die einzelnen Faktoren wirken. Gegenüber Tabelle 2.3.3 sind die Unterschiede im Wahlverhalten nach Wohnortgröße geringer geworden: Insgesamt erhält die SPD in der Großstadt 20 % mehr, die CDU 18 % weniger Stimmen als in den kleinen Gemeinden. In den einzelnen konfessionell-kirchlichen Gruppen betragen die Unterschiede dagegen:

Katholisch:	
Kirchgänger	10 % (SPD) und 7 % (CDU)
Nichtkirchgänger	19 % (SPD) und 17 % (CDU)

Evangelisch:	
Kirchgänger	10 % (SPD) und 7 % (CDU)
Nichtkirchgänger	7 % (SPD) und 3 % (CDU)

Lediglich bei den Katholiken, die nicht zur Kirche gehen, ist also der Unterschied zwischen Stadt und Land annähernd so groß wie im Gesamtwahlergebnis. Bei den übrigen Gruppen ist er wesentlich geringer – hier zeigt sich, daß konfessionelle und kirchliche Faktoren schon einen großen Teil des Stadt–Land–Unterschiedes erklären. Weil eben in kleineren Ortschaften die Bindung an die Kirchen enger ist und weil mehr Katholiken in kleineren Ortschaften wohnen, deshalb ist hier der Anteil der CDU stärker als in großen Städten.

Weshalb aber zeigt sich ein größerer CDU-Anteil auch bei den Nichtkirchgängern, die in kleineren Ortschaften wohnen? Besonders unter den Katholiken wählt hier noch immer jeder zweite CDU. Die katholischen Nichtkirchgänger in der Großstadt dagegen wählen fast zur Hälfte SPD und nur noch zu einem Drittel CDU. Sie unterscheiden sich bei der Wahl nur noch wenig von den Nichtkirchgängern unter den Evangelischen.

Diese Unterschiede, die nach Kontrolle des konfessionellen und

kirchlichen Faktors noch immer bleiben, könnten darin begründet sein, daß in kleineren Orten die Schichtgegensätze hinter der Bedeutung anderer Gegensätze zurücktreten. Wie der Vergleich von Gemeindestudien zeigt²², verwischen sich die sozialen Grenzen zwischen Arbeitern und anderen Berufen in kleinen Gemeinden sehr viel stärker. Die Lebensweise eines Arbeiters, der vielleicht eine landwirtschaftliche Tätigkeit im Nebenerwerb ausübt, ist der eines Bauern noch in vielem verwandt. Dies mag dazu führen, daß andere soziale Spannungen und Differenzen stärker in den Vordergrund treten. In kleinen Gemeinden, in denen nach dem Krieg mit den Flüchtlingen die erste konfessionelle Vermischung eintrat, sind es oft die konfessionellen Gegensätze, an denen sich die politischen Meinungsverschiedenheiten kristallisieren.

Dieser Erklärung kann aber hier nicht weiter nachgegangen werden, da das Material eine Aufgliederung nach verschiedenen Typen von Gemeinden (bei gleicher Größe) nicht erlaubt. Gerade weil an dieser Stelle der Charakter der einzelnen Gemeinde entscheidend für das Wahlverhalten ist, wären hier eingehendere Untersuchungen der Wählergruppen in verschiedenen Gemeinden nötig.

Die Unterschiede zwischen Stadt und Land haben sich insgesamt für unsere Untersuchung als sehr wichtig erwiesen. Einmal kommt in kleinen Orten die enge kirchliche Bindung der Bevölkerung insgesamt der CDU zugute. Die unmittelbare Wirkung der kirchlichen Gebundenheit auf das politische Verhalten zeigt sich in dem Vergleich von Kirchgängern und Nichtkirchgängern in den einzelnen Größenklassen. Zum anderen sind aber auch bei den Landbewohnern, die keine Bindung zur Kirche zeigen, die SPD-Stimmen seltener und die CDU-Stimmen häufiger. Es ist anzunehmen, daß hier eine Fülle von sozialen Faktoren zusammenwirken, die der CDU insgesamt zugute kommen: die andersartige Berufs- und Wirtschaftsstruktur, die Informationsmöglichkeiten, die Formen der Gemeindepolitik und nicht zuletzt auch die stärkere kirchliche Bindung der

²² Vgl. hierzu besonders die Studie einer größeren Ruhrgebietsgemeinde von Heinrich Croon und Kurt Utermann, Zeche und Gemeinde, Tübingen 1958, mit der einer ländlichen Gemeinde von Gerhard Wurzbacher (Hrg.), Das Dorf im Spannungsfeld der industriellen Entwicklung, Stuttgart ²1961.

KIRCHLICHER FAKTOR

gesamten Bevölkerung. Die Unterschiede, die auch nach Kontrolle des Faktors der kirchlichen Bindung zwischen kleinen und großen Gemeinden bestehen bleiben, lassen auf eine mittelbare Einwirkung verschiedener Faktoren schließen: ein andersgeartetes politisches «Milieu» auf dem Land als in der Stadt. Bei der Charakterisierung dieses «Milieus» darf das Merkmal der Kirchlichkeit nicht fehlen.

4. Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen

Unter die Erscheinungen, die wir in fast allen demokratischen Ländern wiederfinden²³, zählt die Tendenz der Wählerinnen zu den konservativen Parteien. Schon die ersten Wahluntersuchungen in Deutschland nach dem ersten Weltkrieg²⁴ weisen darauf hin.

Die erste umfassende und kritische Untersuchung dieser Erscheinung finden wir in der vergleichenden Untersuchung von Tingsten in seinen Berechnungen der Reichstagswahlen von 1924 bis 1930. Wir haben für diese Wahlen glücklicherweise in vielen Wahlkreisen eine getrennte Auszählung der Frauenstimmen und der Männerstimmen, so daß hier der seltene Fall möglich wird, das tatsächliche Wahlverhalten vergleichend zu untersuchen. Tingsten hat zur Darstellung einen Index gewählt – der heute allgemein üblich geworden ist –, bei dem er den prozentualen Anteil jeder Partei unter den Frauen ins Verhältnis setzt zu dem prozentualen Anteil unter den männlichen Wählern. Bei diesem Index steht also «100» für eine Partei, die auf männliche wie weibliche Wähler gleiche Anziehungskraft ausübt; jeder Wert unter 100 zeigt an, daß die jeweilige Partei verhältnismäßig öfter von Männern, über 100, daß sie öfter von Frauen gewählt wird.

Die bürgerlichen Parteien erfreuen sich also während des ganzen Zeitraumes einer größeren Anzahl von Frauenstimmen (Index 1930: 127), während die Arbeiterparteien sich mehr auf männ-

²³ Möglicherweise bilden die USA hier eine Ausnahme. Berelson et al. stellen in ihrer Wahlanalyse der Bevölkerung von Elmira keine Unterschiede im Wahlverhalten der Geschlechter fest. Sie nennen das politische Verhalten von Männern und Frauen als Modellfall einer Nullkorrelation. Siehe Bernhard Berelson, Hazel Gaudet und Paul Lazarsfeld, *The People's Choice*, New York 1948, S. 61.

²⁴ Siehe Johannes Schauff, *Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei*, Köln 1928, S. 64–68; Herbert Tingsten, *Political Behaviour, Studies in Election Statistics*, Stockholm Economic Studies 7, (London (P. S. King) 1937, S. 37–65.

Tabelle 2.4.1 – Das Verhältnis der Frauenstimmen zu Männerstimmen bei den größeren Parteien, Reichstagswahlen 1924 bis 1930¹

	Wahl vom:			
	4. Mai 1924	7. Dez. 1924	28. Mai 1928	14. Sept. 1930
NSDAP	—	85	71	88
Deutsch-Nationale Volkspartei	115	118	132	140
Christlich-Sozialer Volksdienst	—	—	—	203
Deutsche Volkspartei	112	115	111	124
Deutsche Demokratische Partei	96	97	100	100
Zentrum/Bayrische Volkspartei	155	148	154	159
Sozialdemokratische Partei				
Deutschlands	95	90	96	100
Kommunistische Partei				
Deutschlands	69	68	76	75
Sozialisten	83	83	88	89
Bürgerliche Parteien	112	116	113	127

¹ Quelle: H. Tingsten, a. a. O.

liche Wähler stützen (Index 1930: 89). Aber auch unter den bürgerlichen Parteien gibt es noch erhebliche Unterschiede: Zentrum und Christlich-Sozialer Volksdienst zeigen die höchsten Indexwerte, also nicht die extremen (Nationalsozialisten), sondern eher die gemäßigten, allerdings mit Ausnahme der liberalen und der betont christlichen Parteien. Die besonders hohe Indexziffer beim Christlich-Sozialen Volksdienst erklärt sich aus Unterschieden zwischen den Konfessionen. Wie sich später zeigen wird, verhalten sich Männer und Frauen bei katholischen Wählern weniger unterschiedlich als bei evangelischen: Der Anteil der Kirchgänger ist bei katholischen Männern höher und der Zusammenhang zwischen Kirchengang und Wahlverhalten stärker ausgeprägt als bei evangelischen. Daher überwiegen die Frauenstimmen bei dem vorwiegend evangelischen Christlich-Sozialen Volksdienst besonders stark. Eine eigene Bemerkung muß auch noch über den niedrigen Wert des Index für die NSDAP gemacht werden: In den Wahlen der dreißiger Jahre stieg ihr Anteil an Frauenstimmen schneller als ihr Anteil an Männerstimmen, so daß also mit zunehmen-

dem Erfolg dieser Partei sich ihr Indexwert erhöhte. Gleichzeitig sank aber hier die Zahl der Zentrumwähler, so daß der Verdacht naheliegt, daß der Zulauf der weiblichen Wähler zur NSDAP zunächst noch von ihrer Treue zu den betont kirchlichen Parteien aufgehalten wurde²⁵. Bei den Arbeiterparteien vermindert sich der Anteil der Frauenstimmen, je weiter links die Partei steht: Die Kommunisten haben von allen Parteien überhaupt das stärkste Übergewicht an männlichen Anhängern.

Weiter unten wird sich zeigen, daß in der Bundesrepublik diese konservative Tendenz der Frauenstimmen in erster Linie auf verheiratete Frauen und auf nicht berufstätige zurückgeht. Wenn dies auch auf die zwanziger Jahre übertragen werden kann, so würde sich daraus eine große Anzahl von Familien ergeben, in denen das Wahlverhalten der Eheleute verschieden ist. Es wäre nun unsinnig, anzunehmen, daß die Tochter oder die Ehefrau eines kommunistischen Arbeiters gerade die christlichen Parteien oder die extrem rechts stehenden Deutsch-Nationalen wählt. Wenn sie konservativer wählt, wird sie am ehesten bei den sozialdemokratischen Stimmen zu finden sein. Ein Teil der Frauen, deren Vater oder Ehemann sozialdemokratisch wählt, wiederum wird eine Partei der Mitte wählen. Diese Überlegung ergibt also, daß die Frauenstimmen insgesamt nach rechts «verschoben» sind. Diese Tendenz hat – wie die Tabelle zeigt – im Laufe der zwanziger Jahre zugenommen (Index der bürgerlichen Parteien: 1924 = 112; 1930 = 127).

In der Bundesrepublik zeigt sich ein ähnlicher Unterschied der weiblichen Präferenzen gegenüber denen der Männer. Hier ist die CDU die einzige Partei mit einem größeren Zuspruch von Frauen, während Sozialdemokraten und Freie Demokraten erheblich mehr Männer unter ihren Wählern haben. Da bei den Bundestagswahlen seit 1953 wieder in Sondererhebungen die Wahlzettel nach Geschlechtern getrennt ausgezählt werden, lassen sich nach dem Verfahren von Tingsten Indexzahlen errechnen²⁶.

²⁵ Dies wird auch aus Tingstens Daten aus Baden vom November 1932 bestätigt, die er allerdings in anderem Zusammenhang verwendet; a. a. O., S. 64.

²⁶ Die Umfrageergebnisse der NRW-Umfragen bestätigen das Verhältnis, das

Tabelle 2.4.2 – Das Verhältnis der Frauenstimmen zu Männerstimmen bei der Bundestagswahl (2. Stimme)

Bundestagswahl 1953 ¹	CDU/ CSU %	BHE %	DVP/ FDP %	SPD %	KPD %	Sonstige Ungültig %	
Prozent der Stimmen:							
Nur Männer	38	6	11	32	3	10	100
Nur Frauen	46	6	10	27	2	9	100
Indexwert	120	100	89	84	55		
Bundestagswahl 1961 ²	CDU/CSU %	FDP %	SPD %		Andere Parteien %		
Prozent der Stimmen:							
Nur Männer	40	14	40		6		100
Nur Frauen	50	12	33		5		100
Indexwert	123	90	83				
Bundestagswahl 1965 ³	CDU/CSU %	FDP %	SPD %		Andere Parteien %		
Prozent der Stimmen:							
Nur Männer	42	10	44		4		100
Nur Frauen	52	9	36		3		100
Indexwert	124	95	82				

¹ Die Zahlen für 1953 sind entnommen aus: Gabriele Bremme, Die politische Rolle der Frau in Deutschland, Göttingen 1956, S. 89. Da hier Promilleangaben gemacht werden, konnte der Indexwert (eigene Berechnung) genauer sein, als aus der Tabelle hervorgeht.

² Die Zahlen für 1961 sind entnommen aus: Statistisches Bundesamt, Fachserie A (Bevölkerung und Kultur), Reihe 8, Heft 4, Tabelle 35.

³ Die Zahlen für 1965 sind entnommen aus: Wirtschaft und Statistik, 1966, Heft 2, S. 92, Tabelle 7.

An die Stelle der Vielzahl von konservativen Parteien, die sich während der Weimarer Republik überproportional auf die Stimmen der Wählerinnen stützten, ist in der Bundesrepublik eine einzige Partei, die CDU, getreten. Obwohl die FDP – national gesinnt und wirtschaftspolitisch liberal – weiter rechts steht als die CDU, kann sie doch unter den weiblichen Wählern keinen so großen Anteil errin-

sich bei den amtlichen Wahlergebnissen zeigt, mit einer erstaunlichen Übereinstimmung der Indexwerte. Wir beschränken uns in der Darstellung daher darauf, die amtlichen Ergebnisse wiederzugeben.

gen wie unter den männlichen. Darin unterscheidet sie sich nicht grundsätzlich von den Demokraten in der Weimarer Republik (Indexwert: 96 bis 100), jedoch hat sich im Vergleich zu diesen bei der FDP das Überwiegen der männlichen Wähler verstärkt. Dies könnte durch die Verschiebung der konfessionellen Verhältnisse erklärt sein: Da evangelische Wählerinnen eher FDP wählen als katholische²⁷ und der Anteil der katholischen Wähler in der Bundesrepublik höher ist als im Reich, muß sich dieser konfessionelle Unterschied auch bei der Verteilung der Stimmen auf Männer und Frauen auswirken.

Da der Wähler in der Bundesrepublik nicht über ein solches Spektrum von Parteien verfügt, läßt sich keine vergleichbare Feststellung treffen wie für die Weimarer Republik: daß die Präferenz der Wählerinnen im ganzen nach rechts «verschoben» sei. Auch in der Bundesrepublik war die KPD und ist die SPD bei den Frauen unbeliebter. Doch auch die FDP und die DP²⁸, die wir in nationalen und wirtschaftspolitischen Fragen und gemäß der Struktur ihrer Wählerschaft als rechts von der CDU ansehen würden, erhalten verhältnismäßig wenige Frauenstimmen. Die Wählerinnen in der Bundesrepublik bevorzugen in der Mehrheit die große Partei der Mitte, die CDU, vor den Extremen auf der Rechten wie auf der Linken. Hätten bei der Bundestagswahl 1961 nur Frauen gewählt, müßte die CDU insgesamt 52 0/0²⁹ der Stimmen erhalten haben, hätten nur Männer gewählt jedoch nur 46 0/0.

Die Gründe, mit denen die Unterschiede im Wahlverhalten der Geschlechter erklärt werden, sind oft sehr allgemeiner Art. Es liegt nahe, nach Unterschieden der politischen Interessenlage der Frauen allgemein oder sogar nach «Begründungen aus dem Wesen der Frau» zu suchen, da ja der konservative Trend der weiblichen Stimmen in

²⁷ Siehe weiter unten in diesem Abschnitt.

²⁸ Wir konnten hier keine Zahlen für die DP bringen, da sie in der Region unserer Erhebungen einen zu kleinen Teil der Wählerschaft stellen. Aus den Untersuchungen von Gabriele Bremme geht aber hervor, daß sie einen geringeren Anteil unter den Wählerinnen hat als unter den Männern; a. a. O., S. 83–84.

²⁹ Tatsächliches Wahlergebnis: 47,6 0/0 der gültigen Zweitstimmen für die CDU. Siehe Statistisches Bundesamt, Die Wahl zum 4. Deutschen Bundestag am 17. September 1961, Fachserie A (Bevölkerung und Kultur), Reihe 8, Heft 4, S. 32.

den Wahlstudien aller Länder wiederkehrt. Wir wollen im folgenden mehrere solcher Erklärungsversuche prüfen.

So wäre etwa der hohe Anteil von Frauenstimmen für die CDU eine Bestätigung für die These von Siemsen³⁰, daß Frauen «der sozialen Atmosphäre mehr unterlegen» seien, daß sie sich konformistischer als die Männer jeweils nach der stärksten Partei ausrichten. Eine solche These hat jedoch keinen Erklärungswert, solange sie lediglich an dem zu erklärenden Tatbestand entwickelt wird – das heißt bei der Interpretation schon vorliegender Wahlergebnisse – und nicht unabhängig falsifiziert werden kann. Sie kann zudem nicht erklären, wieso ein so hoher Anteil von Frauenstimmen auch für kleine Parteien wie den Christlich-Sozialen Volksdienst bei der Wahl von 1930 abgegeben wurde. Sie kann überhaupt keinen Aufschluß darüber geben, wieso sozialistische und kommunistische Parteien bei Frauen durchweg unbeliebter sind – wenn auch sie (wie in der Weimarer Republik oder in Frankreich bis heute) zu den großen Parteien gehören.

Eine ähnlich allgemeine Erklärung gibt Beyer³¹. Nach ihm sind Frauen stärker beeinflusst durch die «metapolitischen» Gesichtspunkte und die weltanschaulichen Grundvorstellungen der Parteien als durch ihre Stellungnahme zu konkreten politischen Problemen. Diese Interpretation klingt plausibel, da die betont christlichen Parteien, die sich ja besonders der Gunst der Wählerinnen erfreuen, in besonderem Maß an weltanschauliche Grundvorstellungen appellieren. Aber warum sollten sie nicht auch sozialistische Parteien aus metapolitischen Gesichtspunkten heraus wählen? Warum entschieden sich so viel weniger Frauen als Männer für die Nationalsozialistische Partei?

Beide dieser Erklärungen sind nachträglich an den Statistiken von Wahlergebnissen entwickelt worden. Sie ziehen eine These heran, die selbst nicht bewiesen ist und überhaupt schwer überprüfbar sein wird. Eine Erklärung des unterschiedlichen Wahlverhaltens von Männern und Frauen kann nicht mit einer Aussage über das «Wesen

³⁰ Siehe Siemsen, Die Frauenwahlen, in: Sozialistische Monatshefte, Heft 2, 1928.

³¹ Siehe Hans Beyer, Die Frau in der politischen Entscheidung, Stuttgart 1933.

der Frau» gegeben werden, wenn das Wahlverhalten in verschiedenen Ländern und verschiedenen sozialen Gruppen ganz unterschiedliche Gesetzmäßigkeiten aufweist.

Siemsen³² macht noch einen weiteren Versuch der Erklärung, wenn er vermutet, daß Frauen nur deshalb konservativer wählen, weil sie in späterem Alter erst an politischen Fragen interessiert werden, also erst zur Wahlurne kommen, wenn auch Männer schon konservativer wählen als in jungen Jahren. Dies wird jedoch durch die Auszählungen zur Wahlbeteiligung widerlegt. Sowohl im Reich (Reichstagswahlen 1924) als auch in der Bundesrepublik (Bundestagswahlen 1953) weist die Wahlbeteiligung der Jüngeren fast keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern auf. Bei den Frauen sinkt sie jedoch schon bei den 60jährigen stark ab, bei den Männern jedoch erst bei den über 70jährigen. Die Unterschiede in der Wahlbeteiligung zwischen Männern und Frauen (sie betragen im Durchschnitt nur 3 %, bei den über 70jährigen jedoch über 15 %) gehen also im wesentlichen auf dieses scherenförmige Absinken der Wahlbeteiligung im Alter zurück. Hierdurch dürfte auch die Auswirkung der höheren Lebenserwartung der Frauen ausgeglichen sein, die sowohl Duverger³³ als auch Benney et al.³⁴ zur Erklärung der konservativen Tendenz der Wählerinnen heranziehen. Sie argumentieren, daß bei dem höheren Durchschnittsalter der Frauen ein größerer Anteil von Älteren unter diesen sei, damit auch mehr konservative Wähler. Dies kommt deutlich zum Ausdruck bei einem Vergleich von Wahlberechtigten mit denen, die tatsächlich zur Wahl gehen nach der Altersgliederung³⁵: Der Anteil von Frauen unter den Wahlberechtigten ist in der höchsten Altersgruppe (70 Jahre und älter) am größten (58,4 %), der Frauenanteil unter den Wählern jedoch in der mittleren Altersgruppe (40- bis 50jährige) 57,2 %.

³² Siemsen, a. a. O.

³³ Maurice Duverger, *La Participation des Femmes à la Vie Politique*, Paris 1955, S. 55 und 67.

³⁴ Benney et al., a. a. O., S. 106–110.

³⁵ Alle Angaben aus: Statistisches Bundesamt, Wahl zum 4. Deutschen Bundestag am 17. September 1961, Fachserie A (Bevölkerung und Kultur), Reihe 8, Heft 4, Wiesbaden 1964, Tabelle 10, S. 16.

KIRCHLICHER FAKTOR

Ebensowenig wie der Unterschied im Wahlverhalten auf den Altersaufbau bei den Geschlechtern zurückzuführen ist, kann irgendein Unterschied in der Korrelation zwischen Alter und Parteipräferenz zwischen den Geschlechtern nachgewiesen werden.

Bremme³⁶ weist darauf hin, daß der «überdurchschnittliche Wähleranteil der CDU in der ältesten Gruppe der über 60jährigen bei den Frauen stärker ausgeprägt» sei. Aber eine Berechnung der Indexwerte zeigt, daß die Zahlen, die Bremme zum Beleg benutzt, eine solche Interpretation nicht zulassen.

Tabelle 2.4.3 – Index des Verhältnisses von Frauenstimmen zu Männerstimmen bei der Bundestagswahl 1953 nach Altersgruppen

	Im Alter von:			
	bis 30	30 bis 60	60 und älter	Insgesamt
CDU	116	121	120	120
BHE	102	98	97	100
FDP/DVP	94	88	84	89
SPD	84	85	81	84
KPD	64	56	52	55

Zwar steigt der Anteil der CDU-Wählerinnen in der höchsten Altersgruppe, aber dieses Steigen vollzieht sich genau parallel zu dem der Männer, so daß sich die Indexziffer der CDU mit dem Alter nicht kontinuierlich verändert. Die konservative Tendenz der Wählerinnen zeigt sich also unabhängig davon, welche Altersgruppe wir vergleichen.

Von allen Vermutungen und Ad-hoc-Erklärungen des Geschlechtsunterschiedes beim Wahlverhalten läßt sich am ehesten noch diejenige belegen, die das Wahlverhalten der Frauen mit ihrer sozialen Stellung zu erklären versucht: daß sie mehr an die Familie gebunden seien, ihr sozialer Kontakt auf wenige Menschen beschränkt und weniger anonym sei, daß sie daher nur selten Gelegenheit haben,

³⁶ G. Bremme, a. a. O., S. 88–89. Eigene Berechnung der Indexwerte. Ähnliche Relationen zeigen auch die Auszählungen der Wahlergebnisse von 1961. Da in diesem Zusammenhang aber in erster Linie das Argument von Bremme wichtig ist, sind hier die Berechnungen an ihren Daten wiedergegeben.

sich mit politischen Fragen zu beschäftigen und sie zu diskutieren. Sehr plastisch haben dieser These Benney et al. Ausdruck gegeben: «Männer müssen für ihren Lebensunterhalt arbeiten und kommen an der Arbeitsstelle mit anderen Leuten in Kontakt, aber die meisten verheirateten Frauen bleiben zu Hause. Die informelle Geselligkeit der Gastwirtschaften ist Frauen sehr viel weniger zugänglich. Kurz, viele Aspekte der großen Welt erreichen Frauen oft nur indirekt, durch die Vermittlung der männlichen Mitglieder ihrer Familie.»³⁷

Da Frauen auf einen engeren sozialen Umkreis beschränkt bleiben, ist nach dieser These zunächst einmal ihr Interesse an der Politik und ihre politische Informiertheit geringer. Darüber hinaus leitet sich hieraus aber auch ihre konservativere Parteipräferenz ab: Benney et al. begründen dies damit, daß Frauen, da sie weniger vielfältigen sozialen Einflüssen ausgesetzt seien, ihre Meinungen weniger ändern, daß sie weiterhin mehr unter dem konservativen Einfluß der älteren Generation stehen als Männer.

Diese These läßt sich durch einen Vergleich von Hausfrauen – für die sie ja nur gelten kann – mit berufstätigen Frauen prüfen. Zwar können wir nicht erwarten, daß das politische Verhalten der berufstätigen Frauen völlig dem der Männer entspricht, da Frauen oft nur vorübergehend eine Berufstätigkeit aufnehmen und oft auch hier noch eine stärkere Ausrichtung auf familiengebundene Kontakte beibehalten. Aber sie müßten entsprechend dieser These sich eher so verhalten wie die Männer als wie die Hausfrauen.

Ein solcher Vergleich ergibt jedoch auf Anhieb kein Ergebnis: Bremme³⁸ findet bei ihrer Auswertung der Bundesstudie von 1953 bei Frauen «ohne Beruf» im ganzen eine geringere Wahlbeteiligung, auch wenn die Befragten nach dem Beruf des Haushaltungsvorstandes unterteilt werden. Bei einer Aufteilung der Berufstätigen nach Berufsgruppen ergeben sich jedoch größere Schwankungen: Die (sehr kleine) Gruppe von Beamtinnen und die Frauen in selbständiger Stellung oder freien Berufen beteiligen sich sogar öfter an der Wahl

³⁷ M. Benney, A. P. Gray, R. H. Pear, *How People Vote*, London and New York (Routledge and Kegan Paul) 1956, S. 106–110 (eigene Übersetzung); siehe hierzu weiter: M. Duverger, a. a. O., S. 125–134.

³⁸ Siehe G. Bremme, a. a. O., S. 50–58.

als die Männer im gleichen Beruf; Angestellte, Arbeiterinnen und landwirtschaftlich tätige Frauen aber wählen weniger oft als die Männer dieser Berufsgruppen und auch seltener als die Frauen «ohne Beruf». In der Nordrhein-Westfalen-Umfrage ist es zwar nicht möglich, die Wahlbeteiligung zuverlässig zu ermitteln, aber einen guten Maßstab gibt hier die Frage: «Sind Sie schon ganz sicher, ob Sie bei der bevorstehenden Landtagswahl zur Wahl gehen werden?» Darauf antworteten 84 % der Hausfrauen, aber nur 77 % der berufstätigen Frauen bejahend. Auch bei einer Frage nach dem Landtagsabgeordneten des jeweiligen Wahlkreises zeigen sich die Hausfrauen besser informiert: 10 % der Hausfrauen kennen Partei und Namen ihres Landtagsabgeordneten, aber nur 8 % der Berufstätigen. Gleichmaßen bei beiden geben 39 % an, in der vergangenen Woche ein Gespräch über Politik geführt zu haben. Im ganzen ist also die Anteilnahme bei Hausfrauen geringer als bei Männern, bei berufstätigen Frauen aber noch geringer als bei Hausfrauen.

Dieses Bild wird aber anders, wenn wir nur die verheirateten (und damit im Durchschnitt auch älteren) Frauen vergleichen. Unter den berufstätigen Frauen befinden sich besonders viele junge, unverheiratete Wählerinnen, die zum Teil noch im Haushalt ihrer Eltern leben. Schon aus diesem Grund unterscheidet sich ihre Umwelt erheblich von der der – meist verheirateten – Hausfrauen. Diese Gruppe der jungen, ledigen Wählerinnen zeigt ein besonders geringes politisches Interesse und auch eine niedrige Beteiligung an den Wahlen. Wenn sie aus dem Vergleich ausgeschlossen und nur die verheirateten Hausfrauen und Berufstätigen verglichen werden, kehrt sich das Verhältnis um: Verheiratete Hausfrauen gehen weniger zur Wahl und unterhalten sich seltener über Politik. Damit bestätigt sich hier die Vorhersage von Benney et al., sobald wir ihre Anwendung auf die verheirateten Frauen beschränken.

Der andere Teil der Vorhersage bestätigt sich noch deutlicher: Verheiratete Hausfrauen beider Konfessionen wählen tatsächlich öfter CDU, berufstätige Wählerinnen häufiger SPD. Dabei wurde auch überprüft, ob sich zwischen diesen beiden Gruppen Gewichtsverschiebungen in der Berufsstruktur ergeben. Die Unterschiede sind jedoch nicht erheblich: 17 % der verheirateten Frauen in Arbeiterhaushal-

ten, 20 % der Selbständigen und 21 % der Angestellten sind berufstätig. Damit ist auch der Anteil von mithelfenden Familienangehörigen nicht übermäßig groß, die hier als Berufstätige aufgeführt sind. Da diese in der Regel Ehefrauen von Selbständigen sind und sich hierunter kein übermäßiger Anteil von Berufstätigen zeigt, ist keine Gefahr, daß sie in der Gruppe der Berufstätigen ein übergroßes Gewicht erhalten.

Tabelle 2.4.4 – Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1961. Verheiratete Frauen nach Konfession und Berufstätigkeit im Vergleich zu berufstätigen Männern

	SPD	CDU	FDP	Andere Parteien	Keine Angaben	n
	%	%	%	%	%	
NRW-Umfrage 1962						
Katholisch:						
Hausfrauen	23	62	4	1	10	(318)
Berufstätige Frauen	26	50	8	—	16	(66)
Berufstätige Männer	28	52	7	1	12	(393)
Evangelisch:						
Hausfrauen	40	39	9	3	9	(254)
Berufstätige Frauen	44	28	10	2	16	(62)
Berufstätige Männer	48	28	10	1	13	(361)

Die Stimmen der SPD steigen in dieser Aufstellung kontinuierlich an, der Anteil der CDU dagegen ist bei berufstätigen Frauen jeweils am geringsten. Dies liegt teilweise daran, daß hier mehr Stimmen auf die kleinen Parteien entfallen und der Anteil der Befragten ohne Angaben besonders groß ist. Soweit berufstätige Frauen jedoch wählen, ist ihre Parteipräferenz denen der Männer sehr angenähert. Hier entspricht also die Korrelation der These von Benney et al.

Nachdem wir eine Reihe von – mehr oder weniger plausiblen – Erklärungsversuchen geprüft haben, bleibt also lediglich der Hinweis auf die soziale Rolle der Frau, die an das Haus gebunden ist, als belegbar übrig. Jedoch ist damit noch nicht erwiesen, ob diese Erklärung die einzige oder auch nur eine richtige ist. Andere, interferierende Faktoren können die Unterschiede hervorrufen, die sich hier in der Korrelation mit der Berufstätigkeit widerspiegeln. Wir kom-

KIRCHLICHER FAKTOR

men also wieder auf unsere zentrale Frage: Wie weit können Konfession und kirchliche Bindung auch die Unterschiede im Wahlverhalten von Männern und Frauen erklären? Unter allen Berufstätigen sinkt die Regelmäßigkeit des Kirchenbesuchs – hiervon bilden auch verheiratete Frauen keine Ausnahme. Können also auch die Unter-

Tabelle 2.4.5 – Kirchgänger unter verheirateten Frauen nach Konfession und Berufstätigkeit

	Kirchgang 1mal in der Woche		1mal im Monat	
	%	n	%	n
NRW-Umfrage 1962				
Katholisch:				
Hausfrauen	71	(318)		
Berufstätige	55	(66)		
Evangelisch:				
Hausfrauen			32	(254)
Berufstätige			25	(61)

Tabelle 2.4.6 – Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1961. Verheiratete Frauen nach Konfession, Kirchenbesuch und Berufstätigkeit

	SPD	CDU	FDP	Andere Parteien	Keine Angaben	n
	%	%	%	%	%	
NRW-Umfrage 1962						
<i>Katholisch:</i>						
Kirchgang 1mal in der Woche:						
Hausfrauen	16	71	3	–	10	(226)
Berufstätige Frauen	11	64	11	–	14	(36)
Kirchgang seltener oder nie:						
Hausfrauen	39	41	8	2	10	(92)
Berufstätige Frauen	44	33	3	–	20	(30)
<i>Evangelisch:</i>						
Kirchgang 1mal im Monat:						
Hausfrauen	29	50	9	1	11	(82)
Berufstätige Frauen	40	40	–	–	20	(15)
Kirchgang selten oder nie:						
Hausfrauen	45	34	9	2	10	(172)
Berufstätige Frauen	46	24	13	2	15	(46)

schiede zwischen Berufstätigen und Hausfrauen auf den Faktor der kirchlichen Bindung zurückgeführt werden?

Wie oben zeigt sich auch hier, daß berufstätige Frauen seltener CDU wählen – auch wenn der Vergleich sich auf Kirchengängerinnen beschränkt. Weitaus stärker aber sind die Unterschiede zwischen Kirchengängerinnen und Nichtkirchengängerinnen innerhalb der Berufsgruppen. Hier beträgt der Unterschied in der CDU-Wahl zwischen katholischen Frauen, die regelmäßig und denen die selten die Kirche besuchen 30 % oder mehr. Innerhalb der Gruppen gleicher Kirchenfrequenz jedoch ist der Unterschied zwischen Hausfrauen und Berufstätigen höchstens 10 %. Wieder zeigt sich hier, daß bei den Katholiken die Korrelation mit der kirchlichen Bindung stärker ist, bei den Evangelischen treten dagegen die beruflichen Faktoren ebenso deutlich in Erscheinung wie die kirchlichen: nach beiden Kriterien variiert das Wahlergebnis um 10 % bis 20 %.

Damit zeigt sich also noch immer eine Berechtigung für die von Benney et al. gegebene Erklärung, daß Frauen, die ausschließlich an das Haus und ihre Familie gebunden sind, konservativer wählen als Berufstätige. Aber für das Wahlergebnis ist sie letztlich weniger maßgebend als die Korrelation, die sich mit Konfession und Kirchenbesuch ergibt. Für England mag Benneys Erklärung ausreichen, da dort konfessionelle und kirchliche Bindungen keinen gleich starken Einfluß auf die Parteiwahl ausüben wie in Deutschland. Hier aber sind die konfessionell-kirchlichen Unterschiede stärker. Sie können den größten Teil des Unterschiedes zwischen dem Wahlverhalten von Männern und Frauen erklären.

Schon Tingsten läßt als einzige Erklärung die des stärkeren Einflusses der Kirchen auf die Wahlentscheidungen der Frauen als empirisch belegbar gelten. Er vergleicht die Wahlergebnisse aus einigen ländlichen, meist katholischen Orten – in Baden³⁹, in denen im November 1932 der weitaus größte Teil der Frauen (mehr als doppelt so viele wie bei den Männern) das Zentrum unterstützten, die Männer dagegen überwiegend die sozialistischen Parteien und die NSDAP (mehr als doppelt so viele wie bei den Frauen). Aber leider war

³⁹ Siehe H. Tingsten, a. a. O., S. 64.

KIRCHLICHER FAKTOR

Tingsten auf Zahlen aus nur wenigen Gebieten beschränkt, die sehr besondere Bedingungen aufweisen, zudem kann er immer nur ökologische Korrelationen zwischen den statistischen Merkmalen ganzer Wahlgebiete herstellen, die keinen Schluß auf die Einflußfaktoren der einzelnen Wahlentscheidungen zulassen. Jedoch bestätigen nun auch Umfragen seine Erklärung, indem sie zeigen, daß es nicht die weiblichen Wähler im allgemeinen sind, die den konservativen Parteien den Vorzug geben, sondern in besonderem Maße alle Wähler überhaupt, die eine enge kirchliche Bindung aufweisen. Hierbei entsteht ein Unterschied im politischen Verhalten von Männern und Frauen schon dadurch, daß unter den Frauen ein größerer Teil treue Kirchengänger sind.

Tabelle 2.4.7 – Kirchenbesuch nach Konfession und Geschlecht

NRW-Umfrage 1962

	imal in der Woche %	Selten/Nie %	n
Katholische Männer	62	38	(406)
Katholische Frauen	72	28	(566)
	imal im Monat %	Selten/Nie %	n
Evangelische Männer	27	63	(372)
Evangelische Frauen	33	67	(460)

Frauen gehen häufiger zur Kirche: unter katholischen Frauen sind 10%, unter den evangelischen 6% mehr Kirchgänger als unter den Männern. Dies reicht etwa an die Größe des Unterschieds heran, die der Vergleich des Wahlverhaltens der Geschlechter ergibt (10% mehr CDU-Wählerinnen als -Wähler). Wenn wir beide Korrelationen nun kombinieren, zeigt sich, wie weit tatsächlich das unterschiedliche Wahlverhalten durch eine im Kirchenbesuch sichtbar werdende kirchliche Bindung erklärt ist.

Bei den regelmäßigen Kirchenbesuchern beider Konfessionen ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern fast aufgehoben. Bei den

Tabelle 2.4.8 – Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen 1961. Kirchgänger nach Konfession und Geschlecht^a

	SPD	CDU	FDP	Andere Parteien	Keine Angaben	
	%	%	%	%	%	n
NRW-Umfrage 1962						
Katholische Männer	14	65	7	2	12	(241)
Katholische Frauen	14	66	4	1	15	(406)
Evangelische Männer	29	44	13	—	14	(99)
Evangelische Frauen	29	42	8	5	16	(154)

katholischen Wählern liegen die Indexwerte⁴⁰ jetzt nahe bei 100: für die SPD beträgt er 99, für die CDU 103.

Bei den Evangelischen ist vollkommene Übereinstimmung gegeben: Beide Indexwerte liegen bei 100. Die FDP zeigt in beiden Konfessionen einen stärkeren Zustrom von seiten der Männer. Unter den Kirchgängern also läßt sich kein Unterschied in der Präferenz für die beiden großen Parteien feststellen. Damit kann diese Korrelation eine volle Erklärung für das Überwiegen von Männern bei der SPD und Frauen bei der CDU liefern, soweit es sich lediglich um Kirchgänger handelt. Hier wirkt sich in der Gesamtanhängerschaft der Parteien die größere Zahl von Kirchenbesucherinnen aus: Unter 5 Kirchgängern befinden sich etwa 3 Frauen, also ist die Gesamtzahl der CDU-Stimmen von seiten der Kirchgänger zu 60% den Wählerinnen zu verdanken.

Der konservative Wahlrend der Frauen kommt also dadurch zustande, daß mehr Frauen regelmäßige Kirchenbesucher sind als Männer. Da Kirchenbesucher häufiger CDU wählen, wird somit der Anhang dieser Partei ein Übergewicht an Frauen aufweisen. Aber noch ein weiterer Faktor kommt hinzu. Unter den Befragten, die angeben, nur unregelmäßig oder nie zur Kirche zu gehen, sinkt der

⁴⁰ Bei der Berechnung der Indexwerte wurden die Prozentzahlen auf der Basis aller derjenigen berechnet, die eine Parteipräferenz angeben, das heißt ohne die Befragten, die nicht gewählt haben oder keine Angaben machten. Nur so läßt sich das Befragungsergebnis in seinen Größenordnungen mit tatsächlichen Wahlergebnissen vergleichen.

Tabelle 2.4.9 – Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen 1961. Nichtkirchgänger¹ nach Konfession und Geschlecht

	SPD	CDU	FDP	Andere Parteien	Keine Angaben	n
	%	%	%	%	%	
NRW-Umfrage 1962						
Katholische Männer	49	33	6	1	11	(152)
Katholische Frauen	35	39	7	2	17	(159)
Evangelische Männer	54	23	8	2	13	(273)
Evangelische Frauen	41	33	10	2	14	(306)

¹ Das heißt bei Katholiken: seltener als einmal in der Woche, bei Evangelischen: seltener als einmal im Monat.

Anhang der CDU insgesamt sehr stark, aber er sinkt stärker bei den Männern als bei den Frauen.

Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen zeigen bei den Katholiken wieder ähnliche Größen wie im Gesamtwahlergebnis, bei Evangelischen ist der CDU-Vorsprung unter den Frauen sogar noch ausgeprägter. Die Indexwerte für die CDU lauten nun 118 (Katholiken) und 143 (Evangelische), für die SPD 71 (Katholiken) bzw. 76 (Evangelische). Die FDP weist unter den seltenen Kirchgängern dagegen einen geringfügig höheren Frauenzuspruch auf. Daß die Werte für die Katholiken recht nahe an diejenigen der Gesamtheit der Befragten reichen (hier ist der Indexwert der CDU in der NRW-Umfrage 1962 122, der der SPD 79), ist allerdings nur ein Zufall; denn bei diesen addieren sich ja zwei zu unterscheidende Effekte: die höhere Zahl von Kirchenbesucherinnen auf der einen und die unterschiedliche Parteipräferenz der weniger kirchlich Gebundenen auf der anderen Seite.

Zwei Gründe für den Unterschied im Wahlverhalten zwischen Frauen und Männern lassen sich also nachweisen: die größere Zahl von treuen Kirchgängern und der stärkere Konservatismus unter den Nichtkirchgängerinnen. Soweit der Unterschied im Wahlverhalten zwischen den Geschlechtern auf den ersten Effekt zurückgeht, läßt er sich damit auf den Faktor «kirchliche Bindung» zurückführen. Auch der zweite Effekt könnte dadurch zustande kommen, daß sich

auch die Frauen, die selten zur Kirche gehen, an der Kirche als Bezugsgruppe für parteipolitische Entscheidungen stärker ausrichten als die Männer, die ebenso selten zur Kirche gehen. Ob dies der Fall ist, ließe sich jedoch erst nach einer besonderen Untersuchung über die politischen Bezugsgruppen dieser Wähler bestimmen.

5. Die Unterschiede nach Altersgruppen und Familienstand

Sowohl das kirchliche als auch das politische Verhalten sind vom Alter der Befragten abhängig: Die Wähler unter 30 Jahren sind die einzige Altersgruppe, in der es mehr SPD-Wähler gibt. Der Anstieg der CDU-Stimmen ist zwar mit dem steigenden Alter nicht immer kontinuierlich, aber es sind die Über-60jährigen, bei denen die CDU in besonders starkem Maße überwiegt. Diese Korrelation zwischen Parteiwahl und Alter erweist sich als unabhängig von allen Faktoren wie Beruf, Konfession oder Ortsgröße, sie zeigt sich bei berufstätigen Frauen, Hausfrauen und bei Männern.

Ebenso finden wir Unterschiede im Kirchenbesuch bei allen Gruppen: Ab dem 25. Lebensjahr steigt der Anteil der Kirchgänger mit dem Alter ständig. In der jüngsten Gruppe, unter 25 Jahren, jedoch ist der Anteil der Kirchenbesucher entgegen dem Trend etwas höher als bei der nächst älteren Gruppe. Die Zunahme der Kirchgänger und der CDU-Wähler vollzieht sich also in den Altersgruppen nicht parallel. Daher muß dem Unterschied beider Verhalten in den Altersgruppen genauer und getrennt nachgegangen werden. Zunächst soll hier geklärt werden, welche Gründe das Ansteigen des Kirchenbesuchs in der jüngsten Altersgruppe haben könnte.

Tabelle 2.5.1 – Kirchgänger nach Konfession und Alter

	Katholisch		Evangelisch	
	%	n	%	n
NRW-Umfrage 1962				
21 bis unter 25 Jahre	66	(73)	32	(57)
25 bis unter 30 Jahre	58	(93)	22	(87)
30 bis unter 45 Jahre	64	(294)	29	(260)
45 bis unter 60 Jahre	71	(323)	33	(263)
60 Jahre und älter	72	(170)	34	(148)

Bei beiden Konfessionen ist die Gruppe mit dem geringsten Kirchenbesuch die der 25- bis 30jährigen. Ab diesem Alter steigt der Kirchenbesuch kontinuierlich an. Nur die Jüngsten weisen ebenso einen hohen Anteil von Kirchenbesuchern auf, der nur um wenig hinter dem der Älteren (über 45 Jahre) zurückbleibt. Zur Erklärung für das Abweichen von dem allgemeinen altersmäßigen Trend sind zwei grundsätzliche Wege möglich: die Erscheinung als kennzeichnend für die besondere Situation dieses Lebensalters oder aber als Generationserscheinung zu interpretieren. Es ist unmöglich, aus bloßen Korrelationen von Altersgruppen abzulesen, ob die beobachteten Trends mit einer neuen Generation oder ob sie in einem bestimmten Lebensalter auftreten, also von jeder Generation gleichermaßen wieder durchlaufen werden.

Nur ein Vergleich mit zeitlich auseinanderliegenden Erhebungen bei derselben Bevölkerung könnte darüber Auskunft geben. Eine solche Erhebung aus Nordrhein-Westfalen vor etwa 15 Jahren liegt aber nicht vor. Es lassen sich wieder nur Annäherungen erreichen. Die Bundesstudie von 1953 enthält die besten Daten, um einen solchen Vergleich durchzuführen. Hier stellt Reigrotzki⁴¹ fest, daß die 30- bis 44jährigen am seltensten zur Kirche gehen (dies ist am ausgeprägtesten bei katholischen Männern, eine Ausnahme bilden evangelische Männer). Reigrotzki erklärt das besondere Verhalten dieser Altersgruppe dadurch, daß viele dieser Männer am Krieg als Soldaten teilgenommen haben. Mit einer Korrelation, getrennt nach Kriegsteilnehmern und Nichtteilnehmern, zeigt er, daß die Kriegsteilnehmer dieser Altersgruppen besonders häufige Kirchgänger sind. Allerdings muß er feststellen, daß unter den evangelischen Kriegsteilnehmern auch die Nichtkirchgänger zugenommen haben, also nur die Mittelgruppe der lauen Kirchgänger besonders schwach vertreten ist. Seine Beobachtung verliert weiter an Erklärungswert, da sie nicht den – wenn auch schwächer ausgeprägten – Alterstrend der Frauen erklären kann.

Die Ergebnisse aus der Nordrhein-Westfalen-Umfrage sprechen nun weiter gegen seine Erklärung. Neun Jahre später erweist sich

⁴¹ E. Reigrotzki, a. a. O., S. 33–39.

in Nordrhein-Westfalen, daß wiederum die Gruppe der bis zu 25jährigen besonders oft zur Kirche geht. Dies bestärkt die Vermutung, daß die beobachtete Gesetzmäßigkeit in jeder Generation von neuem unter den Jüngsten auftritt.

Tabelle 2.5.2 – Kirchenbesuch nach Konfession, Geschlecht und Alter. Vergleich der Ergebnisse der Bundesstudie von 1953 und der NRW-Umfrage 1962¹

	Katholisch				Evangelisch			
	Reigrotzki 1953		NRW 1962		Reigrotzki 1953		NRW 1962	
	Männer %	Frauen %	Männer %	Frauen %	Männer %	Frauen %	Männer %	Frauen %
18 bis unter 25 J.	55	63			9	15		
21 bis unter 25 J.			66	58			25	29
25 bis unter 30 J.	43	63	46	70	11	14	20	23
30 bis unter 45 J.	41	62	59	67	15	13	26	30
45 bis unter 60 J.	56	65	64	75	17	25	28	38
60 J. und älter	66	71	68	76	30	28	31	39

¹ Den Unterschieden in der Höhe des Kirchenbesuchs sollte wegen der verschiedenen Frageformulierung keine Bedeutung beigemessen werden. Bei Reigrotzki sollten die Befragten angeben, ob sie «regelmäßig», «unregelmäßig», «selten» oder «nie» zur Kirche gehen. Bei uns wurde gefragt: «Wie oft gehen Sie im allgemeinen zur Kirche?» und eine genaue Häufigkeitsangabe festgehalten. Reigrotzki zeigt selbst, daß auch bei unterschiedlicher Frageformulierung die Angaben zum Kirchenbesuch gleiche Regelmäßigkeiten aufweisen (siehe S. 20–21). Wir nehmen also an, daß zumindest die Trends in beiden Untersuchungen vergleichbar sind.

Reigrotzkis Erklärung bezieht sich auf die Erlebnisse der Generation der Kriegsteilnehmer. Nach ihm dürfte sich der erhöhte Kirchenbesuch heute in der Gruppe der Jüngsten nicht mehr finden. Die Tabelle 2.5.2 zeigt jedoch, daß nach neun Jahren immer noch die Unter-25jährigen öfter zur Kirche gehen als diejenigen zwischen 25 und 30 Jahren. (Eine Ausnahme bilden in beiden Umfragen die katholischen Frauen.) Erst ab 30 Jahren beginnt der Kirchenbesuch mit zunehmendem Alter zu steigen.

Die Daten aus Nordrhein-Westfalen belegen dagegen eine andere Erklärung, die Reigrotzki nicht geprüft hat. Schon bei den Unterschieden im Wahlverhalten zwischen Männern und Frauen ließ sich zeigen, daß die Korrelation mit dem Alter teilweise darauf zurückgeht, daß in den jüngsten Gruppen besonders viele Unverheiratete

sind. Auch bei der Korrelation des Kirchenbesuchs mit dem Alter allein erweist sich nun diés als entscheidender unterliegender Faktor: *Ledige Frauen ebenso wie Männer gehen in allen Altersgruppen häufiger zur Kirche als Verheiratete.* Da nur bei den Unter-30jährigen der Anteil der Ledigen zahlenmäßig ins Gewicht fällt, genügt es, allein für diese Altersgruppe eine getrennte Korrelation durchzuführen.

Tabelle 2.5.3 – Kirchgänger unter Ledigen und Verheirateten bei den Unter-30jährigen nach Konfession und Geschlecht

	Katholisch				Evangelisch			
	Männer		Frauen		Männer		Frauen	
	%	n	%	n	%	n	%	n
NRW-Umfrage 1962								
Ledig	60	(35)	93	(28)	31	(26)	50	(18)
Verheiratet	48	(40)	56	(62)	16	(37)	22	(58)

Hier ergibt sich nun ein eindeutiger Trend: Die Verheirateten unter den Jüngeren gehen sehr viel seltener zur Kirche. Die Korrelation von Alter und Kirchenbesuch bei Verheirateten allein ergibt ein kontinuierliches Steigen des Kirchenbesuchs mit dem Alter. Gleichzeitig erklärt diese Entdeckung auch, wieso bei den Frauen in Tabelle 2.5.2 der altersmäßige Trend nicht so deutlich ausgeprägt ist wie bei den Männern: Hier wirkt sich die frühere Heirat der Frauen aus. Wie aus den absoluten Zahlen (in Klammern) in Tabelle 2.5.3 ersichtlich ist, ist der Anteil der Verheirateten unter den Frauen unter 30 Jahren höher als bei Männern. Selbst unter 25 Jahren ist ein großer Teil der Frauen schon verheiratet, der Kirchenbesuch also – entsprechend der These – auch hier schon nicht mehr besonders hoch.

Die Aussage über den Zusammenhang von Kirchenbesuch und Alter läßt sich also jetzt präziser fassen: Der Kirchenbesuch ist verhältnismäßig hoch bei den jungen, ledigen Wählern (die zum großen Teil wohl noch im Haushalt der Eltern leben); er sinkt stark ab unter den jungen Verheirateten, um mit zunehmendem Alter wieder zu steigen.

KIRCHLICHER FAKTOR

Der Vergleich dieser Korrelation mit der zwischen Alter und Wahlverhalten zeigt sowohl Übereinstimmungen als auch Divergenzen. Insgesamt ist die Zahl der CDU-Wähler unter den Älteren größer, die der SPD-Wähler unter den Jüngeren. Die Ergebnisse der amtlichen Stichprobe bei der Stimmauszählung zeigen für das gesamte Bundesgebiet, daß die CDU ihre geringste Anziehungskraft unter den Wählern zwischen 30 und 60 Jahren hat. Genau parallel zu den Angaben zum Kirchenbesuch in den beiden angeführten Umfragen, ist hier der Anteil der CDU-Wähler unter 30 Jahren etwas, über 60 Jahren wesentlich höher⁴². In der NRW-Umfrage jedoch zeigt sich eine solche Gesetzmäßigkeit nur unter den Frauen beider Konfessionen. Auch zeigt die weitere Differenzierung in Altersgruppen, daß

Tabelle 2.5.4 – SPD-Wähler nach Alter, Konfession und Geschlecht

	Katholisch		Evangelisch	
	Männer %	Frauen %	Männer %	Frauen %
NRW-Umfrage 1962				
21 bis unter 25 Jahre	24	16	70	50
25 bis unter 30 Jahre	41	28	65	40
30 bis unter 45 Jahre	36	25	48	39
45 bis unter 60 Jahre	21	18	45	37
60 Jahre und älter	31	16	41	30

CDU-Wähler nach Alter, Konfession und Geschlecht

	Katholisch		Evangelisch	
	Männer %	Frauen %	Männer %	Frauen %
NRW-Umfrage 1962				
21 bis unter 25 Jahre	43	65	6	33
25 bis unter 30 Jahre	46	59	15	28
30 bis unter 45 Jahre	49	58	35	39
45 bis unter 60 Jahre	56	60	32	33
60 Jahre und älter	54	61	30	44

⁴² Siehe Statistisches Bundesamt, Wahl zum 4. Deutschen Bundestag am 17. September 1961, Fachserie A (Bevölkerung und Kultur), Reihe 8, Heft 4, Wiesbaden 1964, S. 42.

das Ansteigen der CDU-Stimmen und Abnehmen der SPD-Stimmen keineswegs kontinuierlich verläuft.

Bei den evangelischen Befragten ist die Abhängigkeit des Wahlverhaltens vom Alter durchweg stärker als bei den katholischen: bei Männern wie bei Frauen sinkt hier der Anteil von SPD-Wählern von Altersgruppe zu Altersgruppe. Der CDU-Anteil jedoch zeigt kein stetiges Ansteigen mit dem Alter, auch das Ergebnis der amtlichen Stichprobe für das gesamte Bundesgebiet wiederholt sich hier nicht. Außer bei den evangelischen SPD-Wählern zeigt sich bei keiner der Korrelationen ein regelmäßiges Steigen oder Sinken mit dem Alter. Die Gesetzmäßigkeiten, die sich bei einer groben Einteilung in drei Altersgruppen erhalten, verschwinden, wenn eine größere Anzahl von Altersstufungen und eine Aufteilung nach Konfessionen vorgenommen wird. Auch der Versuch, die Korrelation nach dem Familienstand oder Kirchenbesuch zu kontrollieren, ergibt kein eindeutiges Bild. Eine Abhängigkeit altersgebundener Faktoren läßt sich nicht herstellen. Zum Beispiel hängen das Absinken des Anteils der Kirchenbesucher unter den Jungverheirateten und deren Wahlverhalten nicht zusammen. Auch der geringere SPD-Anteil unter den älteren Evangelischen trifft nicht mit dem häufigeren Kirchgang dieser Gruppe zusammen.

Ein Teil der Prozentunterschiede zwischen den Altersgruppen wird jeweils auf die Zufälle der statistischen Verteilung in den – sehr kleinen – Befragtengruppen zurückzuführen sein. Da sich kein Trend in den verschiedenen Gruppen wiederholt, können wir – gemäß unserem methodischen Grundsatz – überhaupt nicht von altersmäßigen Abhängigkeiten des Wahlverhaltens sprechen.

Das Resultat dieser Überlegungen ist also negativ: Eine eigene Erklärungsmöglichkeit ergibt sich auf Grund der Korrelationen von Alter mit dem politischen und kirchlichen Verhalten nicht. Es scheint nicht gerechtfertigt, irgendwelche «naturgegebenen» Eigenschaften des Alters vorauszusetzen: etwa die Hinwendung zu konservativeren Parteien oder die stärkere Bindung an die Kirche. Je abgestufter die Korrelationen der Altersstufen angelegt werden, desto klarer zeigt sich, daß in beiden Verhaltensbereichen sich keine durchgehenden Trends ergeben. Es kann nur bei Vermutungen bleiben, auf wel-

che besonderen sozialen Umstände die verschiedenen Veränderungen von Altersgruppe zu Altersgruppe zurückzuführen sein könnten. Sicher scheint jedoch, daß die altersbedingten Sozialfaktoren bei jeder Berufsschicht anders aussehen werden: Die Verhaltenskontrolle der erwachsenen Kinder mag bei Beamten stärker ausgeprägt sein als bei Arbeitern. Das Heiratsalter, die Berufsausbildung und die Länge der Berufslaufbahn ist von Beruf zu Beruf sehr verschieden. Bei allen Berufsgruppen verändert sich aber die Häufigkeit des Kirchenbesuchs mit der Heirat. Wie wirkt die Ehe aber auf das politische Verhalten? Gleichen sich die Ehepartner in ihrer Parteipräferenz gegenseitig an? Und in welcher Richtung verläuft eine Angleichung?

In der Bundesstudie von 1953⁴³ wurden alle Verheirateten gefragt, «worin sie mit ihrer Frau (ihrem Mann) verschiedener Meinung» seien. Hierauf gaben 9,5 % der Befragten an, daß sie mit ihrem Ehepartner politisch nicht übereinstimmen. Auch in anderen Ländern finden wir ähnliche Zahlenverhältnisse: 92 % der Eheleute in Holland, 90 % in Schweden und 89 % in Frankreich sprechen sich für die gleiche Partei aus⁴⁴. Die Identität der Parteipräferenz muß man dabei allerdings in Ländern mit einem Vielparteiensystem höher bewerten als in der Bundesrepublik, in der nur noch drei Parteien im Bundestag vertreten sind.

Das identische Wahlverhalten der Familienmitglieder ist ohne weiteres einleuchtend, solange man die Wahlentscheidung allein auf dem Hintergrund der sozialökonomischen Stellung betrachtet. Der Beruf des Haushaltungsvorstandes bestimmt das Prestige, sein Einkommen die Konsummöglichkeiten der ganzen Familie.

Allerdings können Abweichungen dort auftreten, wo die Frau nicht als Hausfrau ganz von der beruflichen Stellung des Mannes abhängig ist, sondern eine eigene Berufsstellung hat. Es zeigte sich jedoch schon im vorigen Abschnitt, daß das Wahlverhalten der berufstätigen Frauen eher dem der Männer ähnelt als das der Hausfrauen. Dieser Trend ist ebenso zu beachten, wenn das Wahlverhalten der berufstätigen Frauen, die verheiratet sind, allein korreliert wird.

⁴³ Siehe G. Bremme, a. a. O., S. 98–100.

⁴⁴ Siehe M. Duverger, a. a. O., S. 47–49.

Insofern also das Wahlverhalten der Ehefrauen – und hierunter besonders der Hausfrauen – sich von dem der Ehemänner unterscheidet, scheinen Faktoren wirksam zu sein, die von der sozioökonomischen Stellung der Familie unabhängig sind.

Wichtig ist nun zunächst festzustellen, bei welchen Berufsgruppen die Wahlentscheidung der Eheleute am ehesten divergiert. Duverger⁴⁵ stellt für Frankreich (1951) fest, daß die Divergenz bei den freiberuflich Tätigen am höchsten ist (17 %), wesentlich geringer bei den Angestellten (11 %) und am geringsten bei Arbeitern (8 %). Leider läßt sich bei den NRW-Umfragen nicht beurteilen, in welchem Maße die Entscheidung für eine Partei von den Familienmitgliedern geteilt wird. Aber Rückschlüsse ermöglicht ein Vergleich aller verheirateten Frauen aus Arbeiter- und Angestelltenhaushalten mit den verheirateten Arbeitern bzw. Angestellten: zumindest läßt sich ersehen, ob innerhalb einer Berufsgruppe die Ehefrauen insgesamt für andere Parteien stimmen als verheiratete Männer. Damit sind allerdings nur die Unterschiede «im Saldo» bestimmt, da ja nicht hervorgeht, wieviele Haushalte es gibt, in denen die Frau SPD wählt und der Mann CDU. Die Fälle werden vermutlich nicht häufig auftreten, aber sie werden in der Gegenüberstellung durch den stärkeren Trend «Arbeiterfrauen wählen häufiger CDU als Arbeiter» aufgehoben, so daß sie hier nicht sichtbar sind.

Ein Vergleich von Verheirateten nach Berufsgruppen kann daher nichts Sicheres über die Identität des Verhaltens in Familien aussagen. Aber an Hand dieser globalen Zahlen können bestimmte Hypothesen begründet werden, deren Verifizierung oder Falsifizierung aber nur in einer eigenen Untersuchung vorgenommen werden könnte, die eigens hierauf gerichtete Fragen enthielte.

Schon beim Vergleich der Häufigkeit des Kirchenbesuchs zeigt sich, daß der Unterschied zwischen den Geschlechtern bei keiner Berufsgruppe so groß ist wie bei den Arbeitern. Während unter den Angestellten Männer wie Frauen fast gleich häufig zur Kirche gehen, ist in Arbeiterhaushalten der Anteil der Kirchgänger unter den Frauen wesentlich höher.

⁴⁵ M. Duverger, a. a. O., S. 47–49.

KIRCHLICHER FAKTOR

Tabelle 2.5.5 – Kirchenbesuch der verheirateten Arbeiter im Vergleich zu Ehefrauen von Arbeitern, nach Konfession

	Kirchenbesuch			
	Regelmäßig %	Unregelmäßig %	Selten/Nie %	n
NRW-Umfrage 1962				
Katholisch:				
Männer	46	26	28	(166)
Frauen	61	21	18	(211)
	1mal im Monat %	Seltener %		n
Evangelisch:				
Männer	23	77	(142)	
Frauen	28	72	(195)	

Kirchenbesuch der verheirateten Angestellten und Beamten im Vergleich zu Ehefrauen von Angestellten und Beamten, nach Konfession

	Kirchenbesuch			
	Regelmäßig %	Unregelmäßig %	Selten/Nie %	n
NRW-Umfrage 1962				
Katholisch:				
Männer	79	12	9	(77)
Frauen	75	17	8	(119)
	1mal im Monat %	Seltener %		n
Evangelisch:				
Männer	35	65	(87)	
Frauen	35	65	(89)	

Den Unterschieden zwischen verheirateten Arbeitern und Arbeiterfrauen in der Häufigkeit des Kirchenbesuchs entspricht ein größerer Unterschied im Wahlverhalten: Arbeiterfrauen wählen deutlich weniger oft SPD und häufiger CDU als Arbeiter. Unter den Angestellten und Beamten dagegen divergiert weder die Häufigkeit des Kirchenbesuchs noch das Wahlverhalten: SPD-Wähler sind hier unter Männern wie Frauen gleich häufig. Katholische Frauen wählen aller-

Tabelle 2.5.6 – Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1961. Verheiratete Arbeiter und Ehefrauen von Arbeitern, nach Konfession

	SPD	CDU	FDP	Andere Parteien	Keine Angaben	n
	%	%	%	%	%	
NRW-Umfrage 1962						
Katholisch:						
Männer	44	46	1	2	7	(167)
Frauen	34	49	2	2	13	(211)
Evangelisch:						
Männer	65	20	3	1	11	(142)
Frauen	48	35	4	3	10	(195)

Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1961. Verheiratete Angestellte und Ehefrauen von Angestellten, nach Konfession

	SPD	CDU	FDP	Andere Parteien	Keine Angaben	n
	%	%	%	%	%	
NRW-Umfrage 1962						
Katholisch:						
Männer	16	56	10	1	17	(77)
Frauen	15	66	8	1	10	(119)
Evangelisch:						
Männer	33	41	14	—	12	(88)
Frauen	33	34	17	3	13	(79)

dings häufiger CDU, evangelische dagegen seltener als Männer, jedoch werden diese Unterschiede teilweise durch eine gegenläufige Tendenz bei den FDP-Wählern ausgeglichen.

Wieder kann nur ein kontrolliertes Experiment zeigen, ob diese gleichartige Gesetzmäßigkeit bei Arbeitern einen tatsächlichen Zusammenhang aufweist: Ist es die größere Zahl von Kirchgängerinnen unter den Arbeiterfrauen, die die Zahl der CDU-Wählerinnen hier so viel größer werden läßt, oder liegen bei beiden Trends verschiedenartige Gründe vor?

Das Wahlverhalten der Kirchgänger allein zeigt, daß tatsächlich die Häufigkeit des Kirchenbesuchs bei Arbeiterfrauen der Grund für ihre stärkere CDU-Präferenz ist. Die katholischen Arbeiter, die regel-

KIRCHLICHER FAKTOR

Tabelle 2.5.7 – Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1961. Kirchgänger unter verheirateten Arbeitern im Vergleich zu Ehefrauen von Arbeitern, nach Konfession

	SPD	CDU	FDP	Andere Parteien	Keine Angaben	n
	%	%	%	%	%	
NRW-Umfrage 1962						
Katholisch:						
Männer	25	62	4	2	7	(76)
Frauen	24	62	2	2	10	(129)
Evangelisch:						
Männer	58	25	5	—	12	(77)
Frauen	46	39	5	4	6	(120)

mäßig zur Kirche gehen, wählen nicht anders als kirchentreue katholische Arbeiterfrauen. Unter den evangelischen Kirchgängern jedoch wählen Männer und Frauen noch immer unterschiedlich, wenn auch die Prozentunterschiede geringer sind als in Tabelle 2.5.6. Wie schon in den vorhergehenden Abschnitten bestätigt sich auch hier, daß der Kirchenbesuch das Wahlverhalten von Katholiken eindeutiger determiniert als das der Evangelischen.

Wir sehen also, altersmäßige Trends können die Korrelation von kirchlicher Bindung und Wahlverhalten nicht verstärken oder erklären. Eine wichtige Beobachtung können wir jedoch bei einer Aufteilung nach Berufsgruppen machen: Verheiratete Angestellten- und Beamtenfrauen gehen gleich häufig zur Kirche wie die verheirateten Männer und wählen auch etwa gleichartig. Arbeiterfrauen dagegen unterscheiden sich deutlich von verheirateten Arbeitern: Sie gehen häufiger zur Kirche und wählen häufiger CDU, seltener SPD. Ein Blick auf die katholischen Kirchgänger unter den Arbeitern zeigt, daß zumindest hier Kirchgang und CDU-Wahl in direktem Zusammenhang stehen.

6. Der Wahlrend von 1961 bis 1965

Die Analyse der NRW-Umfrage 1962 hat ergeben, daß Konfession und kirchliche Bindung eine Reihe von sekundären sozialen Faktoren bei der Wahlentscheidung erklären können: Weil in kleineren Ortschaften oder unter Hausfrauen oder unter Angestellten mehr Kirchgänger sind, deshalb sind hier auch mehr CDU- und weniger SPD-Wähler. Eine gleichartige Auswertung der NRW-Umfrage 1966 ergibt, daß auch vier Jahre später die Unterschiede im Wahlverhalten auf den Einfluß der kirchlichen Bindung zurückgeführt werden können. Der Erklärungswert des kirchlichen Faktors wird mehr als bestätigt: Nicht nur sind teilweise die Unterschiede zwischen Kirchgängern und Nichtkirchgängern größer geworden, auch die Veränderungen im Wahlverhalten in den letzten vier Jahren lassen sich teilweise durch Entwicklungen im kirchlichen Verhalten erklären.

Ein genaues Hinschauen lehrt uns nämlich, daß die Veränderungen im Wahlverhalten in diesen vier Jahren sich auf bestimmte soziale Gruppen konzentrieren. *Durchgehend ist es die geringere Zahl von Kirchgängern bei beiden Konfessionen⁴⁶ und die veränderte Parteipräferenz besonders unter den Nichtkirchgängern, die für die Gewinne der SPD und die Verluste der CDU verantwortlich sind. Durch diese Entwicklung sind die Unterschiede zwischen Kirchgängern und Nichtkirchgängern noch gestiegen (siehe Tabelle 1.2.2), die Bedeutung der kirchlichen Bindung für eine Erklärung des Wahlverhaltens hat sich noch erhöht.*

⁴⁶ Der allgemeine Rückgang der Zahl der Kirchenbesucher in unseren Umfragen wird durch die amtliche Statistik bestätigt. Wie uns «die Amtliche Zentralstelle für kirchliche Statistik des katholischen Deutschlands» freundlicherweise mitteilte, hat in allen (Erz-)Diözesen Nordrhein-Westfalens die Kirchenbesuchsziffer von 1961 bis 1964 abgenommen (Aachen: um 2,8 %, Essen: um 1,7 %, Köln: um 2,6 %, Münster: um 3,3 %, Paderborn: um 1,4 %). Dabei liegen die amtlichen Kirchenbesuchsziffern allgemein unter denjenigen der Repräsentativumfragen.

KIRCHLICHER FAKTOR

Dies fällt um so mehr ins Gewicht, als die berufsmäßigen Unterschiede sich im Wahlverhalten nicht mehr so ausgeprägt zeigen wie noch vor vier Jahren. Hier ist der größte Wechsel bei den Angestellten und Beamten zu beobachten, die am stärksten zu dem Trend zugunsten der SPD beitragen und damit die politischen Fronten von Arbeitern auf der einen und Bürgerlichen auf der anderen Seite noch weiter verwischen.

Die Meinungsänderungen in der Wählerschaft werden nicht von allen Gruppen in gleicher Weise getragen. Es gibt sogar einige Gruppen, in denen entgegengesetzte Bewegungen zu beobachten sind. So sind etwa unter katholischen kirchentreuen Facharbeitern 1965 mehr CDU-Wähler und weniger SPD-Wähler als 1961. Unter katholischen angelernten und ungelernten Arbeitern dagegen hat die SPD zwischen den beiden Bundestagswahlen 24 % an Stimmen gewonnen, die CDU 21 % verloren. Diese gegenläufige Bewegung hat in der NRW-Umfrage 1966 die Erscheinung völlig aufgehoben, daß in der Regel katholische Facharbeiter in Deutschland weiter links wählen als angelernte und ungelernte Arbeiter.

Tabelle 2.6.1 – Wahlverhalten katholischer männlicher Arbeiter bei den Bundestagswahlen 1961 und 1965 nach Qualifizierungsgrad

	SPD	CDU	Andere Parteien	Keine Angaben	n
	%	%	%	%	
Katholische Facharbeiter:					
1961	50	35	6	9	(121)
1965	46	41	2	11	(104)
Katholische an- und ungelernte Arbeiter:					
1961	29	58	5	8	(75)
1965	53	37	2	8	(51)

Innerhalb der Arbeiterschaft haben sich in diesen vier Jahren mehr Veränderungen zugetragen, als die Betrachtung des Wahlverhaltens der Arbeiterschaft insgesamt offenbart: Die Trends unter katholischen Facharbeitern und an- und ungelernten Arbeitern heben sich gegenseitig auf, so daß im Gesamt die Veränderungen geringer er-

scheinen. Eine weitere Entwicklung trägt zu der veränderten Korrelation bei: Der Anteil von Kirchgängern unter Arbeitern ist gesunken, so daß auch hierdurch ein Teil des Wahlrends erklärt wird. Diese abnehmende kirchliche Bindung ist besonders deutlich in kleineren Städten, eine Veränderung, die sich folgerichtig in Gewinnen der SPD in kleinen Städten und auf dem Land widerspiegelt.

Besonders starke Veränderungen zeitigt das Wahlverhalten von katholischen Angestellten und Beamten. Während wir 1961 feststellten, daß in dieser Berufsgruppe eine gleichmäßig hohe kirchliche Bindung mit einer recht einheitlichen Parteipräferenz einhergeht, ist in der NRW-Umfrage 1966 der Anteil von regelmäßigen Kirchgängern unter katholischen Angestellten und Beamten von 85 auf 55 % gesunken. – Gleichzeitig hat hier der stärkste politische Erdrutsch stattgefunden: Während unter den Kirchgängern die CDU sogar noch zugenommen hat, hat unter den Nichtkirchgängern die CDU 22 % an Stimmen verloren und die SPD 38 % an Stimmen gewonnen.

Tabelle 2.6.2 – Wahlverhalten katholischer männlicher Angestellter und Beamter bei den Bundestagswahlen 1961 und 1965 nach Kirchengang

	SPD	CDU	FDP	Andere Parteien	Keine Angaben	
	%	%	%	%	%	n
Kirchengang 1mal in der Woche:						
1961	11	60	11	3	15	(72)
1965	17	65	5	–	7	(48)
Kirchengang selten oder nie:						
1961	23	46	12	–	19	(26)
1965	61	24	–	–	15	(33)

Wie unter Arbeitern läßt sich also auch in der Angestelltenschaft der Wahlrend innerhalb der Berufsgruppe noch genauer lokalisieren. Bei beiden haben sich unter Katholiken größere Veränderungen zugetragen als unter Evangelischen. Auch bei evangelischen Arbeitern ist zwar der Anteil von Kirchgängern gesunken, und entsprechend hat die SPD auch hier an Stimmen gewonnen. Diese Entwicklung ist aber in der gesamten evangelischen Arbeiterschaft gleich-

mäßig vonstatten gegangen, so daß sich die Relationen gemäß Einkommen und Qualifizierungsgrad nicht verändert haben. Unter evangelischen Angestellten und Beamten sind in der NRW-Umfrage 1966 noch immer ebenso viele Kirchgänger, auch hat sich hier das Wahlverhalten nicht verändert. Von evangelischen berufstätigen Männern ist also 1966 wenig Neues zu berichten.

Für die Veränderungen der Stärke der Parteien sind in erster Linie der Verlust an kirchlicher Bindung unter den Katholiken, in zweiter die veränderten Parteipräferenzen der katholischen Nichtkirchgänger verantwortlich. Innerhalb der Berufsgruppen haben sich bei den Katholiken die Relationen verkehrt: Während die entgegengesetzten Wahlrends von Facharbeitern und angelernten und ungelernten Arbeitern zu einer Angleichung, also zu einem einheitlicheren Wahlverhalten der katholischen Arbeiter insgesamt geführt hat, hat unter den Angestellten die große Zahl von Nichtkirchgängern und deren Wahlverhalten zu einer Polarisierung innerhalb der katholischen Arbeiterschaft geführt: Während kirchentreue Angestellte überwiegend CDU wählen, wählen die Nichtkirchgänger ebenso überwiegend SPD.

Die geringere kirchliche Bindung und die Veränderung der Parteipräferenzen zeigt sich in Großstädten ebenso wie in kleinen Orten oder auf dem Land. Zwar hat der Kirchenbesuch in kleineren Orten besonders stark abgenommen, und dementsprechend sind hier auch die Gewinne der SPD am deutlichsten. Aber auch die Verteilung der Wohnbevölkerung insgesamt hat sich geändert: Der Anteil der Großstädter hat sich verringert, derjenige der Bewohner kleinerer Orte hat sich vergrößert. Bei den Veränderungen in diesen Ortschaften können wir daher nicht identifizieren, ob die angestammten Bewohner dort selbst ihre kirchlichen Gewohnheiten und ihr Wahlverhalten geändert haben oder ob sich hierin die «Stadtflucht» auswirkt. Insgesamt hat sich das Wahlverhalten in verschiedenen Ortsgrößen gleichmäßig verändert. Jedoch dürfte die Zunahme des SPD-Anteils in Orten unter 5000 Einwohnern von 19 auf 28 % psychologisch stärker wirken als die in den Großstädten von 39 auf 46 %, da hiermit die SPD zum erstenmal auf dem Land so viele Wähler gewinnt, daß sie dort nicht mehr nur eine unbedeutende Minderheit ist. Im

Gesamtwahlergebnis jedoch dürften die Veränderungen in den Großstädten wegen der größeren Bevölkerungsanzahl bedeutender zu Buch schlagen.

Wenn sich unter den männlichen Befragten in erster Linie bei den Katholiken größere Veränderungen im Wahlverhalten zeigten, so haben bei den weiblichen Befragten in erster Linie die Evangelischen ihr Wahlverhalten geändert. Sowohl unter evangelischen Kirchgängerinnen als auch Nichtkirchgängerinnen, sowohl unter Hausfrauen als auch unter berufstätigen evangelischen Frauen hat die SPD zwischen 9 und 15 % an Stimmen gewonnen. Bei katholischen Frauen dagegen ist das Bild differenzierter: lediglich unter Nichtkirchgängerinnen hat hier die SPD gewonnen, unter den Kirchgängerinnen dagegen die CDU. Damit haben sich hier wiederum die Unterschiede gemäß der kirchlichen Bindung verschärft. Bei beiden Konfessionen wirkt die Abnahme des Kirchenbesuchs auch unter den Frauen auf das Wahlverhalten zurück.

Insgesamt haben also sowohl Männer als auch Frauen, sowohl Evangelische als auch Katholiken zu dem Wahlrend beigetragen. Mehr als die Hälfte der Veränderungen gehen auf katholische Wähler zurück. Wenn wir unser Augenmerk in erster Linie auf die SPD-Gewinne richten, weil hier die Stimmenveränderungen am deutlichsten zu Tage treten (durch die Wahlbewegungen zwischen FDP und CDU ist der Trend hier nicht eindeutig zu interpretieren), dann sind etwa 40 % der Stimmengewinne unter katholischen Wählern auf die Tatsache zurückzuführen, daß der Anteil von Kirchgängern sich verringert hat. Mehr als 20 % der Gewinne sind auf neue Wähler unter katholischen Nichtkirchgängern zurückzuführen, etwa ein Drittel auf katholische Männer, die regelmäßig zur Kirche gehen. Unter evangelischen Wählern verteilen sich die Stimmengewinne der SPD gleichmäßiger: Etwa die Hälfte ist auf die veränderten Parteipräferenzen der Nichtkirchgänger zurückzuführen, etwa 15 % auf regelmäßige Kirchgänger (insbesondere Frauen). Aber auch unter den Evangelischen kann man jede fünfte Stimme, unter denjenigen, die die SPD neu gewonnen hat, der Tatsache zuschreiben, daß die Kirchgänger seltener geworden sind.

III. DIE KONFESSIONELLE STRUKTUR
DER WÄHLERSCHAFT –
IHRE BEDEUTUNG IM HISTORISCHEN
UND INTERNATIONALEN VERGLEICH

Die Analyse der Wahlentscheidungen in Nordrhein-Westfalen hat gezeigt, daß die sozialen Gruppierungen in der Wählerschaft sehr viel zahlreicher und differenzierter sind, als es die geringe Zahl von Parteien vermuten läßt. Verschiedenartige Gruppen gehen eine Koalition ein, wenn sie eine Partei unterstützen: die einen mögen konfessionelle Gründe haben, die anderen wirtschaftliche. In der Anhängerschaft der CDU ist diese Überkreuzung verschiedener politischer Fronten besonders ausgeprägt. Kirchlich eingestellte katholische Arbeiter gehen hier eine Koalition ein mit dem evangelischen Großkaufmann, dem an der Fortführung der Wirtschaftspolitik der CDU gelegen ist. Aber auch in den anderen Parteien gibt es gegensätzliche Interessen. Die Gleichzeitigkeit verschiedener politischer Fronten schafft Überschneidungen und Entscheidungskonflikte.

In der Weimarer Republik waren diese Wählergruppen auch parteimäßig gesondert. Das Parteiangebot bei den Wahlen zeigte die Vielfalt der sozialen Gruppen deutlich an. Sowohl wirtschaftliche als auch konfessionelle Gegensätze führten zu gesonderten Parteibildungen. Aber die betont christlich orientierten Parteien führten in den zwanziger Jahren ein Sonderdasein. Sowohl das Zentrum als auch die Christliche Volkspartei vertraten lediglich eine Minderheit. Sie formierten sich vielleicht gerade deshalb, weil sie ein Minderheitsinteresse in der Bevölkerung zu vertreten hatten. In der Bundesrepublik dagegen haben sich die Anteile der verschiedenen politischen Interessengruppen stark verändert. Schon allein deshalb würde ein Parlament heute anders aussehen, auch wenn die gleichen sozialen Gruppen hinter denselben Parteien stünden wie vor 1930.

Ein Vergleich der Wählerstruktur zwischen der Weimarer Republik und der Bundesrepublik kann aber Einsichten darüber vermitteln, wie konfessionelle und kirchliche Faktoren sich in einer andersartigen politischen Konstellation auswirken. Darüber hinaus soll ein Blick über die Grenzen einige Länder einbeziehen, in denen eine andersartige politische und religiöse Tradition eine grundsätzlich andere Beziehung von Kirche und Staat geschaffen hat. In fast allen demokratischen Ländern finden wir einen Einfluß kirchlicher Faktoren auf das politische Geschehen. Die Konstellation und die Art des Einflusses ist aber jeweils sehr verschieden. Es hängt von solchen

Faktoren ab, wie wir sie in der Bundesrepublik gegeneinander abgewogen haben: der zahlenmäßigen Stärke der einzelnen Konfessionen, dem Grad der Bindung an die Kirche und der Koalition von Schicht- und Konfessionszugehörigkeit. Andere kommen hinzu, die jedoch hier ausgeklammert bleiben: historische und verfassungsmäßige Bedingungen, die politischen Probleme des Landes und seine wirtschaftliche Situation – die ganze Zahl der Faktoren, die das politische Leben bestimmen. Die folgenden Beschreibungen von Strukturen der Wählerschaft sollen kein umfassendes Bild der politischen Gruppen der jeweiligen Länder geben. Sie sollen lediglich einige Möglichkeiten der Konstellation von kirchlichem und politischem Verhalten zeigen und durch den Vergleich die Situation in der Bundesrepublik beleuchten. Die Daten, die hier zur Verfügung stehen, erlauben nur sehr kurze Beschreibungen, die zudem modellhaft vereinfacht werden sollen. Einzelne Elemente in diesen Modellen lassen sich jeweils in Deutschland wiederfinden. Indem wir sie also auf das Verhältnis der Wählergruppen in der Bundesrepublik projizieren, können wir dieses in einem allgemeineren Zusammenhang einordnen.

Erst wenn die politische Konstellation in der Bundesrepublik durch diese Vergleiche in ihrer Besonderheit erkannt werden kann, wollen wir in einigen Schlußbetrachtungen die Frage stellen, welcher Art der Einfluß der kirchlichen Bindung im politischen Verhalten ist: Leiten sich aus der Zugehörigkeit zu einer Kirche politische Interessen ab, ähnlich wie aus der zu bestimmten Berufsgruppen? Lassen sich die Stimmen der Kirchentreuen für christliche Parteien mit politischen Zielvorstellungen identifizieren? Wir werden diese Fragen im Laufe der Überlegungen verneinen, was uns zum zentralen Problem am Schluß dieser Arbeit führt: Auf welcher Haltung zur Politik beruht eigentlich der Einfluß des kirchlichen Faktors im Wahlverhalten?

1. Kontinuität und Veränderungen der Wählergruppen im Vergleich zur Weimarer Republik

Will man das heutige Wahlverhalten mit dem früherer Zeiten vergleichen, stößt man auf eine Reihe von Schwierigkeiten. Es gab vor einer Generation noch keine repräsentativen Umfragen, die eine Aufschlüsselung nach Wählergruppen ermöglichen. Die amtlichen Wahlergebnisse sind lediglich in einigen Fällen nach Geschlechtsgruppen getrennt ausgezählt worden. Bei allen anderen Faktoren des Wahlverhaltens müssen wir uns darauf beschränken, von ökologischen Zusammenhängen zwischen Wahlkreisen mit verschiedener sozialer Struktur auf das Verhalten der einzelnen Gruppen von Wählern zu schließen. In den verschiedenen Wahlanalysen aus der Zeit der Weimarer Republik wird daher in der Regel so vorgegangen, daß Wahlkreise mit unterschiedlichen Anteilen von katholischer oder von Arbeiterbevölkerung untereinander verglichen werden. Aus dem Vergleich von vorwiegend evangelischen und vorwiegend katholischen Wahlkreisen zum Beispiel wird dann auf das Wahlverhalten der Konfessionen geschlossen. Nun ist offensichtlich, daß sich mit der Majorität in einem Wahlkreis auch der Einfluß der Faktoren verändern wird: Katholiken in einer Diasporagemeinde werden sich – gerade in politischen Entscheidungen – anders verhalten als Katholiken in überwiegend katholischen Gebieten oder wiederum anders als in Gegenden mit konfessionell gemischter Bevölkerung. Ebenso wenig wie hier können wir aber auch von Korrelationen in Wahlkreisen mit überwiegend Arbeiterbevölkerung auf das politische Verhalten «der Arbeiter» schließen. Es läßt sich jedoch ein sehr allgemeiner Vergleich zwischen der Weimarer Republik und der Bundesrepublik ziehen. Die Stärke der Parteien über längere Zeiträume hinweg kann in Bezug gesetzt werden zu der Größe der uns interessierenden sozialen und konfessionellen Gruppen. Wir werden sehen, daß sich – mit Hilfe einiger plausibler Annahmen, die aber jeweils ausdrücklich genannt werden sollen – die Entsprechungen

und die Veränderungen der Parteien in der Bundesrepublik zu denen der Weimarer Zeit erkennen lassen. »

Zunächst soll dabei die Entwicklung der Parteistärken im Verlauf der Weimarer Republik aufgezeigt werden. Wenn wir die Parteien in mehrere große Blöcke aufteilen, ergibt sich deutlich ein Bild der Konstanz bestimmter Wählergruppen. Die Charakterisierung dieser Gruppen stößt dann in der Folge wieder auf die gleichen Kriterien politischer Frontenbildung wie in der Bundesrepublik: auf soziale ebenso wie auf konfessionelle Gegensätze.

Die erste bürgerliche Partei, die sich nach dem ersten Weltkrieg bildete, war die «Deutsche Demokratische Partei», die bei den Wahlen zur Nationalversammlung mit 18,6 % der Stimmen die drittstärkste Partei wurde. Aber schon bei den ersten Reichstagswahlen 1920 erreichte sie nur noch 8,3 % und verlor seitdem ständig an Wählern. Auch ihr Zusammenschluß 1929/30 mit dem Jungdeutschen Orden konnte ihren Anteil nicht vermehren. Ein stärkeres Auf und Ab erlebte die von Stresemann gegründete Deutsche Volkspartei (DVP), die sich zu Lebzeiten Stresemanns einen Anteil um 10 % sichern konnte. Ihren Anteil von 13,9 % bei den Wahlen von 1920 erreichte sie nie wieder. Nach dem Tode Stresemanns fiel er 1930 auf 4,6 und 1932 auf 1,1 bzw. 2,0 %. Auch die Deutsch-Nationale Volkspartei (DNVP), die zunächst von konservativen Politikern – zum Teil ehemals kaiserlichen Ministern wie Helfferich und Delbrück – gegründet wurde, konnte nie so stark werden, daß hinter ihr die Mehrheit der bürgerlichen Wähler gestanden hätte: den größten Anteil erreichte sie bei den Dezemberwahlen von 1924 mit 20,4 %. Neben diesen Parteien erhielten eine Reihe kleinerer – meist reine Interessenparteien – die Stimmen bürgerlicher Wähler: Wirtschaftspartei, Konservative Volkspartei und Christlich-Sozialer Volksdienst. Sie alle erreichten ebensowenig je die 5 %-Grenze wie die Parteien mit rein landwirtschaftlichem Anhang (Landvolk, Mittel- und Südwestdeutsche Bauern) oder die regional begrenzten Parteien wie die Deutsch-Hannoveranische Partei.

Die relative Stärke der einzelnen dieser bürgerlichen Parteien wechselte zwischen 1919 und 1930 ständig, ihr gemeinsamer Anteil an den Wählerstimmen jedoch schwankte nur um wenige Prozent. Seit

der Wahl von 1930 verloren sie aber insgesamt ihren Anhang. Gleichzeitig gewann hier die NSDAP zum erstenmal einen größeren Anteil, und auch weiterhin fällt mit ihrem schnellen Aufstieg in den folgenden Jahren das weitere Abnehmen der konservativen und liberalen Parteien zusammen. Tatsächlich zeigen alle Analysen der sozialen Zusammensetzung der NSDAP-Wähler, daß sich hier vorwiegend Angehörige des alten und neuen Mittelstandes finden, wobei die Selbständigen besonders stark vertreten sind¹.

Aus denselben Berufsgruppen stammte aber auch ein großer Teil der Zentrums wählerschaft. Diese aber blieben ihrer Partei auch weiterhin treu, denn das Zentrum ist die einzige Partei, die sich – während aller Jahre der Weimarer Republik und später trotz der steil ansteigenden Zahl der NSDAP-Stimmen – einen gleichbleibenden Anteil an den Wählerstimmen sichern konnte: Ihr Anteil sank von 19,7 % bei den Wahlen zur Nationalversammlung auf 16,6 % im Mai 1924, blieb dann immer um 15 % und betrug selbst im März 1933 noch immer 14 %. (Die absolute Zahl der Zentrums wähler war im März 1933 sogar höher [5,5 Millionen] als im November 1932 [5,3 Millionen]. Der geringere Anteil entsteht dadurch, daß das Zentrum kaum von der bedeutend höheren Wahlbeteiligung 1933 [87,9 %] profitiert hat.)

Hat sich hier die Bindung der Katholiken an «ihre» Partei als sehr krisenfest gezeigt, so ist auf der anderen Seite auch bei den sozialistischen Parteien insgesamt kein Schwinden der Wählerschaft zu beobachten. Es ergaben sich jedoch Verschiebungen zwischen den einzelnen Parteien: SPD, USPD und KPD. Die SPD war in der Nationalversammlung mit 37,5 % der Stimmen noch Vertreterin fast aller sozialistischen Stimmen (USPD: 7,6 %), schon im Januar 1920 spalteten sich diese zwischen der USPD (17,0 %) und SPD (21,7 %) auf. Nach der Auflösung der USPD gewann die KPD auf Kosten der SPD bis zu den letzten freien Wahlen im November 1932 ständig an Stimmen (November 1932: KPD 17,0 %, SPD 20,3 %). Zusammen jedoch konnten die sozialistischen Parteien eine konstante Zahl von Anhängern halten.

¹ Für eine zusammenfassende Diskussion siehe: S. M. Lipset, a. a. O., S. 140–152.

STRUKTUR DER WÄHLERSCHAFT

Tabelle 3.1.1 – Die Wahlergebnisse für das Reich von 1919 bis 1933 (in Prozent der gültigen Stimmen)¹

	Wahl- beteiligung (gültige Stimmen)	Sozialist. Parteien (SPD, USPD, KPD)	Zentrum (u. Bayer. Volks- partei)	Liberales (DDP, DVP, Wirt- schafts- partei)	Konser- vative (DNVP, Landbund)	NSDAP	Andere
	%	%	%	%	%	%	%
1919	82,7	45,4	19,7	23,9	10,3		0,7
1920	78,4	41,7	18,1	23,0	14,9		2,3
Mai 1924	76,3	33,7	16,7	17,4	21,4	6,6	4,2
Dez. 1924	77,7	35,2	17,5	19,5	22,1	3,0	2,7
1928	74,5	40,4	15,2	18,1	18,8	2,6	4,9
1930	81,4	37,7	14,8	12,3	12,2	18,3	4,7
Juli 1932	83,5	35,9	15,7	2,6	6,0	37,1	2,7
Nov. 1932	80,0	37,3	15,0	3,2	8,4	33,0	3,1
März 1933	87,9	40,6	14,0	1,8	7,9	44,2	1,5

¹ Alle Zahlen sind entnommen: Heinrich Striefler, Deutsche Wahlen in Bildern und Zahlen, Düsseldorf 1946, S. 68–69. – Als Blöcke wurden dabei zusammengenommen: SPD, USPD und KPD als «Sozialistische Parteien», DDP, DVP und Wirtschaftspartei als «liberale», Deutschnationale und Landbund als «konservative» Parteien.

Diese Übersicht soll hier genügen, um eine sehr grobe Zuordnung von sozialen Gruppen zu bestimmten Parteien vorzunehmen. Betrachten wir, wie sich die Stärkeverhältnisse zwischen den Parteien verschoben haben, kommen wir zu dem Ergebnis, daß seit 1920 ein Block von 50 bis 60% der Wähler recht konstant für die sozialistischen Parteien oder das Zentrum gestimmt hatten, daß die restlichen 40 bis 50% sich wechselnd auf die verschiedenen liberalen und konservativen Parteien verteilten, bis sie seit 1930 mehr und mehr zu Wählern der NSDAP wurden.

In welchen Berufsgruppen sind nun die Wähler dieser Parteien zu finden? Die Wahluntersuchungen der Weimarer Republik können hierzu nur globale Schätzungen vornehmen. Neisser² verteilt die Angehörigen der verschiedenen Berufe auf Grund der rein theoretischen Annahme, daß sie zunächst einmal für die Parteien stimmen werden, die ihre wirtschaftlichen Interessen vertreten. Die Durch-

² Hans Neisser, Sozialstatistische Analyse des Wahlergebnisses, in: Die Arbeit, 7 (1930), S. 654–659.

führung seines Rechenexperiments führt zu dem Ergebnis, daß schon rein größtmäßig keine Berufsgruppe geschlossen hinter einer Partei gestanden haben kann. Er geht bei seiner Betrachtung der Wahlen von 1930 davon aus, daß die kleineren, reinen Interessensparteien ausschließlich von den Berufsgruppen gewählt wurden, an die sich ihr Appell richtete: Damals müssen 30 % des selbständigen Mittelstandes die Wirtschaftspartei, ebenso 30 % der Bauern die Deutsche Bauernpartei, das Landvolk den Württembergischen Landbund oder die Bayerische Volkspartei gewählt haben. Die Industriearbeiter dagegen rechnet er zu 80 % zu den Wählern von SPD und KPD, woraus sich ergibt, daß von 9 Industriearbeitern 5 SPD und 4 KPD gewählt haben mußten. Während nach seinen Schätzungen die KPD damit eine fast reine Arbeiterpartei ist, müssen 40 % der SPD-Wähler aus anderen Berufen stammen. So nimmt er an, daß ein Drittel der unteren Beamten, Sozialrentner und Landarbeiter, 25 % der Angestellten mit niedrigem Einkommen (unter 200 RM), der selbständigen Handwerker und kleinen Kaufleute SPD gewählt haben, ebenso jeder sechste unter den Kleinbauern (unter 5 Hektar) und jeder zehnte Hausangestellte.

Neissers Schätzungen beruhen auf sehr groben Anhaltspunkten. Obwohl ihn ausschließlich das politische Verhalten der verschiedenen Berufsschichten interessiert und obwohl er zunächst von der Annahme ausgeht, daß diese den entscheidenden Faktor bei der Wahlentscheidung bilden, kommt er doch zu dem Ergebnis, daß 20 % der Industriearbeiter keine Arbeiterpartei gewählt haben, davon etwa die Hälfte das Zentrum, die anderen nationalsozialistisch. Da weiter die Arbeiterschaft recht genau die Hälfte der Bevölkerung im Deutschen Reich ausmacht, müssen diese 10 % der Arbeiter etwa ein Drittel der Gesamtstimmen des Zentrums gebildet haben. Demnach verteilt sich also die Wählerschaft des Zentrums unter allen Parteien am ehesten über alle Berufsgruppen. Die Verschiebung, die sich aber auch bei den Zentrumswählern noch ergibt, könnte schon allein dadurch erklärt sein, daß unter kirchentreuen Katholiken bestimmte Berufe unterrepräsentiert sind. Der Anteil von Zentrumsstimmen unter katholischen Arbeitern muß schon deshalb niedriger gewesen sein, weil hier die Bindung an die Kirche weniger stark ist. Dem

entspricht, daß der Anteil von Arbeitern unter Zentrumswählern nur ein Drittel zählt, während er in der Bevölkerung die Hälfte beträgt. Die berufsmäßige Zusammensetzung der Zentrumswählerschaft bildet nach dieser Überlegung mehr als andere Parteien einen Querschnitt durch die Berufsgliederung des ganzen Volkes, und sie sieht damit derjenigen der katholischen CDU-Wähler sehr ähnlich. Anders jedoch die konfessionelle Zusammensetzung. Alle Wahlanalysen der Weimarer Zeit gehen davon aus, daß nur Katholiken Zentrum gewählt haben. Diese Annahme stützt sich auf zwei Beobachtungen: Die deutliche Korrelation des Anteils der Zentrumsstimmen mit dem Anteil an Katholiken in der Bevölkerung und das Bild, das die Partei selbst bot: deutlich verfißt sie die Interessen der Katholiken als einer Minderheitsgruppe im Reich. Ihr Anspruch ähnelte damit demjenigen der kleineren wirtschaftlichen Interessenparteien. Trotz mancher Bemühungen blieb das Zentrum aber immer eine Partei mit ausschließlich katholischen Wählern. Wir können daraus schließen, daß für die Anhänger des Zentrums schichtspezifische und wirtschaftliche Ergänzungen gegenüber anderen politischen Zielen im Hintergrund gestanden haben.

Diese Zuordnung läßt sich jedoch nicht umkehren: Die Katholiken haben bei weitem nicht geschlossen hinter dem Zentrum gestanden. Mulert³ schätzt an Hand der Betrachtung von globalen Wahlergebnissen, daß 1928 und 1930 nur etwa die Hälfte aller Katholiken Zentrum oder Bayerische Volkspartei gewählt haben (bei etwa 9 Millionen katholischen Wählern 1928 entfielen 4,5 Millionen Stimmen auf diese beiden Parteien). In einzelnen Wahlkreisen (so etwa in Hamburg) beträgt die Gesamtheit der Zentrumsstimmen sogar nur ein Viertel der katholischen Bevölkerung. Protestanten wählen relativ öfter sozialistisch oder kommunistisch, aber immerhin müssen auch 2 bis 3 Millionen der katholischen Stimmen für Arbeiterparteien abgegeben worden sein. Es zeigt sich dabei, daß in vorwiegend evangelischen Wahlkreisen der Großstädte und Industriegebiete die SPD doppelt soviel Stimmen erhält wie die Kommunisti-

³ Hermann Mulert, Konfession und politische Parteistellung in Deutschland, in: Zeitschrift für Politik, 21 (1932), S. 334-345.

sche Partei (Verhältnis 2:1), in katholischen dagegen die Sozialisten nicht viel häufiger sind als die Kommunisten (Verhältnis 5:4). Damit könne nicht behauptet werden, daß der «Katholizismus ein festes Bollwerk gegen die rote Flut» bilde, denn gerade hier sei die Gegenbewegung der Arbeiter radikaler als bei evangelischen.

Sehr genaue Berechnungen der Stärke des Zentrums in verschiedenen Wahlkreisen stellt Schauff⁴ in seiner statistischen Wahluntersuchung an. Danach fielen im Reich (ohne Bayern) 59,1 % der Stimmen von katholischen Wahlbezirken auf das Zentrum, in Bayern 44 % auf die Bayerische Volkspartei. Schauff gewinnt durch eine Korrelation der Anteile der Zentrumswähler mit dem der Katholiken für einzelne Regierungsbezirke und Länder eine genaue Übersicht über die Verteilung der Zentrumswähler.

Er geht aber noch darüber hinaus, indem er aus dem «Kirchlichen Handbuch für das katholische Deutschland» die Anzahl der Katholiken, die an der Osterkommunion teilnehmen, in seinen Berechnungen aufnimmt. Damit hat er einen Maßstab für die Bekenntnistreue, der nun allerdings ein «religiöses Minimum» für einen gläubigen Katholiken bedeutet. Die Teilnahme an der Osterkommunion wird von einem größeren Kreis von Katholiken eingehalten als die wöchentliche Teilnahme an der Messe, die bei der Analyse der NRW-Umfrage als Maßstab angelegt wurde. Daher ist auch der Anteil der «Bekenntnistreuen» bei Schauff höher: er beträgt im Jahre 1924 für das ganze Reich 81 %. Auf diese «bekenntnistreuen Katholiken» allein bezogen, wählen im Reichsdurchschnitt (ohne Bayern) 76 % das Zentrum. Mindestens⁵ 24 % der «bekenntnistreuen» Katholiken geben ihre Stimme also einer anderen Partei. Dabei bestehen jedoch zwischen den Ländern erhebliche Unterschiede: In Oldenburg ist der Anteil der Zentrumswähler sogar höher als derjenige der «bekenntnistreuen» Katholiken (es ergeben sich also rechnerisch 106 %); den

⁴ J. Schauff, a. a. O.

⁵ «Mindestens», weil es ja wahrscheinlich ist, daß auch einige Katholiken, die nicht der Osterpflicht nachkommen, Zentrumswähler sind. Schauff kann ja nur die globale Zahl der «Bekenntnistreuen» auf die globale Zahl der Zentrumswähler beziehen, ohne um die Identität der beiden Merkmale im Einzelfall zu wissen.

STRUKTUR DER WÄHLERSCHAFT

niedrigsten Anteil erhält die Bayerische Volkspartei, deren Wählerschaft nur 56,4 % der «bekenntnistreuen» Bayern ausmacht.

Weiterhin sinkt der Anteil von Zentrumsstimmen unter (hier: allen!) Katholiken in großstädtischen Regionen gegenüber den ländlichen oder kleinstädtischen ab. In den Großstädten wird auch bei hohem Anteil von katholischer Bevölkerung seltener Zentrum gewählt als in ländlichen oder konfessionell gemischten Wahlkreisen. (Sogar das Absinken der Zentrumsstimmen seit 1871 von 80 % der abgegebenen Stimmen katholischer Wähler auf etwa 55 % bei den Wahlen von 1924 bringt Schauff in Zusammenhang mit der Verstädterung, wenn er zeigt, daß die Kurve der abnehmenden Zentrumsstimmen genau parallel zu derjenigen der abnehmenden Landbevölkerung verläuft. Sein Aufweis einer solchen Trendgleichheit kann jedoch nicht genügen, um eine kausale Beziehung zwischen beiden herzustellen.) Für das Jahr 1924 können seine Daten zwingend aufzeigen, daß ein sehr hoher Anteil aller treuen Katholiken Zentrum gewählt hat und daß diese Häufigkeit ein deutliches Stadt-Land-Gefälle aufweist.

Wie aber haben die Katholiken, die 1924 nicht Zentrum gewählt haben, gestimmt? Hier stellt Schauff eine starke Linkstendenz fest. Fast die Hälfte von ihnen wählt eine sozialistische Partei, darunter allein 16 % kommunistisch. Damit liegt hier der Anteil der kommunistischen Stimmen weit über dem der evangelischen Wähler. Dies kann allein dadurch erklärt werden, daß die nicht praktizierenden und die nicht Zentrum wählenden katholischen Arbeiter schon eine Auswahl darstellen, unter denen nur die radikaleren Arbeiter übrigbleiben. Aber auch die katholischen Wähler bürgerlicher Parteien wählen die nicht ganz rechtsstehenden: so hat die DNVP hier weniger, die DVP mehr Stimmen als unter evangelischen Wählern.

Diese Verschiebung im bürgerlichen Lager könnte auf einer ähnlich selektiven Zusammensetzung der kirchentreuen, bürgerlichen Katholiken beruhen. Es könnten hier aber auch soziale Unterschiede zwischen den Konfessionen zugrunde liegen. Sowohl die sehr detaillierte Berufszählung im Deutschen Reich von 1907⁶ als auch die

⁶ Siehe Georg Neuhaus, Die berufliche und soziale Gliederung des deutschen Volkes, München-Gladbach 1911, S. 84.

Volkszählung in der Bundesrepublik von 1950⁷ zeigen, daß in den einzelnen Berufsgruppen die Evangelischen eine höhere Sozialposition einnehmen als die Katholiken. Evangelische in allen Berufsgruppen wohnen besonders häufig in Großstädten, Katholiken dagegen überwiegend in Kleinstädten und Dörfern. Obwohl für die zwanziger Jahre keine ähnlichen, nach Konfessionen aufgegliederten Zählungen vorliegen, können wir annehmen, daß trotz der eingetretenen Gebietsveränderungen hier die Verteilung der Konfessionen auf die Berufe ähnlich ausgesehen hat. Möglicherweise läßt sich die Linkstendenz der katholischen gegenüber den evangelischen Wählern aus dieser andersartigen Zusammensetzung erklären.

Tabelle 3.1.2 – Die Verteilung der erfaßten katholischen Stimmen und aller abgegebenen Stimmen auf einen sozialistischen, liberalen und konservativen Block im Reich bei der Reichstagswahl vom Dezember 1924¹

	Erfasste katholische Stimmen		Alle abgegebenen Stimmen	
	inkl. kath. Parteien %	exkl. kath. Parteien %	inkl. kath. Parteien %	exkl. kath. Parteien %
Zentrum und Bayer. Volkspartei	55,3		17,3	
Andere kath. Parteien	4,0		5,7	
Sozialisten	18,8	46,2	35,2	45,7
davon Kommunisten		6,5		8,9
Liberale	12,6	31,0	19,7	25,6
Konservative	9,3	22,8	22,1	28,7
	40,7	100,0	77,0	100,0
	100,0		100,0	

¹ Quelle: J. Schauff, a. a. O., S. 128. «Erfasste katholische Stimmen» sind die Wahlergebnisse aus denjenigen Kreisen, deren Einwohner zu mindestens 90 % katholisch sind. Das sind in Preußen immerhin 50 % der katholischen Einwohnerschaft.

Die Tabelle 3.1.2 zeigt sehr deutlich, wie stark sich das Wahlverhalten der Katholiken von dem der Gesamtbevölkerung abhebt. Dies ist in erster Linie dem Erfolg der katholischen Parteien zuzu-

⁷ Siehe F. Groner, a. a. O.

schreiben. Überraschend ist aber nach Abzug der Stimmen für katholische Parteien, wie sehr sich evangelische und katholische (Nicht-Zentrums-)Wähler in der Verteilung auf die bürgerlichen und die Arbeiterparteien ähneln. Wenn wir voraussetzen, daß die Entscheidung für sozialistische oder für liberale und konservative Parteien vornehmlich von der Berufsschicht der Wähler bestimmt ist, fällt auf, daß unter den 40 % der katholischen Wähler, die nach Abzug der Zentrumsstimmen noch bleiben, ebenso viele nichtsozialistische Stimmen sind wie im gesamten Wahlergebnis (vgl. in Tabelle 3.1.2 die Spalten 2 und 4). Daraus läßt sich auf die Berufszugehörigkeit der Zentrumswähler zurückschließen: Sie müssen sich recht gleichmäßig auf bürgerliche und Arbeiterberufe verteilen, wenn ihr Abzug keine Gewichtungen bei den restlichen katholischen Stimmen erkennen läßt.

Damit wirkt das Zentrum in der Parteienstruktur der Weimarer Republik wie ein Fremdkörper. Insgesamt sind die politischen Frontstellungen mit wirtschaftlichen Interessengruppen sehr gut zu identifizieren. Nur das Zentrum bezog seine Wählerschaft auf Grund der kirchlichen Bindung – unabhängig von den wirtschaftlichen und beruflichen Interessenlagen.

Wahlanalysen aus der Weimarer Zeit bestätigen also, daß das Nebeneinander verschiedenartiger politischer Faktoren in der Bundesrepublik keine neuartige Erscheinung ist. Auch in der Weimarer Republik, die so reich ist an kleinen, rein wirtschaftlichen Interessenparteien, trägt das Wahlverhalten der treuen Katholiken aller Berufsgruppen zur Entschärfung der schichtspezifischen Gegensätze bei. Im Reichstag wurde diese Funktion des Zentrums besonders deutlich, da es sowohl mit den Parteien auf der Rechten als auch auf der Linken Koalitionen einzugehen bereit war. In einer Parteienstruktur, die die vielfältigsten wirtschaftlichen Sonderinteressen widerspiegelt, kann nur eine Partei, die ihre Wählerschaft mit Hilfe von nicht-ökonomischen Kriterien hinter sich vereinigt, eine solche vermittelnde Funktion ausüben.

Die politischen Fronten in der Wählerschaft der Vor- und Nachkriegszeit zeigen sowohl nach konfessionellen als auch beruflichen Kriterien eine gleichartige Struktur. Ihnen stehen jedoch andere

Parteien als Wahlalternativen gegenüber: Insbesondere die Vereinigung von «bürgerlichen» und «katholischen» Wählern in einer Partei hat dazu beigetragen, daß das politische Geschehen in der Bundesrepublik in einem stark veränderten Rahmen verläuft.

Jedoch, auch schon ein rein äußerer Umstand hat das Verhältnis der Konfessionen in der Bundesrepublik gegenüber dem der Weimarer Republik verändert: Die Gebiete mit überwiegend katholischer Bevölkerung, damit also auch diejenigen mit der stärksten Zentrumsanhängerschaft, waren in Oberschlesien, im Rheinland, in Westfalen, in der Pfalz und Bayern – also mit einer Ausnahme in Gebieten, die heute zur Bundesrepublik gehören.

Im Deutschen Reich bildeten die Katholiken eine Minderheit von 32 %, in der Bundesrepublik stellen sie fast die Hälfte der Bevölkerung: 45 %. Damit ist eine Zielsetzung des politischen Handels, das für die Zentrumspolitiker immer so entscheidend war, gegenstandslos geworden: sich als konfessionelle Minderheit gegenüber einer Übermacht zu behaupten. Wie sehr dieses Bewußtsein der Minderheitssituation die Politik des Zentrums bestimmt hat, geht aus den Reden und Zielsetzungen von Zentrumspolitikern immer wieder hervor: Die Forderung nach anteilmäßiger Besetzung von Staatsämtern, die Forderung nach besonderem Schutz von katholischen Schulen und Anstalten, das Streben nach einer vertraglichen Verpflichtung des Staates in einem Konkordat mit dem Vatikan zeugen von diesem Bemühen. Auch ein Teil des Appells des Zentrums an seine Wählerschaft beruhte auf dem Minderheitsbewußtsein. Das sprunghafte Ansteigen der Wahlbeteiligung von Katholiken während des Kulturkampfes, das völlig der Zentrumspartei zugute kam (von der Wahl 1874 bis 1884 sehr deutlich ausgeprägt), zeigt, daß gerade das Gefühl der Bedrohung katholischer Interessen einen besonders großen Teil der Wählerschaft hinter dem Zentrum vereinen konnte.

In der Bundesrepublik kann ein solches Gefühl der Notwehr in einer Minderheitssituation nicht mehr aufkommen. Die ersten Wahlen nach dem Kriege waren von größeren Schwankungen und bedeutenden regionalen Unterschieden gekennzeichnet. Entscheidend mag hier gewesen sein, wie sich die jeweiligen örtlichen Parteien or-

STRUKTUR DER WÄHLERSCHAFT

ganisieren konnten und welche bekannten Persönlichkeiten sie herausstellen konnten. Aber schon 1949⁸ zeigte sich, daß sich die Wähler auf die großen Parteien festlegten und daß sich örtliche Unterschiede ausglich.

Erstaunlich war von Anfang an, daß die SPD sich in vielen Wahlkreisen wieder genauso stark zeigte wie vor dem Kriege⁸. Im bürgerlichen Lager dagegen entstand eine völlig veränderte Parteistruktur. Mit dem Auftreten der CDU wurden verschiedene politische Richtungen unter ein Dach gebracht. Damit war in der Bundesrepublik eine eigene Partei für die Durchsetzung der politischen Ziele des Katholizismus nicht mehr nötig. In vielen Teilen Deutschlands entstand das Zentrum nicht wieder. Aber auch in den Wahlkreisen, in denen sich sowohl Kandidaten des Zentrums als auch der CDU den Wählern stellten, blieb der Anteil der Zentrumspartei hinter dem der CDU zurück. Dabei war der Anhang beider Parteien zusammen überall größer als die Vorkriegswählerschaft des Zentrums⁹. Das Zentrum mußte nach dem Abwandern vieler seiner anfänglichen Wähler schon 1953 auf die Nominierung von Kandidaten für den Bundestag verzichten. Vermutlich sind die meisten seiner Wähler zur CDU übergegangen.

Ein Grund dafür, daß die CDU nach dem Kriege eine andere Politik einschlug als das Zentrum, mag in den veränderten konfessionellen Verhältnissen liegen. Jedenfalls ist die Alternative der Parteien, die der Wähler bei der Bundestagswahl vor sich hat, ganz anders als bei den Reichstagswahlen. Zwei Veränderungen sind dabei in unserem Zusammenhang von besonderer Bedeutung:

1. Die verfassungsmäßigen Hürden machen es kleineren Parteien in der Bundesrepublik sehr viel schwerer, eine Vertretung im Parlament zu erlangen. Den 14 Fraktionen im Reichstag von 1930 stehen im Bundestag 1961 nur noch 3 Fraktionen gegenüber. Dies wirkt auch auf die Wähler schon dahingehend, daß sie sich weitgehend auf

⁸ Dies hat G. Franz, a. a. O., S. 65–68, am Beispiel Niedersachsen für einzelne Wahlkreise sehr deutlich zeigen können. Hier erhielt die SPD in den ersten Wahlen vermutlich einen größeren Anteil von Stimmen der Flüchtlinge, die aber schon 1949 zu anderen Parteien – und besonders dem BHE – übergingen.

⁹ Derselbe, a. a. O.

die Alternative zwischen den großen Parteien beschränken, um zu vermeiden, daß ihre Stimme an eine Partei «verloren geht», die nicht die 5 %-Hürde überspringen wird.

2. Der CDU ist es gelungen, die betont katholischen Stimmen mit dem größten Teil der betont «bürgerlichen» auf eine Partei zu vereinen.

Dies hatten schon vor dem ersten Weltkrieg Zentrums Politiker unter Führung von Bachem versucht. Auch nach 1918 wurde von Reichstagsabgeordneten und besonders von seiten des christlichen Gewerkschaftlers Stegerwald angestrebt, das Zentrum aus seinem «katholischen Turm» herauszuführen. Angesichts der Aufgabe, im Nachkriegsdeutschland ein politisches Leben wieder aufzubauen, gelang es nun zum erstenmal an verschiedenen Orten – zunächst unabhängig voneinander –, eine «christliche Partei», die beide Konfessionen umschloß, zu bilden. Sie sollte auf keinen Fall den Namen «Zentrum» tragen, um nicht evangelische Wähler abzuschrecken. Sie sollte alle christlichen Gruppen, sowohl die liberalen als auch die früheren Konservativen, umfassen, um zu verhindern, daß sich wie in der Weimarer Republik erneut eine «nationale Opposition» bilden könne und daß sich die nichtsozialistischen Wähler wieder in einer großen Zahl kleiner Parteien zersplitterten. Eine rein katholische Partei war schon in der Weimarer Republik auf feste Grenzen gestoßen, wenn sie ihre Anhängerschaft erweitern wollte. Zwar konnte sie auf ihre Wählerschaft als einem festen Stamm mit Sicherheit rechnen, aber ebenso sicher konnten Zentrums Politiker bei allen anderen Wählern nicht über das Hindernis hinwegkommen, die «katholische Partei» zu sein.

Zunächst sah es nach dem Krieg so aus, als ob sich im Rheinland und in Westfalen durch die Gründung zweier Parteien mit ehemaligen Zentrums Politikern nun die politischen Kräfte im Katholizismus spalten würden¹⁰. Aber nach anfänglichem Zögern entschlossen sich die katholischen Bischöfe auf einer Zusammenkunft im August 1945 in Werl, ihre ganze Unterstützung der CDU zukommen zu lassen. Auch die evangelische Kirche unterstütze die «christliche

¹⁰ Siehe hierzu Hans-Georg Wieck, Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953, besonders S. 87 ff.

Union». Trotz mancher theologischen Bedenken erklärten führende Vertreter der evangelischen Kirche in einer Entschließung der Treysaer Kirchenkonferenz, daß die Bemühungen ihre Unterstützung fänden, «das Wiederaufleben der Zentrumsparlei zu verhindern und statt dessen ein Zusammengehen beider Konfessionen auf dem Boden der <Christlichen Union> zu ermöglichen»¹¹.

Ausdrücklich spielte in alle diese Überlegungen das Bemühen hinein, eine Konzentrierung aller nichtsozialistischen Parteien zu erreichen und eine Aufspaltung in verschiedene weltanschauliche Lager zu verhindern¹². Nachträglich können wir nun beurteilen, daß dieser Versuch gelang. Die Gründung und der Erfolg der CDU war entscheidend dafür, daß sich die Struktur der Parteien in der Bundesrepublik gegenüber Weimar grundlegend änderte.

Die Bemühungen der SPD jedoch, ihrerseits über die Grenzen hinaus, die ihr in der Weimarer Republik als sozialistischer Partei gesetzt waren, einen Einbruch in bürgerliche Wählerschichten durchzuführen, waren weniger erfolgreich. Schumacher meinte in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch, daß die Zerstörung von Besitz und der Vorstellung von bürgerlicher Sicherheit der SPD ermöglichen könnten, eine breitere soziale Basis zu gewinnen. «Mit dem Nazismus in Deutschland ist auch sein großer Auftraggeber, das kapitalistische System, zusammengebrochen. Wie in den anderen Ländern kämpfen jetzt die deutschen Sozialdemokraten darum, den Mittelstand auf die Seite der demokratisch gesonnenen Arbeiter herüberzuziehen. Das ist die erste Voraussetzung des Erfolgs. Die andere wäre die, auch die deutsche Jugend für die großen Ideen des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus zu begeistern.»¹³ Wie sich zeigt, sind auch 1966 noch immer 70% der SPD-Wähler Arbeiter, aber nach wie vor dem Kriege wählt ein großer Teil – besonders der katholischen – Arbeiterschaft eine nichtsozialistische Partei. Während es also der CDU gelungen ist, die Grenzen, die dem Zentrum auf der einen und den nationalen und liberalen Parteien auf der anderen Seite gesetzt waren, zu durchbrechen und sich

¹¹ Zitiert nach H.-G. Wieck, a. a. O., S. 227.

¹² Siehe H.-G. Wieck, a. a. O., S. 62 f.

¹³ Kurt Schumacher, Nach dem Zusammenbruch, Hamburg 1948, S. 139.

eine Wählerschaft auf breiterer Basis zu schaffen, als sie je eine Partei in der Weimarer Republik gehabt hat, ist der SPD der Durchbruch in andere Wählerschichten nicht gelungen. Weiter war die Konzeption der CDU darin erfolgreich, auch im Bewußtsein der Wähler die SPD auf ihre Tradition als sozialistische und als Partei der Arbeiter festzulegen. Die Analyse des Trends der SPD-Zunahme in Nordrhein-Westfalen hat gezeigt, daß sie auch heute hieraus nur ausbrechen kann, solange ihr kirchliche Bindungen nicht im Wege stehen. Der Einbruch der SPD ist in erster Linie bei Nichtkirchgängern erfolgt, und dadurch, daß die kirchliche Bindung insgesamt nachgelassen hat.

2. Vergleich der Wählerstruktur in Frankreich, Holland und England

a) Frankreich in der Vierten Republik

Von allen hier zur Diskussion stehenden Ländern ist in Frankreich die kirchliche Teilnahme am besten erforscht. In den amtlichen Zählungen der katholischen Kirche und auf Grund der ausgedehnten Forschungen von Boulard und Le Bras können wir die Kirchentreue hier sowohl regional als auch nach sozialen Gesichtspunkten beurteilen.

Im allgemeinen liegt der Kirchenbesuch in Frankreich bei 37 %¹⁴. Dabei müssen wir jedoch große regionale Unterschiede berücksichtigen. Boulard und Le Bras haben in ihren *Cartes Religieuses*¹⁵ festgestellt, daß in der Bretagne, der Vendée und in Teilen der Normandie 60 % der Bevölkerung die Sonntagsmesse regelmäßig besuchen, im Osten (Elsaß-Lothringen) und Norden (Département du Nord und Pas-de-Calais) sind es etwa 50 %, in Paris jedoch nur 25 %. Große Teile Mittelfrankreichs mit Sens und ein Teil von Südfrankreich, ein großer Teil der Städte und im allgemeinen auch die Industriegebiete gehören zum «Missionsland», wo 20 % der Kinder nicht getauft sind und die christlichen Jahresfeste im allgemeinen nicht gefeiert werden.

Dies bestätigt auch Godin und Daniel¹⁶. Sie zeigen, daß etwa 8 Millionen Franzosen konfessionslos sind, davon die meisten in

¹⁴ Nach einer Untersuchung des Institut Français de l'Opinion Publique kamen 1952 51 % der Katholiken Frankreichs ihrer Osterpflicht nach, 37 % gingen regelmäßig zur Messe. Siehe *Sondages (Revue de l'Opinion Publique)*, 14, 4, Paris 1952. Dies bedeutet einen Anstieg im Kirchenbesuch gegenüber den Daten von F. Boulard für 1944: 34,2 % aller Katholiken über 14 Jahren kamen zu dieser Zeit ihrer Osterpflicht nach. Siehe: Fernand Boulard, *Premiers Itinéraires en Sociologie Religieuse*, Paris 1954, S. 24.

¹⁵ Mehrfach veröffentlicht, zuletzt F. Boulard, a. a. O.

¹⁶ H. Godin und Y. Daniel, *La France – Pays de Mission?*, Paris 1950, S. 79–81.

den Städten und Industriegebieten. Insgesamt besuchen zwischen 40 und 90 % der Bauern regelmäßig die Kirche, die Industriearbeiter zwischen 12 und 30 %¹⁷.

Außer mit dem Beruf variiert die kirchliche Bindung also nach Religionen. Die Reihenfolge der Berufe in einer Skala der Kirchentreue ist dabei überall die gleiche. Die Durchschnittshäufigkeit, also das Niveau, auf dem diese Rangfolgen jeweils anzusetzen sind, variiert dagegen sehr stark. Aber auch in stark religiösen Gebieten bleibt die kirchliche Beteiligungsquote hinter den Durchschnittswerten deutscher Städte zurück. Dies zeigt ein Vergleich des Kirchenbesuchs verschiedener Berufsgruppen mit einer Reihe von Städten, die für Frankreich überdurchschnittlich hohe Kirchenbesuchsziffern aufweisen.

Obwohl diese Städte eine Auswahl darstellen, in denen der Kirchenbesuch besonders hoch ist, ist die Beteiligung im Vergleich zu den

Tabelle 3.2.1 – Kirchenbesuch der katholischen Bevölkerung nach Berufsgruppen in einigen französischen Städten¹

	Nantes %	Lille %	St-Etienne %	Lens %	Brest %
Arbeiter:					
Alle Arbeiter	10		10	6	13
Bergleute über Tag				6	
unter Tag				3	
Beamte und Angestellte:					
Einfache (niedere)	33		30	24	40
Mittlere (gehobene)	29	34	50	22	25
Höhere	26	45	50	22	42
Ingenieure	31	51	60	65	
Selbständige:					
Bauern				40	
Handwerker	25	14	20		20
Kaufleute	19	17	26	15	25
Freiberuflich Tätige	53	60	40	50	62

¹ Fernand Boulard, *Wegweiser in die Pastoralsoziologie*, München 1960, S. 79. Wichtig ist zu beachten, daß bei den Berufsgruppen sowohl Männer als auch Frauen enthalten sind.

¹⁷ Siehe F. Boulard, a. a. O.

Tabelle 3.2.2 – Parteiwahl und kirchliche Bindung in Frankreich (1952)¹

	Kirchen- treu	Prakti- zierend	Keine äußerliche kirchliche Bindung	Keine kirchliche Bindung	
	%	%	%	%	%
Kommunisten	—	13	10	77	100
Sozialisten	9	24	21	46	100
Radikale	14	26	20	40	100
Gaullisten	50	26	12	12	100
Konservative	56	29	9	6	100
Christliche Demokraten	73	23	2	2	100
Alle katholisch getauften	34	28	14	24	100
Ganze Bevölkerung	26	23	12	19	80

¹ Quelle: Sondages, a. a. O., S. 40-41.

Kirchenbesuchsziffern in Deutschland sehr gering. Die Arbeiter in Nordrhein-Westfalen gehen selbst in den Großstädten zu 27% regelmäßig in die Kirche, in ländlichen Gebieten wie dem Wahlkreis Arnsberg-Soest sogar zu 72%¹⁸. Nur in den Großstädten Nordrhein-Westfalens finden wir einen deutlichen Abstand in der Häufigkeit des Kirchenbesuchs katholischer Arbeiter von den anderen Berufsgruppen. Aber selbst hier gehen die Angehörigen aller Berufsgruppen häufiger zur Kirche als in den untersuchten französischen Städten.

In allen fünf französischen Städten ist ein deutlicher Abstand zwischen der besonders geringen kirchlichen Bindung der Arbeiter und der anderen Berufsgruppen. Der Kirchenbesuch ist relativ häufig bei den Angehörigen des neuen Mittelstandes: den Angestellten, Beamten und Ingenieuren, aber auch bei den Bauern und freiberuflich Tätigen. Kleine Kaufleute und Handwerker gehen demgegenüber schon seltener zur Kirche – alle aber bleiben gegenüber den Arbeitern deutlich abgehoben: Kirchliche Bindung ist in Frankreich weitgehend auf die bürgerlichen Berufe beschränkt.

¹⁸ Um die Zahlen vergleichbar zu machen, sind auch diese Angaben für Männer und Frauen zusammen berechnet. Sie liegen daher etwas höher, als die Tabellen in den vorherigen Kapiteln zeigen.

Daher verstärken sich in Frankreich schichtspezifische und kirchlich bedingte Einflüsse auf das Wahlverhalten gegenseitig. Hier lassen sich die Parteien – von den Kommunisten als dem antikirchlichen Extrem bis zu den Christlich-Demokratischen, dem kirchentreuen Extrem – durchgehend auf einer Skala nach dem Anteil der kirchentreuen Mitglieder unter ihren Wählern aufreihen.

Unter den Wählern der Christlichen Demokraten sind hier 73 % kirchentreu, unter den Sozialisten dagegen nur 9 % und unter den Kommunisten weniger als 1 %. Mit Ausnahme der Christlichen Demokraten, die auch in Frankreich ihre Wählerschaft in allen Berufsgruppen finden, sind die Parteien mit mehr katholischen Stimmen auch gleichzeitig diejenigen mit mehr bürgerlichen Wählern. Und es sind die Arbeiterparteien, bei denen der Stimmenanteil von Wählern ohne kirchliche Bindung groß ist¹⁹. Bei allen diesen Parteien ist es schwer, zu entscheiden, wieweit der kirchliche Faktor bei der Wahlentscheidung mit entscheidend ist oder ob nicht schon die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Berufsgruppe die Parteiwahl vorherbestimmt. Da aber auch die kirchliche Bindung eindeutig schichtspezifisch verteilt ist, kann ein möglicher kirchlicher Faktor die Wahlentscheidung hier nur in Richtung auf eine entschiedene Spaltung zwischen bürgerlichen und Arbeiterstimmen verstärken. Der kirchliche Faktor verschärft hier eher die sozioökonomischen Gegensätze zwischen den Parteien als sie – wie in der Bundesrepublik – auszugleichen.

b) Die Niederlande

Die Niederlande sind durch ihre konfessionelle Aufspaltung gekennzeichnet. Vor allem fällt der hohe Anteil in der Bevölkerung auf, der überhaupt keiner Kirche angehört: 17 %. 38,5 % der Bevölkerung sind katholisch, 31 % gehören der Niederländisch-Reformierten Kirche (Neederlands Reformde Kerk), etwa 10 % der Christlich-Reformierten Kirche (Kristelijk Gereformeed Kerk) an. Diese

¹⁹ Zur Zusammensetzung der französischen Parteien nach Berufsgruppen siehe: S. M. Lipset, a. a. O., S. 154–163.

STRUKTUR DER WÄHLERSCHAFT

Gruppen sind allerdings regional wieder sehr unterschiedlich verteilt: In den südlichen Provinzen Brabant und Limburg sind über 85 % der Einwohner katholisch, in den drei nördlichen Provinzen Friesland, Groningen und Drente stellen die Katholiken weniger als 10 % der Bevölkerung. Regionale Verschiedenheiten fördern noch die konfessionellen Spannungen. Die Konfessionszugehörigkeit ist ein entscheidendes soziales Kennzeichen in den Niederlanden: Der großen Anzahl von Konfessionslosen stehen Gläubige mit einer sehr hohen kirchlichen Bindung gegenüber. Die Katholiken der Niederlande sind neben den Iren die kirchentreuesten in ganz Europa, und kein protestantisches Land kann eine solche hohe Kirchenfreudigkeit aufweisen wie die Niederlande.

Tabelle 3.2.3 – Konfession und Kirchenbesuch in den Niederlanden¹

Katholisch	89 %
Christlich-Reformiert	82 %
Niederländisch-Reformiert und andere	35 %

¹ Zitiert nach J. J. de Jong, Overheid en Onderdaan, Wageningen 1956, S. 185.

Die scharfe Trennung zwischen den Konfessionen und zwischen kirchlich Gebundenen und Konfessionslosen bestimmt das politische Leben in Holland. Die Parteien sind eindeutig durch die Konfession ihrer Wähler charakterisiert: die Katholische (KNP) als katholische Partei, die Antirevolutionäre (ARP) als die Partei der beiden protestantischen Gruppen, die Christlich-Historische (CHU) als die Partei der Niederländisch-Reformierten. Unter den Sozialisten (PvdA) finden wir wiederum ein eindeutiges Übergewicht der Wähler ohne Konfession. Innerhalb der Konfessionen jedoch unterscheiden sich Kirchenbesucher von Nichtkirchenbesuchern: Sozialisten und die Liberale (VVD) werden von den Nichtkirchenbesuchern bevorzugt. Die Zusammensetzung der Wählerschaft insgesamt ist in Holland nicht so sehr von den Verhältnissen in der Bundesrepublik unterschieden. Jedoch sind die konfessionellen Gegensätze dort wesentlich schärfer ausgebildet: Jede der Konfessionen hat ihre eigene Partei, und auch für die Wähler, die keiner Kirche angehören oder nur nominelle Mitglieder sind, ergeben sich schon hieraus politische Fol-

Tabelle 3.2.4 – Konfession, Kirchenbesuch und Parteipräferenz in Holland (1954)¹

Konfession	Kirchen- besuch	Sozia- listen (PvdA)	Käth. (KNP)	Anti- rev. (ARP)	Christl.- Histo- rische (CHU)	Libe- rale (WD)	Komm- nisten (CPN)	Keine Angaben	
	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Katholiken	Ja	1	89	—	—	—	—	10	100
	Nein	17	44	2	—	2	—	35	100
Niederländ.- Reformiert	Ja	17	—	17	44	6	—	16	100
	Nein	40	—	5	17	17	—	21	100
Christlich- Reformiert	Ja	2	—	81	2	—	—	15	100
	Nein	26	—	61	—	—	—	13	100
Keine Konfession	Nein	55	—	—	1	9	4	31	100

¹ Quelle: J. J. de Jong, a. a. O., S. 183.

gerungen. Hier sind 96 % der Wähler der Katholischen Volkspartei katholisch, dabei wählen die Kirchgänger zu 89 % und die Nichtkirchgänger zu 44 % «ihre» Partei. Die Wähler der Christlich-Historischen Partei dagegen gehören fast ausschließlich (zu 94 %) der Niederländisch-Reformierten Kirche an, die Sozialisten dagegen sind zu 41 %, die Kommunisten zu 71 % konfessionslos. Es nimmt nicht wunder, daß bei einer solchen Aufteilung der Wählerschaft in konfessionelle Gruppen kirchliche Fragen in den Vordergrund des politischen Interesses rücken. Damit wollen wir nicht die Kausalitätskette verkehren: Zunächst bestimmen kirchliche Gegensätze die politische Parteibildung in den Niederlanden, da die Fronten nun aber auch organisationell verfestigt sind, wird durch diese Fragen die politische Polemik weitgehend bestimmt.

c) England

In England ist ein Einfluß von Konfession und kirchlicher Bindung auf das Wahlverhalten nur schwer zu bestimmen. Die Verteilung der Konfessionen variiert sehr stark nach Region und Berufsschicht. Da aber die Volkszählungen keine Angaben zur Konfession erheben,

müssen selbst diese Daten aus Umfragen entnommen werden. Wenn wir uns nur auf England beschränken (also unter Ausschluß von Nordirland und Schottland), dann ergeben diese Umfragen einen Anteil von 62 % der Staatskirchen (davon 55 % der Mitglieder der Church of England und 7 % der Church of Scotland), 14 % Nonkonformisten, 11 % Römisch-Katholische, 5 % andere und 7 % ohne Angaben²⁰. In der Verteilung der Parteipräferenzen ergeben sich zwischen den Konfessionen sehr große Unterschiede: Mitglieder der Church of England wählen zu 45 % konservativ, zu 37 % sozialistisch. Unter den Katholiken dagegen wählt nur ein Drittel, 33 %, konservativ und mehr als die Hälfte, 51 %, sozialistisch. Noch eindeutiger überwiegen die Sozialisten unter den Wählern ohne Konfession (17 % konservativ, 54 % sozialistisch). Jedoch sind diese Unterschiede zum Teil nur der Ausdruck von schichtbedingten Parteipräferenzen. Unter den Katholiken ist ein überproportional großer Anteil von Arbeitern, die zudem oft auf Grund ihrer irischen Herkunft nicht voll integriert sind. Wahrscheinlich erklärt der hohe Arbeiteranteil, warum die Teilnahme am Gottesdienst (mit 40 % der Katholiken) in England besonders niedrig ist.

Die verschiedenen Analysen des Wahlverhaltens in England kommen übereinstimmend zu dem Schluß, daß hier wie in keinem anderen Land die politischen Fronten durch die Interessengegensätze zwischen verschiedenen Berufsgruppen bestimmt seien.

«Von allen Demokratien ist England jene, in der es noch am meisten Klassenbewußtsein gibt und in der die Unterschiede zwischen den Klassen und die daraus folgenden Regeln des sozialen Verkehrs am meisten bewußt sind... Die meisten unserer Befragten wählten so, wie sie meinten, daß es ihrem Klasseninteresse entspräche.»²¹ Ebenso begründet Bonham, warum in England regionale und kon-

²⁰ Diese Angaben stammen aus einer Wahlumfrage von 1951. Sie sind entnommen aus: J. J. de Jong, a. a. O., S. 89–92. Seine Angaben stimmen im allgemeinen mit den Ergebnissen der BIPO Surveys überein, bei denen jedoch der Anteil der Befragten ohne Konfession mit durchschnittlich 9 % etwas höher liegt. Siehe hierzu: Osmund Schreuder, Soziographie der christlichen Kirchen in Europa, in: Oikos, Heft 2, Frankfurt 1964, S. 28–30.

²¹ M. Benney, A. P. Gray, P. H. Pear, How People Vote, London und New York (Routledge and Kegan Paul) 1956, S. 6 (Übersetzung E. B.).

fessionelle Unterschiede das Wahlverhalten wenig beeinflussen: «Die Einfachheit der britischen Sozialstruktur, der hohe Grad von nationaler Einheit und das Zweiparteiensystem haben dazu beigetragen, daß die Aufmerksamkeit sich auf die Verteilung des Reichtums an die Klassen konzentriert. Die britische Politik kennt fast überhaupt nicht jene Streitpunkte, die die sozialen Grenzen in anderen Ländern überkreuzen – zum Beispiel Rasse, Nationalität, Religion, die Interessen der örtlichen oder regionalen Gemeinden oder eines Landes, oder den Konflikt zwischen autoritären und parlamentarischen Methoden.»²² Aus Bonhams eigenen Angaben geht jedoch schon hervor, daß auch die englischen Parteien sich nicht allein auf die Wählerschaft einer Berufsschicht stützen. 1951 haben etwa 28 % der Arbeiter konservativ und 18 % der Angehörigen der Mittelklasse sozialistisch gewählt²³.

Dies ist nicht so sehr viel weniger als der Anteil der CDU unter den Arbeitern (32 %) und der der SPD unter Angestellten und Beamten (24 %). Die Abweichungen von dem Berufskriterium in England lassen sich jedoch auf andere sozioökonomische Faktoren zurückführen als die der Konfession oder kirchlichen Bindung.

Immerhin gibt es jedoch auch hier einen Unterschied im Wahlverhalten nach der Religionszugehörigkeit. Eine lokale Wahlstudie von

Tabelle 3.2.5 – Prozentsatz der sozialistischen Stimmen unter Arbeitern in Droylsden 1951¹

Kein Gottesdienst	64 %
Alle Kirchenmitglieder	60 %
Alle religiös Aktiven	56 %
Angehörige der römisch-katholischen Kirche	78 %
Angehörige der reformierten Kirchen	57 %
Angehörige der anglikanischen Kirche	56 %
Religiöse aktive Anglikaner	51 %

¹ P. Campbell, D. V. Donnison, A. Potter, a. a. O.

²² Siehe John Bonham, *The Middle Class Vote*, London (Faber and Faber) 1954, S. 194/95 (Übersetzung E. B.).

²³ Auf Grund seiner Angaben berechnet. J. Bonham, a. a. O., S. 173.

1951 in Droylsden zeigt, daß religiös gebundene Arbeiter öfter nicht-sozialistische Parteien wählen als solche, die an keinem Gottesdienst teilnehmen.

Im Gegensatz zur Bundesrepublik sind hier die Katholiken die eifrigsten Wähler der sozialistischen Partei. Bei einigen Konfessionen (etwa bei den besonders hoch angesehenen Anglikanern) erhöht die kirchliche Bindung auch die Wahrscheinlichkeit, daß Arbeiter die konservative Partei wählen. Dies braucht aber keineswegs überall der Fall zu sein. Gerade die Tatsache, daß in England katholische Hausfrauen²⁴ besonders häufig sozialistisch wählen, läßt vermuten, daß mit zunehmender kirchlicher Bindung die Konservativen nicht an Stimmen gewinnen. Da in England die kirchlichen Organisationen sehr stark auf Mitglieder aus bestimmten sozialen Schichten festgelegt sind, werden diese Organisationen auch selbst nach einer Reihenfolge des sozialen Prestiges eingestuft. Sollten sich hieraus auch Konsequenzen für das politische Verhalten ergeben, würde also die enge kirchliche Bindung an eine sozial niedrig bewertete kirchliche Organisation die Zahl der sozialistischen Stimmen erhöhen. Die kirchliche Bindung würde die Fronten zwischen den politischen Parteien schichtmäßig noch verhärten: Zugehörigkeit zu «Arbeiterkonfessionen» würde die sozialistische, Zugehörigkeit zu «bürgerlichen Konfessionen» würde die konservative Partei begünstigen. Da es keine englischen Wahlstudien gibt, die die kirchliche Bindung von verschiedenen Konfessionen in ihre Korrelationen einbezogen haben, muß dieser Erklärungsversuch eine Vermutung bleiben. Die Korrelation mit dem Kriterium der Konfessionszugehörigkeit bestätigt sie zunächst: Auch Katholiken und Nonkonformisten (als

²⁴ Siehe Robert Alford, *Party and Society*, Chicago (Rand McNally) 1963, S. 134-141. Alford gibt eine andere Erklärung für das Wahlverhalten der katholischen Frauen. Er meint, ein konservativer Zug der Labour Party würde diese veranlassen, die «Labour Party als legitimerweise konservative Partei anzusehen». Er setzt sich damit über die beobachtete Wahltendenz hinweg, erhebt die konservative Parteiwahl der Frauen und der Katholiken zum Axiom, um sie als unwägbares psychologisches Moment wieder in die Interpretation einzuführen. Für unseren Erklärungsversuch ist zudem seine Gegenüberstellung von Katholiken und «Protestanten» nicht brauchbar, da er damit protestantische Kirchen mit sehr unterschiedlichem sozialen Prestige zusammenfaßt.

Konfessionen mit niedrigem Status) der Mittelklasse wählen öfter die Labour Party, auch Anglikaner, die Arbeiter sind, öfter konservativ.

Tabelle 3.2.6 – Sozialistische Parteipräferenz nach Konfession und Schichtzugehörigkeit in England 1943, 1957 und 1962¹

	1943		1957		1962	
	%	n	%	n	%	n
Anglikaner:						
Arbeiter	55	(489)	66	(403)	57	(350)
Nichtarbeiter	30	(177)	22	(316)	22	(275)
Katholiken:						
Arbeiter	65	(112)	58	(78)	78	(50)
Nichtarbeiter	37	(32)	29	(45)	19	(26)
Nonkonformisten:						
Arbeiter	39	(185)	64	(98)	53	(51)
Nichtarbeiter	35	(174)	26	(91)	18	(45)

¹ BIPO Surveys Nr. 104, 1717 und 275, zitiert nach R. Alford, a. a. O., Tabelle 6-3, S. 136.

Mit Ausnahme der Arbeiter im Jahr 1957 und der Nichtarbeiter 1962 bevorzugen auch in derselben Berufsschicht Katholiken und Nonkonformisten häufiger die Labour Party als Anglikaner. Die Übersicht zeigt also zugleich, daß die konfessionellen Unterschiede in England an Bedeutung weit hinter denen zwischen den Berufsgruppen zurückstehen. England ist das Land, in dem die politischen Fronten am ehesten mit denen der sozialen Schichtung übereinstimmen. Die konfessionellen Bindungen scheinen diese Tendenz eher zu unterstützen als sie zu durchkreuzen.

3. Die Parteien und ihre Wähler in der Bundesrepublik

Wir haben zweierlei gesehen: Einmal ist der konfessionelle Faktor in der deutschen Politik keine neue Erscheinung; zum anderen finden wir auch in den Nachbarländern sowohl konfessionelle als auch schichtmäßige Gegensätze in der Wählerschaft. Beide Kriterien wirken in allen verglichenen Ländern und auch in der Weimarer Republik bei der Ausbildung politischer Fronten mit. Ihr Einfluß ist aber in jedem der Fälle verschieden. In der Weimarer Republik konnten die christlichen Parteien nur den Anspruch von Minderheiten vertreten, während in der Bundesrepublik der konfessionelle Gegensatz durch die Koalition bürgerlicher und christlicher Wähler in einer Partei in den Mittelpunkt des politischen Einflusses gerückt ist. Diese Zusammenfassung verschiedener politischer Kräfte ist, was die Bundesrepublik in dem hier gezogenen Vergleich von den Nachbarländern unterscheidet. Die katholischen bürgerlichen Wähler bilden den zentralen Pfeiler der Wählerschaft der CDU, der eine Brücke trägt, die sowohl der bürgerliche Nichtkatholik als auch der katholische Nichtbürgerliche begehen kann.

In der Bundesrepublik besteht damit eine Einfachheit des Parteiensystems, wie sie sonst nur in angelsächsischen Ländern mit ihrem Persönlichkeitswahlrecht zu finden ist. Diese Reduktion auf wenige politische Parteien ist in der Bundesrepublik erfolgt, obwohl sich hier – im Gegensatz zu England – die politischen Fronten gemäß verschiedener Kriterien gebildet haben. Die konfessionelle Scheidelinie in der Politik verläuft hier durch alle Berufsschichten hindurch, die Berufsschichten sind fast gleichmäßig in beiden Konfessionen vertreten. In England dagegen besteht eine starke Wechselbeziehung zwischen kirchlichen und schichtmäßigen Variablen. Sie verstärken sich in politischen Fragen eher gegenseitig und bilden daher das Modell einer schichtmäßig antagonistischen Parteistruktur.

Die Besonderheit der Situation in der Bundesrepublik wird noch

erstaunlicher, wenn wir sie mit der Politik in den Niederlanden vergleichen. Hier haben katholische, protestantische und antiklerikale Kräfte ebenso ihre eigenen Parteien gegründet wie die verschiedenen wirtschaftlichen Interessengruppen. Eine Vielfalt von Parteien ist die Folge, die die politischen Entscheidungen in einem sehr wenig flexiblen institutionellen Rahmen untereinander austragen müssen. Dieses Kennzeichen der vielen Parteien teilt Holland mit der Weimarer Republik wie auch mit der französischen Vierten Republik. Allerdings führten in der Weimarer und in der Vierten Republik konfessionell ausgerichtete Parteien ein Sonderdasein. In beiden bekämpften sich sehr starke politische Kräfte auf der extremen Rechten wie auf der extremen Linken. Dem Zentrum ebenso wie der MRP kam dabei immer wieder die Aufgabe zu, eine regierungsfähige mittlere Position zu stützen. Beide haben als ausgleichende Kraft ihre Stimme bald in diese, bald in jene Waagschale geworfen. Ihre Vermittlerrolle konnten sie auf Grund der besonderen Zusammensetzung ihrer Wählerschaft ausüben, die sie aus einem nach wirtschaftlichen Interessen ausgerichteten Parteiensystem heraushob. Sie verdankten dieser Besonderheit einen kontinuierlichen Einfluß in den jeweiligen Regierungen.

Der entscheidende Wandel in der Bundesrepublik war also die Bildung einer interkonfessionellen Partei. Die CDU führte die Katholiken aus ihrem Zentrumsturm heraus und brachte Bürgerliche, Arbeiter und Bauern in einer Partei unter. Diese Koalition verschiedenartiger politischer Kräfte war der Anstoß dazu, daß sich die Unterschiede zwischen den politischen Parteien in der Bundesrepublik mehr und mehr verwischten. Die Bevölkerungsgruppen, in denen die großen Parteien typischerweise ihre Anhängerschaft finden, sind nicht klar abgegrenzt. Eine eindeutige Anhängerschaft beweisen nur die Gruppen, bei denen sich beide Kriterien decken: die kirchlich gebundenen Katholiken in bürgerlichen Berufen für die CDU und die betont nichtkirchlichen Arbeiter für die SPD. Ein Evangelischer mit bürgerlichem Beruf, der häufig zur Kirche geht, kann schon allein deswegen SPD oder FDP wählen, weil er die CDU für eine Partei vorwiegend der Katholiken hält. Er kann aber auch, obwohl er nur noch wenig Bindung zu seiner Kirche hat, auf Grund seines bürger-

lichen Berufs die christliche Partei wählen. Viele katholische Arbeiter ziehen trotz ihrer Berufszugehörigkeit die CDU der SPD vor. In allen diesen Fällen, in denen sich zwei Gruppenzugehörigkeiten kreuzen, wird die Wahlentscheidung nicht leichtfallen.

Auf diese Wähler müssen sich die Bemühungen der Parteien richten, wenn sie ihre Anhängerschaft vergrößern wollen. Die Parteien müssen sich bemühen, nicht zu deutlich die Interessen einer Berufsschicht oder eine ausgeprägt feindliche oder hörige Einstellung zu den Kirchen zu zeigen. Mit einer antiklerikalen Haltung könnte die SPD die kirchlich eingestellten Arbeiter abschrecken. Bei nicht kirchlich gebundenen Angestellten wird sie versuchen, nicht als «Arbeiterpartei» oder als ausgeprägt «sozialistisch» zu gelten. Die CDU wird gegenüber Arbeitern die «Partei des ganzen Volkes», gegenüber Angestellten aber die Partei der bürgerlichen Wähler sein wollen. Keine der großen Parteien ist daran interessiert, einen der beiden Gegensätze in aller Schärfe auszutragen, wenn sie nicht einen Teil ihrer tatsächlichen und potentiellen Wähler verärgern will. Dagegen versuchen sie, die andere jeweils auf ein Extrem festzulegen. Die Tatsache, daß es der CDU lange Zeit gelungen ist, die SPD als nichtchristliche und sozialistische Partei hinzustellen, die SPD aber keinen Erfolg hatte, wenn sie die CDU mit «klerikal» und «antisozial» gleichzusetzen versuchte, hat dazu beigetragen, daß die CDU das Ziel, eine möglichst breite soziale Basis in ihrer Anhängerschaft zu haben, besser erreichte als die SPD.

Eine Beobachtung jedoch sticht aus der Vielschichtigkeit einander entgegenwirkender Faktoren verhältnismäßig eindeutig heraus: Die kirchentreuen Katholiken bilden ein einheitliches, zahlenmäßig sehr starkes Kontinuum in der deutschen Politik. Diese Gruppe bildete mit ihrer unbeirrten Unterstützung des Zentrums schon einen stabilisierenden Faktor im Verhältnis der Parteien der Weimarer Republik. Sie ist in der Bundesrepublik wieder eine zuverlässige Stütze der CDU als stärkster Partei. Die kirchentreuen katholischen Wähler zeigen in ihrem Wahlverhalten damals wie heute Züge, die wir als typische Verhaltensformen von Interessen- oder Minderheitengruppen kennen.

Die Schwankungen der Wahlbeteiligung im Deutschen Reich demon-

strieren diesen «Interessencharakter» der katholischen Stimmen deutlich. Schauff²⁵ weist in seiner Analyse von Wahlstatistiken von 1871 bis 1924 nach, daß die Wahlbeteiligung der Katholiken in der Regel immer niedriger war als die der Evangelischen: allein bei den Wahlen von 1871 bis 1877 lag sie höher als die der Evangelischen (1871 114 0/0, 1874 120 0/0, 1877 106 0/0 des Reichsdurchschnitts). Die außerordentlich hohe katholische Wahlbeteiligung während dieses Zeitraums ist eindeutig auf die Aktivierung der politischen Kräfte im Katholizismus während des Kulturkampfes zurückzuführen. In diesen Zeitraum fällt auch eine sprunghafte Zunahme an Zentrumsstimmen (die Zahl der Sitze stieg von 73 (1871) auf 91 (1874)). Nach Beendigung des Kulturkampfes aber läßt die Wahlbeteiligung der Katholiken unmittelbar wieder nach: 1881 war die Wahlbeteiligung in katholischen Wahlkreisen 94 0/0 des Reichsdurchschnitts, sie stieg 1907 bis auf 98 0/0 und blieb dort auch während der ersten Wahlen in der Weimarer Republik.

Dieses Verhalten ist verständlich aus der Defensivposition des politischen Katholizismus gegenüber der evangelischen und preußischen Dominanz im Reich. In der Bundesrepublik jedoch muß eine solche Haltung erstaunlich sein, da die Katholiken nicht mehr als Minderheit in der Gesamtbevölkerung um ihre Rechte kämpfen müssen.

Dennoch hat Reigrotzki²⁶ im Wahlverhalten der katholischen Kirchgänger ähnliche Züge gefunden, die sich auch in unserer NRW-Umfrage wiederholen: Katholiken sowie Evangelische mit engster Kirchenbindung verbinden eine erhöhte Wahlbereitschaft mit einer geringeren Informiertheit in politischen Fragen. Bei den Katholiken zeigt sich die «Interessenhaltung» in der erhöhten Bereitschaft, «sich politisch zu entscheiden für oder gegen irgend etwas». Dabei ist die Richtung der Entscheidung in diesem Fall nebensächlich – wichtig ist nur, daß der Befragte eben schon ein Urteil über politische Entscheidungen bereit hat. Eine solche Verbindung der verschiedenen Dimensionen politischer Teilnahme nennt Reigrotzki die «typische Haltung der politischen Pressure Group», «die danach trachtet, ohne allgemeinere und tiefere Teilnahme Macht zu gewinnen, um ihr Spezial-

²⁵ J. Schauff, a. a. O., S. 57 ff.

²⁶ E. Reigrotzki, a. a. O., S. 91 ff.

STRUKTUR DER WÄHLERSCHAFT

interesse durchzusetzen. Diese Überbewertung des eigenen Interesses und die entsprechende Einengung des Gesichtspunktes ist für den Funktionär typisch»²⁷. Wir finden sie daher auch ausgeprägt bei den Wählern der kleinen Parteien: BHE, BP und DP, bei bestimmten Berufsgruppen wie bei den Landwirten und bei den kirchentreuen Katholiken.

Das Beispiel der Flüchtlinge und der Landwirte läßt die Interpretation als «Interessenhaltung» plausibel erscheinen. Warum aber sollten die kirchentreuen Katholiken eine solche Haltung einnehmen? Wenn wir besondere Interessen der katholischen Kirche – zum Beispiel die Durchsetzung konfessionell gebundener Volksschulen – ansehen, so folgt der größere Teil der katholischen Gläubigen ihrer Kirche in dieser politischen Forderung nicht. Wie eine EMNID-Umfrage zeigt, sprechen sich sogar die CDU-Wähler unter den Katholiken nur zu 54 % für Bekenntnisschulen aus.

Tabelle 3.3.1 – Bevorzugter Schultyp nach Konfession und Parteipräferenz

	Gemeinschafts- schule %	Bekenntnis- schule %	Keine Angaben %	n
EMNID 1960/61				
Katholisch:				
SPD	71	17	12	(351)
CDU	39	54	7	(1000)
FDP	78	17	5	(63)
Evangelisch:				
SPD	83	11	6	(283)
CDU	69	27	4	(276)
FDP	80	15	5	(98)

Unabhängig davon, welche Partei sie wählen, befürwortet ein überwiegender Teil der Evangelischen wie der Katholiken die Gemeinschaftsschule. Eine Mehrheit der Anhänger der Bekenntnisschule findet sich nur unter den CDU-wählenden Katholiken – aber auch hier setzen sich 4 von 10 für die Gemeinschaftsschule ein.

²⁷ E. Reigrotzki, a. a. O., S. 242–243.

Die Korrelation zeigt deutlich, daß die Unterstützung einer Partei noch lange nicht eine Übereinstimmung mit ihren einzelnen politischen Zielen beinhaltet. Für die Parteien selbst liegt es nahe, ihre Politik durch Hinweise zu rechtfertigen, etwa daß die hohe Zahl von katholischen Stimmen für die CDU als Votum für die kirchenpolitischen Ziele dieser Partei auszulegen sei oder die geringe Zahl von evangelischen Stimmen als ein Veto gegen diese Politik. Ein solcher Schluß aber läßt sich keineswegs ableiten. Wie sich hier zeigt, befürworten auch die CDU-Wähler nicht zur Mehrheit die Schulpolitik ihrer Partei. Aus unseren Korrelationen könnten wir die Vermutung ableiten, daß die Arbeiter, die sich einmal entschieden, CDU zu wählen, dies am ehesten durch kirchliche und konfessionelle Argumente begründen, da dies doch das objektive Merkmal ist, durch das sie sich auszeichnen. Linz²⁸ jedoch stellt fest, daß die katholischen Arbeiter, die CDU wählen, weit öfter Wohlstand und den wirtschaftlichen Aufschwung als entscheidenden Wahlgrund angeben, bürgerliche Wähler dagegen paradoxerweise eher religiöse Argumente ins Feld führen. Die Korrelation mit bestimmten Merkmalen in der Wählerschaft ergibt also noch keineswegs Aufschluß über die Motive, die bei der Wahlentscheidung maßgebend sind.

Am Ende unserer Arbeit steht also ein Fragezeichen. Wir haben den sozialen Ort des kirchlichen Einflusses in der Politik bestimmen können, haben aber wenig über die Motivationen der Wähler ausgesagt. Das Resultat unserer Überlegungen läßt sich nur als ein Paradox formulieren: Die Geschlossenheit der katholischen Stimmen erscheint uns als ein Kulturkampf ohne Gegner. Wir würden jedoch das methodische Prinzip unserer Arbeit verraten, wenn wir Spekulationen über diese Wählergruppe weiter verfolgen würden. Ehrlicher ist es, zuzugestehen, daß wir für weitergehende Erklärungen nicht über die nötigen Informationen verfügen.

So sehr die Stärke und die Wirkungschance der Parteien von der Zusammensetzung der Wählerschaft abhängen, so falsch wäre es aber auch zu meinen, daß die politischen Fronten dadurch völlig determiniert wären: In den Niederlanden und in der Bundesrepublik

²⁸ Siehe J. Linz, a. a. O., S. 246 ff.

haben wir eine ähnliche Zusammensetzung der Wählerschaft angetroffen, ein Vergleich der Parteienstruktur zeigt jedoch genau entgegengesetzte Folgen. Dort werden konfessionelle und kirchliche Gegensätze *zwischen* den Parteien ausgetragen. Der Einfluß der kirchlichen Organisationen ist institutionell fest verankert. In der Bundesrepublik dagegen haben sich die kirchlichen und konfessionellen Gegensätze nicht in diesem Maße institutionell verfestigt. Beide große Parteien vertreten mehrere soziale Gruppen mit oft widersprechenden politischen Zielsetzungen. Die politischen Gegensätze werden zunehmend innerhalb der Parteien schon ausgetragen, während die Diskussion zwischen den Parteien immer weiter entschärft wird. Die Entwicklung zu großen, umfassenden Volksparteien in der Bundesrepublik wurde ausgelöst und gefördert dadurch, daß die konfessionellen Fronten in der Politik die schichtmäßigen überdeckten.

Diese Situation hat zur Entschärfung der Parteifronten beigetragen und hat Parteien entstehen lassen, in denen selbst schon die politischen Gegensätze zwischen verschiedenen sozialen Gruppen ausgetragen werden. Sie hat aber zugleich auch bewirkt, daß der Themenkreis, mit dem die Polemik zwischen den Parteien geführt wird, sehr eingegrenzt wurde. Das Verhältnis der Kirchen zum Staat und ihr Einfluß auf politische Entscheidungen ist ein solcher Tabubereich. Keiner der beiden großen Parteien ist daran gelegen, diesen zum Thema einer öffentlichen Diskussion zu machen und damit das Wiederaufkommen einer Kulturkampfstimmung zu riskieren. Auch hier wird also die politische Auseinandersetzung nicht voll zwischen den Parteien ausgetragen, sondern es werden schon innerhalb der Parteien Interessen ausgehandelt und Kompromisse formuliert.

Aus der Überkreuzung von schichtmäßigen und konfessionellen Gegensätzen innerhalb der Struktur der Wählerschaft ergibt sich also eine wichtige Folgerung für das Verhalten der Parteien: ihre Politik kommt zustande als eine mittlere Linie zwischen den verschiedenen Interessen, die innerhalb ihrer Anhängerschaft vertreten sind. Die politischen Gegensätze werden entschärft und große, umfassende Parteien gebildet. Damit werden entscheidende politische Diskussionen innerhalb der Parteien ausgetragen. Ist hier einmal ein Kompro-

miß erreicht, so richtet sich das Bemühen der Parteien eher darauf, eine öffentliche Diskussion zu vermeiden, um nicht das prekäre Gleichgewicht innerhalb der eigenen Partei zu gefährden. Die Überkreuzung der politischen Gegensätze in der Wählerschaft kann damit gleichzeitig einen Grund angeben für die Stabilität der politischen Fronten in der Bundesrepublik als auch für das Fehlen grundlegender und scharfer politischer Gegensätze. Wandlungen und Stabilitätskrisen in der Politik der Bundesrepublik erscheinen als Veränderungen und Krisen der Parteien. Wenn die Auseinandersetzungen an die Öffentlichkeit getragen werden, wird die politische Diskussion stürmisch. Solange sie innerhalb der Parteien geführt wird, bleibt die Oberfläche ruhig und glatt.

Die Ergebnisse unserer Untersuchung fordern zu einer Vertiefung heraus. Wir konnten uns hier nur darauf beschränken, die sozialen Merkmale bestimmter Wählergruppen zu charakterisieren. Hieraus lassen sich schon Anhaltspunkte erkennen für die Art der Unterstützung, die die einzelnen Parteien genießen. Es ergeben sich daraus auch Schlußfolgerungen für die Konstellation der politischen Fronten in der Bundesrepublik. In beiden Richtungen sind unsere Überlegungen jedoch erst Ansätze einer Interpretation. Wie wir schon eingangs betonten, bedürfen wir zunächst einer solchen «Topographie der Wählerschaft», um unser Fragen nach den Gründen des Wahlverhaltens und den Ursachen der Korrelation bestimmter Parteipräferenzen mit sozialen Merkmalen ins Licht zu stellen. Unsere Analyse ist damit bewußt nur ein Glied in der Kette bisheriger und zukünftiger Wahluntersuchungen. Auf Grund des hier erreichten höheren Informationsniveaus sollte es möglich sein, die zentralen Zusammenhänge zwischen Parteipräferenz und Sozialstruktur in der Bundesrepublik herauszulösen und intensiv zu analysieren.

Selbst sorgfältige Beobachter des Wahlgeschehens wird es überraschen, *wie stark* die Wahlentscheidungen von der konfessionell-kirchlichen Bindung geprägt sind. Die Polemik gegen die «Konfessionalisierung», die Auseinandersetzung um das «C in der deutschen Politik» lassen die Ergebnisse dieser Untersuchung vielleicht als selbstverständlich erscheinen. Diese weitgehend ideologischen und

grundsätzlichen Diskussionen jedoch verdecken, wie gering die Informationen über die Bedeutung des kirchlichen Faktors im Wählerverhalten tatsächlich sind. Dem Anspruch der CDU, eine «christliche Politik» zu verfolgen, steht der Anspruch der anderen Parteien gegenüber, daß sie alle «auf dem Boden christlicher Weltanschauung» stünden. So sehr sich die politischen Konsequenzen, die die Parteien daraus ziehen, unterscheiden, so wenig wollen sie jedoch grundsätzliche weltanschauliche Fronten anerkennen.

Das Selbstbild, das die Parteien von sich entwerfen, die widersprüchlichen Alleinvertretungsansprüche verdecken weitgehend, welche Wählergruppen tatsächlich hinter ihnen stehen. Unsere Arbeit zeigt, daß die üblichen Schablonen des «Verschwindens der Gegensätze zwischen den Parteien», der «pragmatischen, nicht mehr weltanschaulich gebundenen Parteien» nicht stimmen. Aber auch die entgegengesetzten Thesen, daß die Parteien in der Bundesrepublik klare Fronten zwischen den sozialen Schichten oder (dem widersprechend!) die Gegensätze zwischen verschiedenen Weltanschauungen in der Politik widerspiegeln, sind als isolierte Aussagen falsch. Die verschiedenen politischen Fronten überkreuzen sich und bleiben dadurch nicht rein erhalten. Sie sind damit aber nicht aufgehoben, sondern bestimmen als entscheidende Faktoren das Wahlverhalten. Jeder Versuch, die politische Landschaft in der Bundesrepublik mit einer der drei obigen Thesen allein zu beschreiben, muß deshalb fehlschlagen. Erst alle drei Thesen zusammengenommen, mitsamt ihren widersprüchlichen Tendenzen, können das Wahlverhalten zutreffend charakterisieren.

ANHANG

Die Demonstration von statistischen Zusammenhängen durch Korrelationen

Wir haben in dieser Arbeit die Zusammenhänge, die wir aufweisen wollten, durchweg auf Grund von Prozenttabellen hergestellt. Wir haben uns dabei in jeder Weise an die in der amerikanischen soziologischen Literatur üblichen Konventionen gehalten: Die Größe der Gruppen, auf deren Basis die Prozentwerte berechnet wurden (n), wurde stets in Klammern angegeben; Prozentzahlen sind bis hinab zu einer Basis von $n = 15$ berechnet worden; Rundungsfehler wurden bereinigt, um auf eine Endsumme von 100 % zu kommen.

Die Darstellung in Prozenttabellen wurde von uns gewählt, weil sie besonders anschaulich ist. Neben der Demonstration eines statistischen Zusammenhangs kam es darauf an, daß dem Leser eine Vorstellung von der Größe der jeweiligen Wählergruppen entwickelt wird und daß ihm deutlich wird, wie die jeweiligen Faktoren das Wahlergebnis verändern können.

Zudem können Signifikanztests (etwa der Chi-Quadrat-Test) lediglich bei den anfänglichen Korrelationen von wenigen Variablen durchgeführt werden. Bei allen Korrelationen, die mehrere Faktoren gleichzeitig prüfen, kann nach den üblichen statistischen Methoden keine Signifikanz mehr aufgewiesen werden. Für Korrelationen mit hohem Freiheitsgrad, wie wir sie hier durchweg verwenden, lassen sich in einer Umfrage von 1890 Befragten keine signifikanten Unterschiede mehr aufweisen.

Es gibt darüber hinaus einen grundsätzlichen Einwand, der uns an der Berechnung von Signifikanzwerten in dieser Arbeit hindern muß. Viele unserer Hypothesen sind entwickelt worden im Laufe der Auswertungsarbeiten, sind daher grundsätzlich für Signifikanzberechnungen nicht mehr geeignet. Obwohl die sozialwissenschaftliche Literatur viele Beispiele dafür gibt, daß A-posteriori-Hypothesen mit den üblichen Signifikanztests geprüft werden, ist eine derartige Anwendung nicht legitim: «Nehmen wir an, daß zwanzig verschiedene Häufigkeitsabweichungen untersucht worden sind, daß eine Abweichung groß genug erscheint, um getestet zu werden, und daß die Abweichung sich als «signifikant mit einer Schwelle von 5 %» erweist. Bedeutet dies, daß Abweichungen von dieser Größe nur mit 5 % Wahrscheinlichkeit auftreten könnten, wenn die wahre Abweichung Null wäre? Die Antwort ist *nein*, weil die so überprüfte Abweichung unter 20 Abweichungen, die untersucht wurden, *ausgewählt* wurde. Die tatsächliche Wahrscheinlichkeit der Abweichung ist nicht 5 %, sondern 64 %. Fast bei jedem zweiten von drei Versuchen wird zumindest eine scheinbar «signifikante» Abweichung auftreten, wenn eine Reihe von 20 Abweichungen bei einer Bevölkerung geprüft werden, in der die wahren Abweichungen Null betragen. Das Überprüfen von Hypothesen, die *nach* der Untersuchung von Daten formuliert wur-

den, mag fälschlich den Anschein der Signifikanz erwecken, während in Wirklichkeit lediglich Resultate gefunden wurden, die auf Zufallsfehler zurückgehen. Dies ist kein Argument gegen derartige A-posteriori-Hypothesen, denn Soziologen haben noch wenige A-priori-Hypothesen, die für einen empirischen Test signifikant genug sind. Es ist jedoch ein Argument gegen die fälschliche Anwendung von Signifikanztests, die eine ungerechtfertigte Sicherheit vermitteln.»¹

Dieser Einwand richtet sich gegen alle Signifikanzberechnungen bei der Prüfung von Hypothesen, die im Verlauf der Analyse gebildet oder modifiziert werden. Er richtet sich also gegen eine Signifikanz-Berechnung bei den Korrelationen aus der NRW-Umfrage 1962. Diese Hypothesen haben wir durch die Daten der NRW-Umfrage 1966 *unabhängig* geprüft. Hier lassen sich jedoch signifikante Unterschiede bei Mehrfachkorrelationen nicht nachweisen, weil lediglich 1201 Personen befragt wurden. Die Korrelationen mit wenigen Faktoren in den Tabellen 1.1.4 bis 1.1.6 und 1.2.1 bis 1.2.3 weisen signifikante Unterschiede bei einer Schwelle von 0,01 auf.

Die Vergleichbarkeit des Wählerverhaltens in Nordrhein-Westfalen mit dem ganzen Bundesgebiet

Wir haben in dieser Arbeit von den Ergebnissen der Umfrage in Nordrhein-Westfalen teilweise auf das politische Verhalten der Wähler im ganzen Bundesgebiet geschlossen. Strenggenommen können diese Daten lediglich Aussagen über das Gebiet legitimieren, in dem diese Umfrage durchgeführt wurde. Es gibt jedoch Anzeichen dafür, daß die hier festgestellten Regelmäßigkeiten sich nicht nur in Nordrhein-Westfalen finden lassen: Die zu erklärenden Unterschiede der Parteilösungen nach Geschlecht, Wohnortgrößen, Konfession und Berufszugehörigkeit lassen sich durchweg in allen Umfragen zum politischen Verhalten der Bevölkerung aufzeigen. Es leuchtet nicht ein, warum die Präferenzen von Frauen oder Kleinstädtern, von Arbeitern oder Evangelischen, so wie sie sich im ganzen Bundesgebiet finden, dort auf andere Faktoren zurückzuführen sein sollen als in Nordrhein-Westfalen. Darüber hinaus spricht die Übereinstimmung der Ergebnisse der Bundesstudie von 1953 und der DIVO-Umfrage von 1957 mit unseren Ergebnissen² dafür, daß die hier untersuchten Regelmäßigkeiten keine regionalen Besonderheiten sind.

Allerdings unterscheidet sich Nordrhein-Westfalen vom Bundesgebiet dadurch,

¹ Hanan C. Selvin, A Critique of Tests of Significance in Survey Research, in: American Sociological Review 22 (1957), S. 519–527 (eigene Übersetzung). Die Formel, die bei der Berechnung der Wahrscheinlichkeit einer Abweichung bei Versuchen benutzt wurde, wird hier eingehender erläutert. Bei einer Signifikanzschwelle von 0,05 lautet sie: $1 - 0,95^n$.

² Siehe die Literaturübersicht in der Einleitung.

daß hier der Anteil der Arbeiter größer, derjenige der Selbständigen kleiner ist. Nordrhein-Westfalen hat mehr Katholiken und mehr Großstädter als die Bundesrepublik insgesamt. Diese Unterschiede allein könnten die Abweichungen der Wahlergebnisse in Nordrhein-Westfalen vom Bundesdurchschnitt erklären.

Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 1961 (2. Stimmen in %) ¹

	Nordrhein- Westfalen %	Bund (ohne Berlin) %
SPD	37,3	36,2
CDU/CSU	47,6	45,4
FDP	11,8	12,8
Sonstige	3,4	5,7
	100,1	100,1
n in 1000	(9518)	(29 905)

Wohnbevölkerung am 6. Juni 1961 nach Religionszugehörigkeit (in %) ²

	Nordrhein- Westfalen %	Bund %
Katholisch	52,0	44,1
Evangelisch	43,5	51,1
Sonstige	4,5	4,8
	100,0	100,0
n in 100	(15 902)	(56 175)

¹ Quelle: Statistisches Bundesamt, Die Wahl zum 4. Deutschen Bundestag am 17. September 1961, Fachserie A (Bevölkerung und Kultur), Reihe 8, Heft 4, S. 4, Wiesbaden 1964.

² Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1964, Wiesbaden 1964, S. 48.

Männliche Erwerbspersonen nach Stellung im Beruf (in %) ¹

	Nordrhein- Westfalen %	Bund %
Selbständige	11,3	15,1
Mithelfende Familienangehörige	1,5	2,8
Beamte	5,8	6,6
Angestellte	18,5	18,1
Arbeiter	57,4	52,0
Andere	5,5	5,4
	100,0	100,0
n in 1000	(4831)	(16 596)

ANHANG

Wohnbevölkerung am 6. Juni 1961, nach Größenklassen der Gemeinde (in %)²

	Nordrhein- Westfalen %	Bund %
Bis unter 5000 Einwohner	15,9	35,7
5000 bis unter 100 000 Einwohner	40,2	33,5
100 000 Einwohner und mehr	43,9	30,7
	100,0	99,9
n in 1000	(15 902)	(53 976)

¹ Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Kultur, Volkszählung vom 6. Juni 1961, Vorbericht 18, Wiesbaden 1965, Tabelle 1.

² Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1962, Wiesbaden 1962, S. 43.

Literaturverzeichnis

Alford, Robert: Party and Society, Chicago 1963.

Bahrdt, Hans Paul: Industriebürokratie, Stuttgart 1958.

Benney, M.; Gray, A. P.; Pear, P. H.: How People Vote, A Study of Electoral Behaviour in Greenwich, London and New York 1956.

Berelson, Bernhard; Gaudet, Hazel; Lazarsfeld, Paul: The People's Choice, New York 1948.

Beyer, Hans: Die Frau in der politischen Entscheidung, Stuttgart 1933.

Bonham, John: The Middle Class Vote, London 1954.

Boulard, Fernand: Premières Itinéraires en Sociologie Religieuse, Paris 1954; deutsch: Wegweiser in die Pastoralsoziologie, München 1960.

Bras, Georges Le: Géographie Electorale et Géographie Religieuse, in: Etudes de sociologie électorale, Cahiers de la Fondation Nationale de la Science Politique, Paris 1947.

Bremme, Gabriele: Die politische Rolle der Frau in Deutschland, Göttingen 1956.

Buchheim, Karl: Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland, München 1953.

Burger, Annemarie: Religionszugehörigkeit und soziales Verhalten, Göttingen 1964.

Campbell, Peter; Donnison, D. V.; Potter A.: Voting Behaviour in Droylsden, Political Studies, 1955.

Croon, Heinrich; Utermann, Kurt: Zeche und Gemeinde, Tübingen 1958.

Dickershoff, Karl-Heinz: Das Wahlverhalten von Mitgliedern organisierter Interessengruppen, Dissertation, Köln 1964.

DIVO: Untersuchung der Wählerschaft und Wahlentscheidung 1957, Frankfurt a. M. 1957.

DIVO: Umfragen 1957, Frankfurt a. M. 1958.

Duverger, Maurice: La Participation des Femmes à la Vie Politique, Paris 1955.

- Ellwein, Thomas*: Der Klerikalismus in der Bundesrepublik, München, ²1955.
- EMNID*: Der Prozeß der Meinungsbildung, Bielefeld 1962.
- Faul, Erwin* (Hrg.): Wahlen und Wähler in Westdeutschland, Villingen 1960.
- Feuersenger, Marianne* (Hrg.): Gibt es noch ein Proletariat?, Frankfurt a. M. 1962.
- Fogarty, Michael*: Christian Democracy in Western Europe, London and New York 1957; deutsch: Christliche Demokratie in Westeuropa, Basel, Freiburg, Wien 1959.
- Franz, Günther*: Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867 bis 1949, Bremen 1957.
- Godin, H.; Daniel, Y.*: La France – Pays de Mission?, Paris 1950.
- Goldschmidt, Dietrich; Matthes, Joachim*: Probleme der Religionssoziologie, Sonderheft Nr. 6 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Köln und Opladen 1962.
- Goldschmidt, Dietrich; Greiner; Schelsky, Helmut*: Soziologie der Kirchengemeinde, Hamburg 1960.
- Groner, Franz*: Die Sozialstellung der Katholiken in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kölner/Aachener/Essener Pastoralblatt, 12 (1960).
- Hahn, Helmut*: Der Einfluß der Konfessionen auf die Bevölkerungs- und Sozialgeographie des Hunsrücks, Bonner Geographische Abhandlungen, Bonn 1950.
- Himmelstrand, Ulf*: Social Pressures, Attitudes and Democratic Processes, Stockholm 1960.
- Hirsch-Weber, Wolfgang; Schütz, Klaus*: Wähler und Gewählte, Berlin und Frankfurt 1957.
- Institut für Katholische Sozialforschung*: Die religiöse Praxis der Katholiken im Zusammenhang mit einigen Sozialfaktoren in Mittel- und Westeuropa, Wien 1961 (mimeographiert).
- Jong, J. J. de*: Overheid en Onderdaan, Wageningen 1956.
- Kitzinger, V. W.*: Wahlkampf in Westdeutschland, Göttingen 1960.
- Lenski, Gerhard*: The Religious Factor, Garden City, N. Y., 1961.
- Lipset, Seymour M.*: Political Man, Garden City, N. Y. ²1960; deutsch: Soziologie der Demokratie, Neuwied 1962.
- Linz, Juan*: The Social Bases of German Politics, unveröffentlichte Dissertation (Columbia University), New York 1958.
- Luckmann, Thomas*: Das Problem der Religion in der modernen Gesellschaft, Freiburg 1963.
- Menges, Walter; Greinacher, Norbert*: Die Zugehörigkeit zur Kirche, Mainz 1964.
- Mulert, Hermann*: Konfession und politische Parteistellung in Deutschland, in: Zeitschrift für Politik 21 (Berlin 1932).
- Münke, Stephanie; Gurland, A. R. L.*: Wahlkampf und Machtverschiebung – Geschichte und Analyse der Berliner Wahlen vom 3. Dezember 1950, Berlin 1952.
- Neisser, Hans*: Sozialstatistische Analyse des Wahlergebnisses, in: Die Arbeit, 7 (1930).
- Neuhaus, Georg*: Die berufliche und soziale Gliederung des deutschen Volkes, München-Gladbach 1911.

ANHANG

- Neumann, Sigmund*: Die deutschen Parteien: Wesen und Wandel nach dem Kriege, Berlin 1932.
- Neumann, Sigmund* (Hrg.): Modern Political Parties, Chicago 1956.
- Reigrotzki, Erich*: Soziale Verflechtungen in der Bundesrepublik, Tübingen 1956.
- Schelsky, Helmut*: Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart, Stuttgart 1960.
- Schelsky, Helmut*: Die skeptische Generation, Düsseldorf und Köln 1957.
- Schauff, Johannes*: Die deutschen Katholiken und die Zentrumsparterie, Köln 1928.
- Scheuch, Erwin K.; Wildenmann, Rudolf* (Hrg.): Zur Soziologie der Wahl, Sonderheft 9 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Köln und Opladen 1965.
- Schmidtchen, Gerhard*: Die befragte Nation, Frankfurt (Fischer), 1965.
- Schreuder, Osmund*: Soziographie der christlichen Kirchen in Europa, in: Oikos, Heft 2, Frankfurt 1964.
- Schumacher, Kurt*: Nach dem Zusammenbruch, Hamburg 1948.
- Selvin, Hanan C.*: A Critique of Tests of Significance in Survey Research, in: American Sociological Review 22 (1957).
- Siemens*: Die Frauenwahlen, in: Sozialistische Monatshefte, Heft 2, 1928.
- (Sondages)*: Sondages (Revue de l'Opinion Publique), Bd. 14, Heft 4, Paris 1952.
- Statistisches Bundesamt Wiesbaden*: Die Wahl zum 4. Deutschen Bundestag am 17. September 1961, Fachserie A (Bevölkerung und Kultur), Reihe 8, Heft 1-4, Wiesbaden 1961-1964.
- (Statistisches Jahrbuch)*: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1962, Wiesbaden 1962.
- (Statistisches Jahrbuch)*: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1964, Wiesbaden 1964.
- (Statistische Rundschau)*: Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Oktober 1963.
- Striefler, Heinrich*: Deutsche Wahlen in Bildern und Zahlen, Düsseldorf 1946.
- Tingsten, Herbert*: Political Behaviour, Studies in Election Statistics, Stockholm, Economic Studies 7, London 1937.
- Tennstädt, Friedrich*: Der Wähler, Allensbacher Schriften 4, Allensbach am Bodensee 1954.
- Wieck, Hans Georg*: Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945, Düsseldorf 1953.
- Woelber, Hans Otto*: Religion ohne Entscheidung, Göttingen 1960.
- Wurzbacher, Gerhard* (Hrg.): Das Dorf im Spannungsfeld der industriellen Entwicklung, Stuttgart 1961.
- Wurzbacher, Gerhard; Bolte, Karl-Martin; Roeder, R.; Rendtorff, Trutz*: Der Pfarrer in der modernen Gesellschaft, Hamburg 1960.

LEBENS LAUF

Name:	Erhard Rudolf Blankenburg
20. 10. 1938	geboren in Duisburg (Eltern: Kurt Max Blankenburg, Kaufmännischer Direktor, und Anna Henriette geborene Schlang)
Herbst 1945 bis Ostern 1949	Volksschule, Duisburg
Ostern 1949 bis Ostern 1958	Steinbart-Gymnasium, Duisburg
31. 3. 1958	Abschluß mit dem Reifezeugnis des neusprachlichen Gymnasiums
Mai 1958 bis April 1964	Universitätsstudium in den Fächern Philosophie, Soziologie, Volkswirtschaftslehre, Germanistik
SS 1958 bis SS 1959	Universität Freiburg im Breisgau
WS 1959/60 bis SS 1960	Freie Universität Berlin
1960 bis 1962	University of Oregon (USA)
Sommer 1962	Social Science Research Council, Princeton University (USA)
WS 1962/63 bis	Universität Basel
WS 1963/64	(in Basel Beginn der Arbeiten an meiner Dissertation unter Leitung von Prof. Dr. Heinrich Popitz)

Mein Studium stand unter der Anleitung folgender Professoren und Dozenten, bei denen ich Vorlesungen hörte oder Übungen besuchte: den Professoren Bergstraesser und Popitz (Universität Freiburg), von Bülow, Lieber, Mayntz, Stammer, Westphal-Hellbusch, den Dozenten Dr. Classens, Dr. Furth (Freie Universität Berlin), den Professoren Barnett, Bisno, Dubin, Johnson, Polk, Robinson (University of Oregon), Popitz und Salin (Universität Basel) in Soziologie; den Professoren Müller (Universität Freiburg), Kuhn (Princeton University), Bombach und Stohler (Universität Basel) in der Volkswirtschaftslehre; den Professoren Müller, Reiner, Szilasi, Wolf (Universität Freiburg), den Dozenten Dr. Günther (Universität Freiburg), Professor Landmann, den Dozenten Dr. Cassirer, Dr. Müller, Dr. Müller-Lauter (Freie Universität Berlin), Professor Jessup, der Dozentin Mrs. Mathers (University of Oregon), Professor Salmony (Universität Basel) in Philosophie; den Professoren Baumann, Maurer, Rehm, Ruprecht, den Dozenten Dr. Kuhlmann, Kresling (Universität Freiburg), Professor Emrich und dem Dozenten Dr. Wisniewski (Freie Universität Berlin) in Philologie; den Professoren Bender (Universität Freiburg) in Psychologie, Kaiser (Universität Freiburg) in der Staatslehre, Dovifat (Freie Universität Berlin) in Publizistik, den Dozenten Münzer (Freie Universität Berlin) und Dr. Leepin (Universität Basel) in Methodenlehre.

Seit 1. 5. 1964

Mitarbeit am Institut für Soziologie der Universität Freiburg

5. 10. 1965

Mündliche Abschlußprüfung für den Grad des Master of Arts, University of Oregon

1. 11. 1965 bis

Verwalter einer wissenschaftlichen Assistentenstelle am Institut für Soziologie der Universität Freiburg im Breisgau

30. 6. 1966

25. 2. 1966

Mündliches Doktorexamen an der Universität Basel

Seit 30. 6. 1966

Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Soziologie der Universität Freiburg im Breisgau

